



TORSTEN MATZAK

Eine nicht ganz neue Diskussion

Die Debatte um die Wehrmachts-Ausstellung

Bereits 1995 wurde eine Ausstellung in Deutschland gezeigt, die die Bevölkerung in Deutschland spaltete und wie nur selten zuvor eine Ausstellung einen tiefen Riß über die Vorstellungen und Ansichten in der Bevölkerung zur Wehrmacht offenbarte. Die Ausstellung des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* eröffnete eine Debatte, um die sich die Politik wie die historische Forschung lange Zeit gedrückt hatte: Welche Rolle spielte die Wehrmacht beim Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Regimes in Europa?

In der **bisherigen Diskussion über den Nationalsozialismus** wurde - zu Recht - vor allem die Problematik des national-sozialistischen Rassenwahns der NSDAP und die Rolle der der SS unterstehenden Vernichtungslager im europäischen Osten zu Sprache gebracht. Prozesse zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, wie beispielsweise der Frankfurter Auschwitz-Prozeß in den 1960er Jahren, berührten die Wehrmacht nicht. Zwar wurden durch das Nürnberger Militärtribunal mit Keitel, Jodl, Raeder und Dönitz auch die führenden Köpfe der Wehrmacht abgeurteilt, aber die Rolle der Wehrmacht selbst wurde nicht thematisiert.

Die Wehrmachtsausstellung thematisierte damit einen Punkt der nationalsozialistischen Zeit, der bislang faktisch totgeschwiegen wurde. Die Verdammung von NSDAP, SS und SA war relativ einfach, da man sich mit ihnen nicht identifizieren wollte und ihre Politik Deutschland in die nationale Katastrophe und die vierzigjährige Teilungs- und Besatzungszeit führte. Die Wehrmacht jedoch war eine Armee und eine Armee gab es auch im Deutschland der Nachkriegszeit, die fest in der Gesellschaft verankert war und in der jeder junge Mann aufgrund der Wehrpflicht integriert war - und die auch zahlreichen früheren Wehrmachtsoffizieren wieder einen Standort gab. Die Diskussion um die Rolle der Wehrmacht berührte damit auch das Selbstverständnis der heutigen Bundeswehr - deren Symbol immer noch das Ritterkreuz ist - und dringt damit in jede Familie ein.

Die erste Wehrmachtsausstellung, die erstmals 1995 in Hamburg gezeigt wurde, verwandte als zentrales Instrument das Bild - als Instrument der Abschreckung. Die Macher der Ausstellung um Hans Herr "erschlagen den Besucher mit einer Fülle von zum Teil dramatisch inszenierten Bildern, mit entsetzlichen Bildern. Der Besucher kommt zu dem Schluß: So war die Wehrmacht." (Hans Möller, FOCUS 43/1999) Dies jedoch war das eigentliche Problem der ersten Wehrmachtsausstellung: Bilder wurden unkommentiert veröffentlicht und dem Betrachter mußte sich der Eindruck aufdrängen, daß die Wehrmacht als ganzes so war - verbrecherisch und menschenverachtend und in ihrem Agieren einzigartig. 18 Millionen Soldaten wurden kollektiv auf die Anklagebank gesetzt

Hirtenstraße 5
85386 Eching

Telefon: + 49.89.187309
+ 49.170.3507252
Fax: + 49.89.12737966

Email: Office@Torsten-Matzak.de
www.Torsten-Matzak.de

und damit jede einzelne Familie. Diese unterschiedslose Behandlung von der rein auf Vernichtung getrimmten SS- und SA-Organisationen und der Wehrmacht ist und bleibt jedoch falsch - hier hat der Ausstellungsmacher Heer überzogen. Die erste Wehrmachtsausstellung mußte damit nicht nur wegen neun falscher Bilder ausgesetzt werden, sondern auch aufgrund der auf einer richtigen Grundthese basierenden überzogenen Darstellung der Verbrechen von Angehörigen der Wehrmacht.

Jedoch hat auch die **zweite, neu konzipierte Wehrmachtsausstellung** Kritiker auf sich gezogen, die die Grundthese der Beteiligung der Wehrmacht an Verbrechen angingen - nicht nur in rechten Kreisen, die in München erneut eine Demonstration organisierten. So schreibt die CSU-Hauszeitung *"Denn auch die neue Ausstellung hält an der pauschalen These von den "Verbrechen der Wehrmacht" fest. Aber es ist weitgehend gesichert, dass weniger als ein Prozent der Wehrmachtsoldaten am Völkermord beteiligt waren. Über 99 Prozent waren einfach nur Soldaten und selber Opfer von Hitlers Größenwahn."* (BAYERNKURIER, 41/2002, 10.10.2002). Es wird hier der Ansatz der Verharmlosung unternommen, wobei eines der Mitglieder des Ausstellungsbeirats, Prof. Ulrich Herbert, bei der Eröffnung in München am 8. Oktober 2002 ausdrücklich betonte: "Ich werde ... nicht mitteilen können, wie viele deutsche Soldaten an Verbrechen tatsächlich teilgenommen haben - ob *keine, nur wenige, 15 %, eine Minderheit, 85 %, nahezu alle ...*". Eine genaue Zahl der Tatbeteiligten ist nicht bekannt und wird sich wohl auch nie ermitteln lassen.

Wenn die zweite Wehrmachtsausstellung auch weiterhin Kritik in ihrer Grundthese auf sich zieht, bleibt die Frage, ob diese auch wirklich korrekt ist. Die These läßt sich nur anhand von Dokumenten beweisen, die klar zuordenbar sind, also nicht lediglich Bilder, sondern auch Befehle und Zeugenberichte. Die zweite Wehrmachtsausstellung hat hier eine hinreichend detaillierte Belegarbeit geliefert, aus der drei Beispiele herausgegriffen werden sollen, die hier allerdings nur angerissen werden können.

Der **Kommissarsbefehl** wurde am 6. Juni 1946 durch das Oberkommando der Wehrmacht und mit der Unterschrift von Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, General Walther von Brauchitsch, an die Truppe gegeben.

Walter Warlimont, Generalleutnant im Führerhauptquartier, beschreibt zwar, daß die Initiative für diesen Befehl auf eine Ansprache Hitlers am 3. März 1941 vor den höchsten Militärs zurückgeht. Verfaßt und inhaltlich umgesetzt wurde er jedoch im Oberkommando des Heeres (Warlimont I, S. 178). Warlimont selbst führt aus, daß die bisher nur mündlich gegeben Vorstellungen Hitlers für die Behandlung der sowjetischen (Polit-) Kommissare ohne die schriftliche Abfassung durch das OKH wohl eher in Vergessenheit geraten als daß sie auch tatsächlich in Befehlsform gefaßt worden wären. Ob die von Warlimont verfolgte eigene Rolle der Abmilderung des OKH-Entwurfs tatsächlich stimmt, kann dahin gestellt bleiben. Aber: der Befehl wurde in seiner Form in den Dienststellen der Wehrmacht verfaßt, ohne das es einen konkreten Auftrag Hitlers gab.

Was aber war der Inhalt des Kommissarsbefehls: *"Sie [die Kommissare] sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen."* Dies ist der zentrale Satz. Sie sollen nicht als Kriegsgefangene abtransportiert werden, sondern standrechtlich erschossen werden. Damit wurden ihnen die durch die Haager Landkriegsordnung und des Genfer Abkommens zugebilligten Rechte eines Kriegsgefangenen von Anbeginn des Krieges außer Kraft gesetzt, welche eine pflegliche Behandlung von Kriegsgefangenen und nicht ihre Ermordung vorsah. Nur wenn sie später

aufgegriffen werden sollten, hatten die Kommissare eine Chance, zu überleben, da hier erst zu einem späteren Zeitpunkt über ihr Leben entschieden werden sollte.

Zusammen mit dem Kriegsgerichtserlaß vom 13. Mai 1941 bildete der Kommissarsbefehl damit die Grundlage für tausendfachen Mord, der nicht mehr durch das Kriegsrecht gedeckt war. Dieser war jedoch nicht in der NS-Führung entstanden, sondern im Oberkommando des Heeres und man bezog sich auf eine Rede Hitlers, die nach Ansicht eines der ranghöchsten Offiziere in ihrer Intonation bereits in Vergessenheit geraten war.

Der sogenannte **Hungerkrieg** bildete eine Form der Kriegsführung, die Hunderttausenden das Leben kosteten und von NS-, aber eben auch von der Wehrmachtsspitze ohne Probleme in Kauf genommen wurden.

Die Wehrmachtsführung ging bereits vor dem Angriff auf die Sowjetunion davon aus, daß die Ernteerträge aus den Ostgebieten der Versorgung der Truppe zu dienen haben und daß der Nachschub aus Deutschland so gering wie möglich zu halten war, so zumindest die Wehrmachtsführung in den "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten" vom Juni 1941 (Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Bundesarchiv-Militärarchiv RW 31/128). Entsprechend wies dann auch Generalfeldmarschall von Manstein, Oberbefehlshaber der 11. Armee, am 20.11.1941 seine Truppe an und Generalfeldmarschall von Reichenau, Oberbefehlshaber der 6. Armee, betrachtete es als "mißverständene Menschlichkeit", wenn die nicht im deutschen Dienst stehende Bevölkerung aus den - zuvor in den sowjetischen Gebieten erwirkten - Truppenbeständen versorgt wird. Selbst die 18. Armee, die in den recht kargen Gebieten vor Leningrad stand, sollte sich aus den dortigen Beständen versorgen, was jedoch zunehmend bislang. Hierbei jedoch erwähnenswert, daß diese Tatsache der bereits fortlaufenden Bezuschußung des Gebietes um Leningrad mit landwirtschaftlichen Produkten der Wehrmachtsführung bekannt war, wie ein entsprechender Vermerk des Wirtschaftsstabes Ost vom 3.10.1941 verdeutlicht.

Die Versorgungslage wurde insgesamt als dramatisch gesehen und so kam es auch zu der Anweisung Hitlers, die Franz von Halder, Chef des Generalstabs beim OKH, in seinem Tagebuch vermerkte: "Feststehender Beschluß des Führers ist es, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleich zu machen, um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müßten." Nur unter diesem Zusammenhang ist der Befehl des OKH an die Heeresgruppe Nord, eine Kapitulation Leningrads nicht anzunehmen, nachvollziehbar, da es bereits Gewohnheitsrecht war, Menschen und Materialien durch eine Kapitulation so weit als möglich zu schonen - auch die eigenen Soldaten.

Verbrecherisch war damit weniger die Tatsache des Hungers an sich, diesen konnte letztlich auch die Wehrmacht nur schwerlich beeinflussen. Aber: die Wehrmachtsführung hat den Hungertod von Millionen von Menschen bewußt in ihre Kriegsplanung mit einkalkuliert. Ihr war bewußt, daß die sowjetischen Gebiete, unabhängig von der Taktik der verbrannten Erde der Roten Armee, die deutschen Truppen und die Zivilbevölkerung nicht gleichzeitig versorgen konnten und der Nachschub aufgrund der für Deutschland überlangen Wege nicht funktionieren konnten.

Es kam jedoch, neben der allgemeinen Inkaufnahme des Hungertodes, auch zu systematischen Tötungen, die zwar bereits ideologisch begründet waren, nunmehr aber beschleunigt durchgeführt wurden. So stellte der Ortskommandeur von Kertsch in seinem Tagesbericht vom 27.11.1941 dar: "Die Liquidation der Juden wird wegen der gefährdeten Ernährungslage der Stadt beschleunigt durchgeführt."¹ Dies verdeutlicht, daß der Wehrmacht die dramatische Versorgungslage bekannt war und sie teilweise auch bewußt

¹ Ausstellungskatalog. S. 353.

Maßnahmen ergriffen hat, um die Zahl der zu versorgenden Bevölkerung zu dezimieren. Hier ging es ihr dann auch darum, die "Moral der Truppe" aufrecht zu erhalten, da man - wohl zu Recht - befürchtete, daß der Anblick von verhungerten Menschen sich nicht unbedingt motivationsfördernd auswirkt.

Auch die **Geiselschießungen** in Frankreich wie in Südosteuropa waren bereits nicht mehr durch das Kriegsrecht gedeckt und nahmen in ihrer Brutalität zunehmend bisher ungekannte Ausmaße an. Das Kriegsrecht sah lediglich die Tötung von Zivilisten vor, wenn sie selbst als Partisanen gekämpft hatten², wobei hier grundsätzlich ein Kriegsgerichtsverfahren durchzuführen war.

Hier kam es der Wehrmachtsführung, anders als in den sowjetischen Gebieten, nicht auf den massenhaften Hungertod an. Ziel war eine Besatzungspolitik, die nicht direkt auf die Ausbeutung der eroberten Gebiete abzielte, sondern auch eine strategische Option für den Krieg gegen die Sowjetunion darstellte. Es ging daher, wie dies die "Richtlinie für die Behandlung von Aufständischen in Serbien und Kroatien" des Oberbefehlshabers der 12. Armee in Südosteuropa vom 10.5.1942 zum Ausdruck bringt, vor allem um den Kampf gegen die Partisanen, die massiv deutsche Stellen angriffen.

Ähnlich in Frankreich: Zwar wurde die Politik der NS-Führung gegenüber der jüdischen Bevölkerung auch hier umgesetzt, aber dies weniger aus ideologischer Grundüberzeugung, sondern mehr aus einem beim deutschen Offizierskorps allgemein vorhandenem "konservativen Antisemitismus"³. Insofern richteten sich Maßnahmen nach Attentaten auf Einrichtungen der deutschen Militärverwaltung vorwiegend und ausgesucht gegen Juden, auch um die restliche Bevölkerung zu schützen. Zwar wurden auch französisch-nichtjüdische Geiseln genommen, zur Erschießung und Deportation wurden jedoch vor allem jüdische und kommunistische Geiseln ausgesucht. Von Stülpnagel, Chef der deutschen Militärverwaltung in Frankreich, trat schließlich zurück, als Hitler und Keitel neben der Erschießung im Verhältnis 1:100 für einen getöteten Soldaten zusätzlich die von ihm als Alternative vorgeschlagene Deportation von Juden im Verhältnis 1:1.000 vorsahen. Insofern wurden in erster Linie Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt als Reaktion auf Angriffe auf deutsche Einrichtungen. Mit Ausnahme der Deportation von Juden wurden somit keine Massendeportationen durchgeführt, die das Land von der einheimischen Bevölkerung säubern sollten. Zwar waren sowohl in Frankreich wie in Südosteuropa unrechtmäßige Kombattanten, das heißt, keine gegnerischen Soldaten beteiligt. Die Geiselschießungen betrafen jedoch nicht sie speziell, sondern auch und in ihrem Umfang auch gezielt die Zivilbevölkerung, um hier abschreckend zu wirken. Diese wiederum wurden jedoch insbesondere in Südosteuropa von den Befehlshabern von vor Ort angeordnet, nicht von den Einheiten der SS oder der Reichsleitung in Berlin.

Die Soldaten, insbesondere die Offiziere, waren damit direkt an der Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt. Nicht alle, dies ist sicher. Aber ihre Zahl läßt sich nicht quantifizieren und alle derartigen Versuche bleiben unseriös. Sie dienen der Verharmlosung, nicht jedoch der seriösem Diskussion.

Die Wehrmacht als solche war auch keine verbrecherische Organisation ebensowenig wie die Soldaten der Wehrmacht pauschal als Verbrecher anzuprangern sind. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Wehrmacht Verbrechen an der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten nicht nur nicht verfolgte, sondern sie durch die Befehle der Wehrmachtsführung auch gezielt begünstigte.

² Ausstellungskatalog, S. 24

³ Prof. Ulrich Herbert auf der Eröffnungsveranstaltung der Münchner Ausstellung am 7.10.2002

Die Wehrmacht wurde und hat sich auch selbst zum Teil des nationalsozialistischen Systems machen lassen. Offiziere, insbesondere die an der Spitze, haben in nicht geringem Umfang - ohne das dies erforderlich gewesen wäre - Begriffe wie "Untermenschen", "Ausrottung des asiatischen Einflusses auf den europäischen Kulturkreis" und andere in ihrem Befehlen an die Truppe benutzt. Dabei läßt sich feststellen, daß die Wehrmacht in den sowjetischen Gebieten mit besonderer Brutalität vorging, die weder in Frankreich noch in Süd- und Nordeuropa feststellbar war. "... für das Verhalten der deutschen Besatzungsbehörden stellten die politischen Beziehungen zu den einzelnen besetzten Ländern, genauer: die eigene politisch-kulturelle Wertschätzung dieser Länder den Maßstab für das Verhalten der Militärbehörden in den Besatzungsgebieten dar.", so drückte Prof. Ulrich Herbert sich zu diesem Problem bei der Eröffnung der Münchner Wehrmachtsausstellung aus und so faßte es auch Generalfeldmarschal von Reichenau in seinem Befehl vom 1.11.1941 zusammen: "Alle Vorgesetzten haben dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann weiß, worum es geht und weshalb im Ostraum Maßnahmen getroffen werden, die in kultivierten Ländern nicht zur Anwendung kommen."⁴⁴ Während also der General von Stülpnagel, Oberbefehlshaber in Frankreich bis 1941, versuchte, in Frankreich das Leben der einheimischen Bevölkerung - zumindest soweit es sich nicht um Juden handelte - trotz Anschlägen auf deutsche Militäreinrichtungen weitgehend zu schon, war dies im Osten nicht mehr erforderlich, da nach der nationalsozialistischen Ideologie es sich bei den slawischen Völkern um nicht erhaltenswertes Leben handelte. Hier durchdrang die nationalsozialistische Ideologie die Wehrmachtsführung und so übernahm sie speziell in den sowjetischen Gebieten die Wehrmacht die Terminologie der Nationalsozialisten.

Die **Wehrmacht von damals** hat mit der **Bundeswehr von heute** nichts mehr gemein. Beide sind grundsätzlich andere Armeen und haben einen grundsätzlich anderen Auftrag. Während viele Wehrmachtsoffiziere im Kaiserreich und der Weimarer Republik geprägt und durch den Schuldparagraphen im Vertrag von Versailles tief in ihrer Ehre gekränkt wurden, ist die Bundeswehr fest in der Gesellschaft verankert. Während den Wehrmichtsangehörigen in der Weimarer Republik ihre politischen Rechte wie das passive Wahlrecht vorenthalten wurden, wurde zuletzt der ehemalige General Schönbohm zum Brandenburger Landesvorsitzenden der CDU gewählt und zum Innenminister des Bundeslandes ernannt.

Die heutige Bundeswehr kann damit umgehen, wenn einige ihrer Angehörigen Verbrechen begehen - die im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina eingesetzten Truppen haben dies gezeigt. Der entscheidende Unterschied jedoch ist, daß sie nicht von der Spitze gedeckt und teilweise angeordnet werden, sondern das hier Soldaten strafbar werden, die aus eigenem Antrieb und unter Strafandrohung handeln.

Daher sind die Vorbehalte gegen eine Beschäftigung mit der Problematik "Verbrechen der Wehrmacht" auch irrational. Weder sitzen die heutigen Bundeswehrsoldaten auf der Anklagebank noch wird - und kann - jeder Soldat der Wehrmacht als Verbrecher betrachtet werden. Es waren jedoch Soldaten der Wehrmacht, die die Organisation und die Politik der Wehrmacht zu ihren Verbrechen genutzt haben und dabei sicherlich auch durch sie angeleitet wurden.

Vielfach wurde von den Angehörigen der Wehrmacht, die an den Verbrechen beteiligt waren, der **Befehlsnotstand** herangezogen. Hier ist mit Sicherheit zu berücksichtigen, daß jede Befehlsverweigerung mit der standgerichtlichen Erschießung des Befehlsverweigers geandet wurde. Die Frage ist jedoch, ob - soweit es sich nicht um Einzelfallbefehle handelte - die Befehle selbst klare Handlungsanweisungen enthielten oder

⁴ Ausstellungskatalog. S. 335

ob sie nicht lediglich eine Zielrichtung vorgaben, die dem Befehlsempfänger bei der Umsetzung durchaus einen gewissen Handlungsspielraum gewährten. Eine Dissertation war daher nicht immer der einzige Ausweg. Allein die Befehle zur Versorgung der Zivilbevölkerung ließen immer einen gewissen Handlungsspielraum, da die Tätigkeit für die Wehrmacht vielschichtig sein konnte.

Die in der Ausstellung dargestellte Erschießung von 90 Kindern in Bjeala Zerkow zeigte die bestehenden Handlungsspielräume, auch gegen den Willen der sonst allmächtigen SS, auf. Zwar sollte die jüdische Bevölkerung der sowjetischen Gebiete ausgerottet werden, hier ging es jedoch um Kinder, deren Erschießung zunächst vergessen worden war. Als Oberstleutnant Großcurth auf diese aufmerksam gemacht wurde, ordnete er - gegen den ausdrücklichen Wunsch des örtlichen SS-Kommandanten und die Ansicht des Feldkommandanten - den Aufschub an, um eine Weisung des Armeeeoberkommandos einzuholen. Erst von Reichenau persönlich, Befehlshaber der 6. Armee, ordnete die Erschießung der Kinder an. Dies zeigt nicht nur die Handlungsspielräume der Offiziere selbst, sondern die Stellungnahme von Reichenaus zum Bericht Großcurths vom 26.8.1994⁵⁵ zeigt in ihrer Tonnation auch, daß die Erschießung von 90 Kindern nicht zwingend war. Für ihn war es die Fortführung einer bereits angelaufene Maßnahme, die seiner Ansicht nach eigenmächtig von Großcurth unterbrochen worden war. Mit den Worten "Der Bericht wäre besser unterblieben" schloß von Reichenau seine Stellungnahme zu Großcurth Bericht und zeigte damit, daß es sich für ihn hierbei eher um eine lästige Angelegenheit handelte, die ihm jedoch durchaus auch einen Spielraum zu einer anderweitigen Entscheidung eröffnet hätte.

Dieses eine Beispiel und der Hinweis auf die Geislerschießungen und hier insbesondere ihres Umfangs zeigen, daß der einzelne Offizier durchaus einen Spielraum hatte, selbst wenn er nicht von seinem Remonstrationsrecht aus Furcht vor persönlichen Konsequenzen Gebrauch machte. Insofern kann der Befehlsnotstand, wie dies die deutschen Gerichte in den Nachkriegsprozessen vielfach ausführten, nur bedingt als Rechtfertigung für den einzelnen, an Verbrechen beteiligten Soldaten erhalten - insbesondere im Bereich der Wehrmachtsoffiziere.

Wer die **Debatte im Deutschen Bundestag** am 13. März 1997 nachließt, der stellt fest, daß dies dort letztlich Widerhall fand. Die Redner dieser Debatte, auch dies ist typisch für Deutschland, erzählten von eigenen Erlebnisse oder dem Umgang mit ihnen in ihren Familien und dort wurde - trotz der anfänglichen Diskrepanz und tiefen Verletzlichkeit, die mit dem Thema verbunden ist - der Grundkonsens offenbar: nicht die Wehrmacht, nicht die Wehrmattsangehörigen als solche waren Verbrecher, sondern sie waren Teil einer durch eine unverantwortliche Staats- und Militärführung geführten Vernichtungsstrategie. Einzelne Angehörige der Wehrmacht, deren Zahl nicht mehr feststellbar ist, haben sich auch persönlich schuldig gemacht.

Die Wehrmacht war in ein verbrecherisches Regime integriert und hat auch damit mit der heutigen Bundeswehr nichts zu tun. Dies ist die Quintessenz dieser Debatte im Bundestag - parteiübergreifend.

Anders außerhalb des Bundestages - auch schon vor Veröffentlichung der Berichte Bodgan Musiols und Kristián Ungvárys. Die Ausstellung und ihre Macher wurden nicht nur von rechtsextremistischen Kräften angegriffen, wenn auch von diesen mit der Androhung von Gewalt. Sprachrohr der Gegner der Wehrmattsausstellung war der CSU-eigene *Bayernkurier* und der CSU-rechtsaußen Peter Gauweiler. In seinem Artikel "Wie Deutsche

⁵ abgedruckt im Ausstellungskatalog, S. 605

diffamiert werden" beschuldigte der *Bayernkurier* (22.2.1997) die Macher der Ausstellung aufgrund der Grundkonzeption pauschal, den Soldaten die Ehre abzusprechen. Der *Bayernkurier* setzte sich nicht mit der durchaus fragwürdigen Bilderflut auseinander, sondern verharmloste die durch Wehr-machtsangehörige begangenen Verbrechen durch eine Gleichsetzung mit der im Krieg herabgesetzten "allgemeinen Hemmschwelle". Peter Gauweiler setzte die im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen schließlich mit den Toten des Tabakkonsums gleich, in Anspielung auf den Ursprung des Vermögens Reemtsmas. Die Debatte führte zu einer Konfrontation, nicht zu einer Diskussion - scharf entlang an den politischen Lagern.

Dabei hat es durchaus erhebliche Kritikpunkte an der Ausstellung gegeben. Eine Ausstellung, die vor allem mit 1.433 meist unkommentierten Bildern arbeitet, ist mehr als problematisch. Lothar Gall machte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bereits deutlich, wie vorsichtig Bilder als historische Quelle zu benutzen sind (FAZ, 31.10.1999) und Bogdan Musiol zeigte dies nochmals an der unterschiedlichen Verwendung von Bildern. Die Ausstellungsmacher haben sich daher bereits bevor die falsche Zuordnung einzelner Bilder bekannt wurde, angreifbar gemacht.

Diese - berechtigten - Kritikpunkte haben die Macher der zweiten Wehrmachtsausstellung aufgegriffen. Das "Eiserne Kreuz" ist weg und die Bilder werden ihrer Suggestivwirkung beraubt. Die Ausstellung wurde textlastig, die Grundthese der Ausstellung - die Wehrmacht war nicht sauber von Verbrechen - wird durch Dokumente wie Befehle und Berichte untermauert. Die Zeit schrieb deshalb auch: "Doch nun zeigt sich, dass sie [die Ausstellungskritiker] einen Pyrrhussieg errungen haben, den die zweite Wehrmachtsausstellung ... ist so angelegt, dass sie selbst den verbohrtesten Verteidiger der Wehrmacht ... buchstäblich entwaffnet." (*Die Zeit*, 50/2001).

Was fehlt, aber weder die Wehrmachtsausstellung entbehrlich macht noch von ihr zu leisten ist, ist die Auseinandersetzung auch mit Übergriffen der alliierten Mächte und die Auswirkungen der Beteiligung der hitlerschen Satellitenstaaten, wie beispielsweise Kroatien, Ungarn oder Rumänien. Was bislang fehlt ist auch eine - unpolemisierte - grenzüberschreitende Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Sudetendeutschen und aus den früheren deutschen Ostgebieten. Und was fehlt ist schließlich auch die Auseinandersetzung mit den stalinistischen Verbrechen an der deutschen Volksgruppe in der früheren Sowjetunion.

Dies alles darf und soll keine Auswirkungen auf die heutige Politik der gegenseitigen und europäischen Integration haben. Auch lassen sich - schon mangels der noch vorhandenen Opfer - auch keine juristischen Ansprüche mehr aus einer solchen Auseinandersetzung ziehen. Aber sie ist erforderlich, um Wirkungen und Verbrechen des Krieges insgesamt aufzuarbeiten und damit Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Und was fehlt - nicht für den Zweiten Weltkrieg -: eine Nachbetrachtung jedes einzelnen Krieges.

27. Oktober 2002

Literaturüberblick

Literatur zum Vernichtungskrieg:

Hamburger Institut für Sozialforschung: Verbrechen der Wehrmacht . Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944 (Ausstellungskatalog), Hamburg 2002

Klaus Jochen Arnold: Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941: Zur Radikalisierung der Besatzungspolitik, *MGM* 58 (1999), S. 23-63

Michael Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus . Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt / Main 2000, 2. Auflage

Christian Hartmann / Sergej Slutsch: Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939 . Eine Ansprache des Generalstabschefs des Heeres, *VfZ* 45 (1997), S. 467 ff.

Johannes Hürter: Die Wehrmacht vor Leningrad . Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, *VfZ* 49 (2001), S. 377-440

Tobias Jersak: Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung . Ein Blick auf Hitlers Strategie im Spätsommer 1941, *HZ* 268 (1999), S. 311-374

Hartmut Rüß: Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar?, *MGM* 57 (1998), S. 543-508

Walter Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939 bis 1945 . Grundlagen Formen Gestalten, 2 Bände, München 1990

Wolfram Wette: Die Wehrmacht . Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt/Main 2002 (Buchbesprechung in *FAZ* 7.5.2002)

Wolfram Wette (Hrsg.): Retter in Uniform . Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt/Main 2002 (Buchbesprechung in *FAZ* 11.4.2002)

Literatur / Artikel zur Ausstellung:

Bogdan Musiol: Bilder einer Ausstellung . Kritische Anmerkungen zur Wehrmachtsausstellung "Vernichtungskrieg . Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", *VfZ* 47 (1999), S. 572 ff.

Bogdan Musiol: Bilder der Wehrmacht . Was ist der Kommissionsbericht wert?, *FAZ* 30.11.2000

Kristián Ungváry: Echte Bilder - problematische Aussagen . Eine quantitative und qualitative Fotoanalyse der Ausstellung "Vernichtungskrieg . Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", *GWU* 1999, S. 584 ff.

Michael Jeismann (Interview): Die Wehrmacht war keine Mörderbande. Was bleibt vom Skandal? - Ein Gespräch mit Jan Philipp Reemtsma und Ulrike Jureit zur Eröffnung der zweiten Wehrmachtsausstellung, *FAZ* 27.11.2001

Manfred Köhler: "Viele betrachten Geschichte wie einen Kriminalfilm" . Lothar Gall zur Wehrmachtsschau und den Wert der Historie, *FAZ* 18.5.1997

Manfred Köhler: "Pure Rechthaberei, die sich als Aufklärung tarnt" . Die Wehrmachtsausstellung in Wiesbaden und die Kritik der Wissenschaft: Fragen an den Frankfurter Historiker Lothar Gall, *FAZ* 31.10.1999

Paul Stopp: Die Aufarbeitung des NS-Judenmordes ist ein eigenes Forschungsthema geworden, *Der Tagesspiegel* 29.1.1998

Michael Jeismann: Das Ende der Wiedergänger . Die neue Wehrmachtsausstellung in Berlin: Ein gutes Stück Konsensgeschichte, *FAZ* 29.11.2001

Rainer Blasius: Braun-grauer Schulter schluß? . Wie Hitler im März 1941 die Generäle auf die Vernichtung des "jüdischen Bolschewismus" einschwor, *FAZ* 7.5.2002

Heribert Prantl (Hrsg.): Wehrmachtsverbrechen . Eine deutsche Kontroverse, Hamburg 1997

Hans-Günther Thiele (Hrsg.): Die Wehrmachtsausstellung . Dokumentation einer Kontroverse, Bremen 1997

Hans-Jochen Vogel: Einen Grundkonsens aufgekündigt . Der Streit um die Wehrmachtsausstellung wirft Fragen über den Zustand unserer Gesellschaft auf, *Der Tagesspiegel* 10.3.1997

Volker Ulrich: Will Reemtsma ein anderes Projekt? . In der kommenden Woche wird das Gutachten über die Wehrmachtsausstellung vorgestellt, *Die Zeit* 46/2002

Volker Ulrich: Von strenger Sachlichkeit . Die neue Wehrmachtsausstellung zeigt ein noch dunkleres Bild des NS-Militärs als die alte, *Die Zeit* 50/2001

Dokumente

A) Vortrag Prof. Dr. Ulrich Herbert
zur Eröffnung der Ausstellung in München am 7.10.2002

B) Anträge zur Debatte im Deutschen Bundestag
am 13. März 1997

Thema: Erste Wehrmachtsausstellung

C) Pressestimmen

A)

**Vortrag
Prof. Dr. Ulrich Herbert
zur Eröffnung der Ausstellung in
München am 7.10.2002**

Ulrich Herbert

Vortrag zur Eröffnung der Zweiten Wehrmachtsausstellung in München,
Montag, 7.10.2002

Zur Eröffnung der zweiten Wehrmachtsausstellung gerade in München zu sprechen, ist nicht ohne Brisanz und weckt Erwartungen. Lassen Sie mich daher vorsichtshalber vorab klären, über was ich im Folgenden nicht sprechen werde:

Ich werde zum einen nicht über die Auseinandersetzungen um die erste Ausstellung sprechen und auch nicht über die Frage der richtigen oder falschen Zuordnung von Fotos. Hierzu gibt die neue Ausstellung so viele und genaue Auskünfte, daß es eines Kommentars nicht bedarf. Ich werde allerdings am Ende einige Schlußfolgerungen über den Umgang mit historischen Ausstellungen dieser Art versuchen.

Und ich werde zweitens nicht mitteilen können, wie viele deutsche Soldaten an Verbrechen tatsächlich teilgenommen haben – ob *keine, nur wenige, 15 %, eine Minderheit, 85 %, nahezu alle* – all diese Aussagen sind in den Diskussionen vor einigen Jahren gemacht worden. Tatsächlich wissen wir es nicht genau und können es nicht einmal schätzen. Aussagen über das Verhalten oder gar das Denken und Fühlen, die Mentalität und Motivation der einfachen Soldaten sind ebenso schwierig zu formulieren wie Feststellungen über die Haltung der deutschen Bevölkerung insgesamt. Die Historiker sind hier in manchen Punkten zu genaueren Ergebnissen gekommen, etwa durch Analyse von Briefen, Tagebüchern etc., aber dies ist nicht mein Thema. Wenn ich im Folgenden von der „Wehrmacht“ spreche, so ist damit die Wehrmachtsführung und das Offizierskorps bezeichnet, deren Entscheidungen für das Verhalten der deutschen Truppen ausschlaggebend waren.

Ich werde mich vielmehr im Folgenden mit der Frage beschäftigen, welche Faktoren ausschlaggebend oder jedenfalls wichtig waren, um in der Wehrmacht die vor dem Zweiten Weltkrieg und vor dem Krieg gegen die Sowjetunion offenbar doch bestehenden Hemmnisse gegenüber Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung und zumal an den Juden so weit beiseite zu räumen, daß es in jedenfalls sehr erheblichem Maße zur Beteiligung von Wehrmachtseinheiten an solchen Verbrechen kam.

Ich möchte dies zunächst anhand von zwei Fallbeispielen tun, deren erstes gar nicht in der Sowjetunion spielt, sondern in Frankreich nach dem deutschen Sieg in den Jahren 1940 und 1941. Das zweite bezieht sich auf den Vormarsch der sechsten Armee in der Ukraine im Herbst 1941. Am Ende will ich versuchen, die Voraussetzungen für die Einbindung der Institution

Wehrmacht in die Massenverbrechen des NS-Regimes etwas genauer zu formulieren und daraus einige allgemeinere Schlußfolgerungen abzuleiten.

1. Frankreich

Die deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich galt in Bezug auf die Methoden der Besatzungsverwaltung seit jeher als vorzeigbares Gegenstück gegen das Wüten der Deutschen in der Sowjetunion, in Polen oder auch in Jugoslawien. Die deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich, so die verbreitete Überzeugung, sei insgesamt durchaus zurückhaltend gewesen und habe im ganzen weder die geschriebenen Regeln des Völkerrechts verletzt noch dem soldatischen Komment widersprochen. Dort, wo es in Frankreich zu Verstößen gegen das Völkerrecht gekommen sei, sei dies von Seiten der Wehrmacht nur auf Befehl und im Konflikt mit Hitler geschehen.

Inwieweit ist dieses Bild zutreffend? An welchen Punkten kam es zwischen Militärbefehlshaber in Frankreich und der Berliner Führung zu Konflikten – und in welchen Bereichen nicht? Und welches Welt- und Wertebild der deutschen Offiziere und Beamten in Paris läßt sich daraus formulieren?

Das besiegte und besetzte Frankreich wurde nicht von den deutschen Behörden selbst und direkt verwaltet wie etwa das besetzte Polen. Dafür waren schon personelle und finanzielle Gründe ausschlaggebend. Frankreich unterstand während der gesamten Besatzungszeit einer personell sehr schlanken deutschen Militärverwaltung, mit dem „Militärbefehlshabers in Frankreich“ an der Spitze, einem General, der als eine Art von Gouverneur fungierte. Seit dem Oktober 1940 hatte General Otto von Stülpnagel diese Funktion inne, ein typischer Vertreter der preußischen Militärkaste, konservativ und korrekt im engen Rahmen seines Weltbilds. In Paris dirigierten nur etwa 200, im gesamten Besatzungsgebiet weniger als 1000 deutsche Offiziere und Militärbeamte die französische Verwaltung, die das Land unter deutscher Aufsicht regierte.

Für die meisten Offiziere und Beamten der im Pariser Hotel *Majestic* residierenden Militärverwaltung war der deutsche Sieg über Frankreich so etwas wie die Erfüllung der jüngeren deutschen Geschichte. Ihr politisches Weltbild war von dem Beharren auf der sozialen Suprematie der Militärs, einem scharfen Nationalismus und der Orientierung an einem autoritären Modell von Staat und Gesellschaft gekennzeichnet. Außenpolitisch dominierte die Perspektive einer Hegemonie in Europa und das Verlangen nach Revanche für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg. Die Wiedererrichtung der deutschen Militärmacht nach 1933 und vor allem die schnellen deutschen Siege nach 1939 banden sie fest an Hitler. Zugleich aber standen sie in herablassender Distanz zu den sogenannten „Parteileuten“.

In der ersten Phase der deutschen Besatzungsherrschaft in Frankreich bildete sich eine Reihe von konfliktträchtigen Bereichen heraus, in denen abweichende oder einander widersprechende Auffassungen Hitlers und der Berliner Regimeführung einerseits und der Pariser Militäradministration andererseits zutage traten. Eine davon betraf die sogenannten „Geiselschießungen“

Mit dem Beginn des deutschen Krieges gegen die UdSSR im Sommer 1941 nahm auch in Frankreich der aktive, bewaffnete Widerstand gegen die Deutschen zu und schlug sich in Attentaten und Sprengstoffanschlägen gegen deutsche Soldaten und Einrichtungen nieder. Die Militärverwaltung in Frankreich reagierte darauf zunächst durch die Intensivierung der Bewachung, durch das Aufspüren von Widerstandsgruppen und deren Zerschlagung. Am 4. August 1941 ordnete von Stülpnagel die Verhängung der Todesstrafe für „kommunistische Umtriebe“ an und ließ von der französischen Polizei eine große Verhaftungsaktion durchführen, in deren Verlauf mehr als 4.000 Menschen festgenommen und in das Lager Drancy gebracht wurden.

Die aktiven Wehrmachtseinheiten allerdings forderten schärfere Maßnahmen. Das jedoch barg das Risiko in sich, die bisherige ruhige Kooperation mit der französischen Verwaltung und Bevölkerung aufs Spiel zu setzen. „Polnische Verhältnisse“, betonte die Militärverwaltung mehrfach, wolle man in Frankreich tunlichst vermeiden. Dennoch wurde nach einem weiteren Anschlag am 21. August 1941 erstmals zu Geiselnahmen gegriffen. Alle Franzosen, die von oder für deutsche Dienststellen im besetzten Frankreich in Haft gehalten wurden, wurden kollektiv zu Geiseln erklärt. Als sich am 3. September ein weiteres Attentat ereignete, ließ der Militärbefehlshaber drei in Haft befindliche Kommunisten als Geiseln erschießen.

Nun aber schalteten sich Keitel und Hitler in das Verfahren ein. Dem Militärbefehlshaber wurde mitgeteilt, daß Hitler die Reaktion der Pariser Militäradministration auf die Attentate als bei weitem nicht ausreichend ansehe: „Beim nächsten Mordanschlag seien mindestens 100 Erschießungen sofort vorzunehmen für einen Deutschen. Ohne solche drakonischen Vergeltungen werde man der Dinge nicht Herr... Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem betroffenen Lande sind für das Verhalten der militärischen Besatzungsbehörden nicht maßgebend.“ Dieser letzte Satz bezeichnete den Kern der Meinungsverschiedenheiten. Denn für das Verhalten der deutschen Besatzungsbehörden stellten die politischen Beziehungen zu den einzelnen besetzten Ländern, genauer: die eigene politisch-kulturelle Wertschätzung dieser Länder den Maßstab für das Verhalten der Militärbehörden in den Besatzungsgebieten dar. Was in Serbien und Rußland zur gleichen Zeit üblich und akzeptiert war, stieß in Frankreich auf Proteste. Entsprechend kritisierten Stülpnagel und sein Stab diese Anordnungen Hitlers, durch welche die Franzosen ins Lager des Gegners getrieben würden.

Als aber am 20. Oktober weitere Attentate erfolgten, kündigte der Militärbefehlshaber unter massivem Druck des Führerhauptquartiers die Erschießung von je 100 Geiseln für jedes Attentat

an. Am 22. und 24. Oktober wurden 98 Geiseln tatsächlich hingerichtet, eine Maßnahme, die in Frankreich wie im Ausland auf Entsetzen stieß und starke Erregung nach sich zog.

Daraufhin suchte man in der Militärverwaltung in Paris nach Wegen, wie den weiteren Forderungen nach scharfen Sühnemaßnahmen zu begegnen sei, ohne wahllos französische Geiseln zu erschießen. Bei diesen Vorschlägen kam ein ganz anderes Politikfeld ins Spiel: das Vorgehen der Militärverwaltung gegen die Juden in Frankreich. Dazu einige Bemerkungen: Für die „Judenpolitik“ waren in Frankreich anders als in den besetzten Ländern des Ostens bis zum Sommer 1942 nicht die Beauftragten der SS und der Sicherheitspolizei zuständig, sondern der Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers. Bereits im August 1940, als weder von der deutschen Sicherheitspolizei in Paris noch vom Reichssicherheitshauptamt in Paris irgendwelche Interventionen in diese Richtung unternommen worden waren, hatte der Verwaltungsstab scharfe Grundsätze der Judenpolitik festgelegt. „Die Militärverwaltung“, hieß es dort, „kann sich die Militärverwaltung gegenüber der Judenfrage nicht dauernd passiv verhalten...Vielmehr ist der Zeitpunkt gekommen, um im besetzten Frankreich die Voraussetzungen für die Erreichung der ferneren Ziele der deutschen Politik auf diesem Sektor zu schaffen. Diese Ziele gehen zweifellos dahin, in allen Bereichen des Lebens, einschließlich der Wirtschaft, den jüdischen Einfluß radikal auszumerzen.“ Entsprechend wurden in Übereinstimmung mit den französischen Stellen die Erlasse zur Erfassung, Diskriminierung und Beraubung der Juden in schneller Folge verkündet. Ohne unter erkennbarem Druck zu stehen, hatte die Militärverwaltung diesen Prozeß nicht so sehr hingenommen, als vielmehr selbst in Gang gesetzt und beschleunigt.

Jedoch verstand sich keiner von den führenden Offizieren der Pariser Militäradministration als radikaler Antisemit im nationalsozialistischen Sinne, sodaß die Judengegnerschaft das eigene Weltbild dominiert hätte. Der bei den einzelnen unterschiedlich stark ausgeprägte, meist eher desinteressierte traditionell - konservative Antisemitismus erwies sich vielmehr hier als völlig ausreichend. Zum einen war den meisten Offizieren das Wohlergehen der Juden in Frankreich rundweg egal und zum anderen war das geplante Vorgehen gegen die Juden von der Überzeugung getragen, daß man mit den Juden auch die schärfsten Gegner der deutschen Besatzung treffen werde, so daß hier „Sicherheitsaspekte“ im Vordergrund zu stehen schienen. Und schließlich beruhten die beschlossenen antijüdischen Maßnahmen ja auf „gesetzlicher“ Grundlage; während „ungesetzliche Exzesse“ bei den Mitarbeitern des Militärbefehlshabers gewiß auf Ablehnung gestoßen wären. So aber war für die Militärs in Paris die „Judenfrage“ eher ein Nebenkriegsschauplatz, der insgesamt auf nur wenig Interesse stieß und deutlich hinter der heftigen, aber als ehrenvoll empfundenen Auseinandersetzung mit Hitler und Keitel um die Geiseler-schießungen zurückstand.

In eben diesem Zusammenhang gewann diese Haltung gegenüber den Juden jedoch eine weiter reichende Bedeutung. Bereits die ersten scharfen Maßnahmen der deutschen Militärverwaltung nach den ersten Attentaten hatten sich vor allem gegen Juden gerichtet. Die erste

Massenverhaftung nach den Anschlägen des 4. August 1941, bei der mehr als 4.000 Menschen in das Lager Drancy gebracht worden waren, hatte zum überwiegenden Teil Juden getroffen. Für die meisten Beamten der Militäradministration war der Zusammenhang zwischen Kommunismus, Attentaten und Juden ganz unzweifelhaft, zumal sich unter den ersten aufgegriffenen Attentätern auch tatsächlich einige Franzosen jüdischer Abstammung befunden hatten. Diese Überzeugung spielte nun im Zusammenhang mit der Diskussion um die Geislerschießungen eine wichtige Rolle.

Denn nachdem das Führerhauptquartier Ende Oktober 1941 angeordnet hatte, daß für jeden bei Anschlägen umgekommenen Deutschen 100 Franzosen als Geiseln erschossen werden sollten, suchte der Stab des Militärbefehlshabers nach Sühne- und Repressionsmaßnahmen, durch die eine abschreckende und vorbeugende Wirkung auf die Attentäter ausgeübt werden konnte, ohne, wie es hieß, Unschuldige zu treffen und ohne daß die Politik der Kollaboration gefährdet würde. Hier nun entwickelten die Offiziere des Verwaltungsstabs den Vorschlag, nicht weiterhin die zu Geiseln erklärten Franzosen zu erschießen, sondern eine größere Zahl von Menschen „zur Zwangsarbeit in den Osten“ zu deportieren. Dabei sollten außer Kommunisten vor allem Juden berücksichtigt werden, insbesondere ausländische Juden, die nach 1918 nach Frankreich eingewandert waren und von der einheimischen französischen Bevölkerung vermutlich nur wenig Solidarität zu erwarten hatten.

Als am 28. November das nächste Attentat gemeldet wurde, dem drei deutsche Soldaten zum Opfer fielen, versuchte die Militärverwaltung dieses neue Konzept erstmals anzuwenden. Statt der von Hitler geforderten Erschießung von 300 als Geiseln genommenen Franzosen schlug Stülpnagel dem OKH die Exekution von „50 Juden und Kommunisten“ vor, darüber hinaus aber die „Auferlegung einer Buße von 1 Mrd. Francs auf die Juden von Paris“ sowie die „Internierung und Deportierung nach dem Osten von in einem kriminellen oder deutschfeindlichen Zusammenhang hervorgetretenen Juden“. Hierbei war zunächst an eine Zahl bis zu 1.000 gedacht.

Nur wenige Tage später erfolgten weitere Attentate mit tödlichem Ausgang. Dies löste eine von der Militärverwaltung angeordnete und auch von deutschen Exekutivkräften durchgeführte Aktion aus, bei der am 12. Dezember 1941 743 überwiegend wohlhabende männliche Juden, die meisten von ihnen französischer Staatsangehörigkeit, verhaftet und in das unter deutscher Aufsicht stehende Lager Compiègne gebracht wurden, von wo aus sie „in den Osten“ transportiert werden sollten. Hinzu kamen, um die Zahl 1.000 zu erreichen, 300 ebenfalls vorwiegend jüdische Häftlinge aus dem Lager Drancy.

Stülpnagels Versuch, mithilfe der Deportation von Juden „in den Osten“ die angeordneten Massenerschießungen von französischen Geiseln zu vermeiden, schlug dennoch fehl. Hitler und Keitel stimmten zwar Stülpnagels Vorschlag der Deportation von 1000 Juden zu, aber nicht anstatt der Erschießung von Geiseln im Verhältnis 1:100, sondern zusätzlich. Nachdem

Stülpnagels Vorschlag abgelehnt worden war, trat er als Militärbefehlshaber zurück. Die Empörung in seinem Verwaltungsstab über das Vorgehen Hitlers in der Geiselfrage war außerordentlich - hier verbanden sich Offiziersehre, juristische Bedenken und moralische Skrupel mit politischen und weltanschaulichen Erwägungen über die Zukunft Europas, den kulturellen und „rassischen“ Stand der Franzosen sowie die weitere Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Aus den Quellen wie aus Memoiren der Beteiligten ist zu erkennen, daß der Befehl zu den Massenerschießungen von französischen Geiseln die Distanz der Offiziere zum Regime entscheidend vergrößert und den Weg bereitet hat, der schließlich zur Beteiligung oder doch Zustimmung so vieler Offiziere des Militärbefehlshabers zu dem Aufstandsversuch des 20. Juli führte.

Zugleich aber ist auch unübersehbar, daß sich aus dem Versuch, die Massenerschießungen von Geiseln zu verhindern bzw. zu beenden, von Seiten der Militärverwaltung der Vorschlag entwickelte, statt dessen mit Massendeportationen von französischen Juden „in den Osten“ zu beginnen. Aus diesem Vorschlag wurde schnell gängige Praxis. Am 23. März ging der erste Transport von Compiégne nach Auschwitz ab - dies markierte den Beginn der Massendeportation der französischen Juden in die Vernichtungslager im Osten. Die politischen Bemühungen der Pariser Militärverwaltung um ein Ende der Geislerschießungen, die über Monate hinweg im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der deutschen Dienststellen in Frankreich wie der französischen Öffentlichkeit standen und deren honorige Motive nach dem Kriege durchweg anerkannt wurden, führte auf diese Weise direkt zur Ingangsetzung der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich.

An diesem hier knapp geschilderten Konflikt wird dreierlei deutlich:

1. Die Offiziere in den Stäben des Militärbefehlshabers waren bereit und in der Lage, mit der Regimeführung und auch mit Hitler selbst in Konflikt zu treten, wenn durch die Befehle aus Berlin Bereiche berührt wurden, die ihr Selbstverständnis und ihre soldatische Ehre verletzten und zugleich zu ihren politischen Vorstellungen, etwa von der richtigen Form der Besatzungsverwaltung in Paris, in Widerspruch standen. Das war im Falle der massenhaften Erschießung französischer Geiseln so, aber auch bei den Protesten gegen die Wegnahme französischer Kunstschatze durch deutsche Dienststellen.

2. Diese Haltung galt aber ganz offenbar nicht generell, sondern war an das Land gebunden, auf das sich solche Maßnahmen bezogen. Denn gegen das entsprechende Vorgehen der deutschen Stellen in den Ländern Ost- und Südosteuropas erhoben sich, wie wir sehen werden, keineswegs ähnliche Einwände von Seiten der Militärs; in manchen Fällen übrigens der gleichen Personen. Die kulturelle Wertschätzung Frankreichs und der Franzosen spielt hierbei eine offenbar ausschlaggebende Rolle und die damit verbundene Haltung, gegenüber den kulturell und zivilisatorisch als gleichrangig angesehenen Völkern anders, nämlich gesitteter aufzutreten als gegenüber Völkern, die als niedrigstehend empfunden wurden.

3. Demgegenüber bestanden zwischen der Berliner Führung und der Pariser Militärverwaltung in Bezug auf das Vorgehen gegenüber den Juden keine grundlegenden Divergenzen, ebensowenig wie bei den Maßnahmen gegen Kommunisten. Hier traten die Militärs sogar besonders initiativ und forciert auf. Diese Politikbereiche betrafen Menschen, die von den Militärs nicht als Objekte ehrenhaften Handelns angesehen wurden. Kommunisten galten als Feinde Deutschlands und Agenten der Sowjetunion und waren als solche zu verfolgen.

Die hier betriebene Politik gegenüber den Juden basierte auf einem zweifellos ausgeprägten, wenngleich eher traditionellem Antisemitismus. Man mochte die Juden nicht und hielt sie für ein kulturell und zivilisatorisch niederes Volk. Für die Verknüpfung der Juden- mit der Geiselfrage und die daraus entwickelte Ingangsetzung der Deportationen war der Antisemitismus der Verwaltungsoffiziere allein nicht ausreichend. Als ausschlaggebend erwies sich vielmehr der massive Druck, unter dem der Verwaltungsstab in seinem Bestreben, trotz der Attentate die ruhige Besatzungspolitik der Kollaboration beizubehalten, geraten war. Auf diese Weise war man zu Zugeständnissen in zweitrangigen Fragen bereit, wenn man in der Hauptsache bestehen konnte. Die Behandlung der französischen Juden aber war in den Augen der Protagonisten eine solche zweitrangige Frage: Mußte man unbedingt „Härte“ nachweisen, dann am liebsten gegenüber einer Gruppe, die man ohnehin nicht mochte, die nicht zu den Franzosen gezählt wurde, die bereits massiv diskriminiert und ohne Fürsprecher war und unter der man ohnehin die Drahtzieher der Anschläge, wenn nicht den Kern der antideutschen Opposition überhaupt vermutete. Dieser letzte Aspekt war offensichtlich entscheidend, denn es löste die Ingangsetzung der Judendeportationen aus dem Zusammenhang des rein Ideologischen und gab ihr eine vermeintlich sachliche, zweckrationale Begründung.

Dabei bestanden in der Militärverwaltung über das Schicksal der Juden „im Osten“ spätestens seit Dezember 1941 wenig Illusionen. Durch einen von der Ostfront nach Paris abgeordneten Offizier hatte der Leiter der Abteilung Justiz, Bälz, schon Anfang Oktober 1941 genaue Informationen über den Massenmord in Babi Jar erhalten und dafür gesorgt, daß dies im Hause schnell bekannt wurde. „Von da an“, notierte der Militärverwaltungsbeamte Walter Bargatzky in seinen Aufzeichnungen, „gibt es auch im 'Majestic' kein Nichtwissen mehr“.

2. Ukraine

Vor Beginn des Krieges gegen Rußland waren ganz andere, viel schärfere Maßgaben für den Umgang mit der Zivilbevölkerung verbreitet worden. Durch Gerichtsbarkeitserlaß, Kommissarbefehl und die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“ war befohlen worden, daß sogenannte Freischärler, politische Kommissare der Roten Armee, zivile Kommissare und „feindliche Zivilpersonen“, welche sich gegen die Wehrmacht stellten, sofort zu erschießen seien. In den Richtlinien für das Verhalten der Truppe wurde darüber hinaus die

Forderung nach „restloser Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstands“ fixiert, insbesondere im Falle von, daß „bolschewistischen Hetzern, Freischärlern, Saboteuren, Juden“.

Allerdings erwies sich bald, daß der Krieg gegen die Sowjetunion anders als von den deutschen und weltweit nahezu allen Militär-Spezialisten erwartet worden war, kein „Blitzkrieg“ war, daß der militärische Widerstand gegen die Deutschen erheblich und insbesondere die Nachschub- und Versorgungsprobleme der Wehrmacht außerordentlich waren. Zugleich aber stand der Krieg gegen die Sowjetunion aus deutscher Sicht von Beginn an unter außerordentlichem Zeitdruck. In jedem Falle mußte vermieden werden, daß sich der Krieg über den Winter hinweg zog. Dies hätte nicht nur die strategischen Pläne der deutschen Führung durcheinander gebracht, sondern auch die Ressourcen des Reiches binnen kurzem überfordert und eine Umstellung auf einen lang dauernden Abnutzungskrieg mit sich gebracht, dessen Erfolgsaussichten man auch in der Wehrmachtsführung skeptisch beurteilte. In dem Maße, wie sich die militärische Lage im Herbst 1941 verschlechterte und die vollständige Überdehnung des deutschen Kräftepotentials sichtbar wurde, führte diese Kombination aus Zeitdruck und Ressourcenknappheit zu den sich bald häufenden Aufforderungen an die Truppe, mit größerer Rücksichtslosigkeit vorzugehen und insbesondere zivilen Widerstand so schnell und brutal wie möglich zu ersticken. Rücksichtnahme auf die einheimische Bevölkerung – etwa bei der Versorgung - , wie man sie in Frankreich noch hatte beobachten können, sollte hierbei keine Rolle spielen. Entscheidend war allein, daß der Krieg möglichst schnell beendet würde. Daß dies in der sowjetischen Bevölkerung zu Hungersnöten mit möglicherweise Millionen von Opfern führen werde, war bereits vor Kriegsbeginn berechnet und ausdrücklich bejaht worden.

Dabei zeigte sich schnell, daß es bei den meisten deutschen Offizieren gegenüber der Bevölkerung der Sowjetunion anders als gegenüber den Franzosen keine kulturell motivierten Rücksichtnahmen oder Hemmungen gab, und noch viel weniger galt dies für die Juden. Die ideologisch fixierte Vorstellung der Einheit von Judentum und Bolschewismus, die seit der Münchener Räterepublik in den Kreisen der deutschen Nationalisten weit verbreitet war, wurde hier aktualisiert und radikalisiert. Dazu trug erheblich bei, daß in den nichtjüdischen Bevölkerungsteilen, vor allem im Baltikum und in der Ukraine, der tradierte Antisemitismus in den Juden die Drahtzieher des Bolschewismus erblickte – oder doch jedenfalls nach Attentaten und Sabotageaktionen gegen die deutschen Besatzungstruppen auf die Juden verwies, wenn es um die Suche nach den Schuldigen ging, um auf diese Weise den Zorn der Deutschen von den eigenen Leuten abzulenken.

Um den deutschen Vormarsch zu beschleunigen, war angeordnet worden, die großen Städte, vor allem Leningrad, Moskau und Kiew nicht einzunehmen, sondern zu umschließen und auszuhungern. Die deutschen Truppen sollten nicht mit der Versorgung der einheimischen Bevölkerungen beschäftigt werden, zumal man ja vor Kriegsbeginn bereits festgelegt hatte, daß die Ernten der fruchtbaren Südzonen der Sowjetunion nicht in die zu versorgenden Großstädte

des Nordens geleitet, sondern von der deutschen Truppe zu verbrauchen oder ins Reich zu verschicken waren. Diese Anordnungen trafen bei der Armeeoberkommandos durchaus auf Zustimmung, wurden dadurch doch nicht nur die Versorgung der Truppe verbessert, sondern auch verlustreiche und zeitintensive Straßenkämpfe vermieden und der Vormarsch beschleunigt.

In Kiew allerdings, der Hauptstadt der Ukraine, widersprach die Führung der 6. Armee unter Generalfeldmarschall von Reichenau der Anordnung, die Stadt zu umzingeln und aus der Luft mit Brandbomben vollständig zu zerstören, vor allem weil die Rote Armee die Stadt bereits beim Anrücken der deutschen Truppen verlassen hatte, verlustreiche Kämpfe also nicht zu erwarten waren und weil sie befürchtete, die für den Nachschub der gesamten Südfront unverzichtbaren Flußbrücken der Stadt auf diese Weise zu verlieren. Am 19. September 1941 eroberten die ersten deutschen Einheiten Teile von Kiew. In der Tat erwiesen sich nach der Eroberung der Stadt die Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung als erheblich und die Wehrmacht mußte damit beginnen, Teile der hungernden Bevölkerung mit eigenen Lebensmittelvorräten zu versorgen, bis im Oktober von dem zuständigen Staatssekretär für Landwirtschaft, Backe, die Anordnung kam, die Versorgung der Bevölkerung einzustellen. Lediglich die für deutsche Betriebe arbeitenden Ukrainer sollten noch ernährt werden, weil andernfalls die Versorgung der deutschen Truppen nicht mehr gesichert sei. Die Einnahme Kiews, so die Überzeugung nun auch der Generäle, war ein Fehler. Demgegenüber wurde nun auch von den Generälen, die bis dahin eher skeptisch gewesen waren, die Aushungerung Leningrads, der insgesamt fast eine Million Menschen zum Opfer fiel, der zweckmäßigere Weg angesehen.

Zu den Versorgungsproblemen der Deutschen kamen die sich häufenden Anschläge. Vor ihrem Rückzug hatte die Rote Armee große Teile der Stadt vermint bzw. mit Zeitzünderbomben in großem Ausmaß bestückt. Am 24. September 1941 kam es daher zu den ersten großen Explosionen, denen in den kommenden Tagen weitere folgten. Dadurch geriet ein großer Teil der Stadt in Brand und zahlreiche, vermutlich hunderte deutscher Soldaten wurden bei den Explosionen getötet. Damit setzte nun bei den Offizieren der 6. Armee auch in Kiew der Automatismus der Vergeltungsmaßnahmen ein; aber hier galten ganz andere Maßstäbe als in Frankreich. Bereits bei ihrem Vormarsch in den vorangegangenen Wochen hatte die 6. Armee immer weiter sich steigernde Vergeltungsaktionen durchgeführt. Bei Anschlägen, bestimmte das Armeeoberkommando, seien die Täter zu erschießen. Sollten sie nicht ausfindig gemacht werden können, seien Kollektivmaßnahmen durchzuführen. „Diese können im Erschießen von ortsansässigen Juden oder Russen, Abbrennen von jüdischen oder russischen Häusern bestehen.“ Dabei entwickelte sich im Laufe der Zeit zwischen den Einheiten der 6. Armee und dem sie begleitenden Sonderkommando 4a, das aus Polizei- und SS-Einheiten bestand, eine Arbeitsteilung. Überführte Freischärler oder Saboteure wurden von den Wehrmachtseinheiten selbst erschossen. Bei Kollektivmaßnahmen übergaben die Wehrmachtseinheiten die zu Exekutierenden dem Sonderkommando. Dabei hatten Wehrmachtseinheiten Sicherungsaufgaben zu erfüllen, die freiwillige Beteiligung von Wehrmachtssoldaten an Exekutionen des

Sonderkommandos, wie sie häufiger gemeldet wurden, wurde untersagt, um der „Verwilderung der Truppe“ entgegenzuarbeiten.

Bereits seit Juli und August 1941 wurden bei solchen Kollektivmaßnahmen vor allem Juden erschossen, wobei das Sonderkommando spätestens im August früh damit begann, die jüdischer Einwohnerschaft ganzer Orte zu ermorden. Darauf wies das AOK 6 am 10. August 1941 die Soldaten hin; es handle sich dabei um „notwendige Exekutionen an verbrecherischen, bolschewistischen, meist jüdischen Elementen“. Die hier bereits praktizierte Ausweitung der Mordaktionen auch auf Frauen und Kinder wurde bald darauf auf symbolische Weise bekräftigt. In Bjelaja Zerkow, einem Ort westlich von Kiew, hatte die Ostskommandantur Mitte August die Registrierung die Juden des Ortes empfohlen. Die ersten zur Registrierung eintreffenden jüdischen Familien wurden getrennt – die Erwachsenen übergab die Geheime Feldpolizei dem Sonderkommando, die diese kurz darauf erschossen; die etwa 90 Kinder wurden in einem schulähnlichen Gebäude eingesperrt. In den nächsten Tagen wurden auch die übrigen Juden des Ortes aufgefunden und erschossen. Die Kinder in der Schule hatte man offenbar vergessen, jedenfalls hörten einige Soldaten das Wimmern der Kinder und machten einen Offizier, den I a der gerade dort stationierten 295. Infanteriedivision, Oberstleutnant Groscurth, darauf aufmerksam. Groscurth, der später den Kreisen des 20. Juli nahestand, fand in dem Gebäude die seit Tagen ohne Ernährung und Wasser ihrem Schicksal überlassenen Kinder im Alter von wenigen Monaten bis 7 Jahren. Der dazu gerufene SS-Offizier des Sonderkommandos erklärte, die Kinder sollten in Abstimmung mit dem Feldkommandanten ebenso wie ihre Eltern erschossen werden, man sei aber noch nicht dazu gekommen. Groscurth ließ die Erschießung aufschieben und verlangte eine Entscheidung höherer Instanzen. Daraufhin wurden die Kinder provisorisch versorgt. Am Abend wurde der Vorfall im Stab der 6. Armee beraten. Der Feldkommandant hielt die „Ausrottung der jüdischen Frauen und Kinder für dringen erforderlich,... gleichgültig, in welcher Form dies erfolgte“. Generalfeldmarschall von Reichenau entschied schließlich, „daß die einmal begonnene Aktion in zweckmäßiger Weise durchzuführen sei.“ Das geschah am nächsten Morgen.

Damit waren der letzte Schritt getan. Die Bevölkerung großer Städte sollte nicht mehr ernährt werden, Attentate auf die deutsche Truppe oder Widerstand allgemein mit Kollektivmaßnahmen in Form von Massenexekutionen beantwortete werden, dabei sollten vor allem Juden berücksichtigt werden; dann wurden alle Juden der eingenommenen Orte exekutiert, schließlich – wie sich in Bjelaja Zerkow offenbarte – auch explizit die jüdischen Kinder.

Gleichwohl blieben diese Aktionen unter dem Legitimationsvorbehalt der Vergeltung, auch wenn dieses rationalisierende Konstrukt von der Wirklichkeit längst überholt war. Das Syndrom aus Zeitdruck, strategischem Mißerfolg, Versorgungsproblemen, Mißachtung der Bevölkerung, Antisemitismus und zunehmendem Widerstand entlud sich in einer rapide voranschreitenden Radikalisierung innerhalb weniger Wochen.

Zurück nach Kiew. Nach den verheerenden Explosionen und dem Tod von vermutlich mehr als 100 deutschen Soldaten sollte nun auch hier eine entsprechende Reaktion erfolgen. Von Seiten der kollaborationswilligen Teile der ukrainischen Bevölkerung wurden, ähnlich wie das in anderen Fällen bereits geschehen war, für die Explosionen die Juden verantwortlich gemacht. Am 27. September, drei Tage nach dem ersten Anschlag, besprach der kommandierende General des 29. Armeekorps, General Obstfelder, diese Vorfälle zusammen mit dem Stadtkommandanten, Generalmajor Eberhard, und weiteren Offizieren. Kurz darauf berieten die für die Abwehr zuständigen Ic-Offiziere des 29. Armeekorps und der unterstellten Divisionen sowie Pionieroffiziere gemeinsam mit Vertretern des Sonderkommandos, der Geheimen Feldpolizei und anderer Institutionen die zu ergreifenden Maßnahmen. In dem Bericht des Sonderkommandos hieß es nach dieser Besprechung: „Exekution von mindestens 50000 Juden vorgesehen. Wehrmacht begrüßt Maßnahmen und erbittet radikales Vorgehen“.

Daraufhin wurden am nächsten Tag von einer Propagandakompanie der 6. Armee 2000 Maueranschläge mit einem Aufruf gedruckt, in dem alle Juden der Stadt aufgefordert wurden, sich am 29. September sich morgens an einem Platz in der Stadt einzufinden. „Mitzubringen sind: Papiere, Geld, Wertsachen, sowie warme Kleidung, Wäsche usw.“ – eine Finte, auf die die Verantwortlichen später besonders stolz waren, weil sie die Juden über ihr Schicksal bis zuletzt im Unklaren gelassen hätte. Insgesamt fanden sich am 29. und 30. September mehr als 33.000 Menschen ein. Über das nun Folgende sind wir durch die Berichte von Überlebenden informiert. Einer dieser Bericht mag das Geschehen hier exemplarisch verdeutlichen:

„Viele dachten, ihnen stünde eine Umsiedlung in die Provinzstädte bevor...Die Familien hatten Brot für die Reise gebacken, Rucksäcke genäht, Fuhrwerke und Karren gemietet. Sie gegenseitig stützend bewegten sich alte Männer und Frauen vorwärts...Die Menschenmassen bewegten sich in ununterbrochenem Zug über die Lwowskaja-Straße, während auf den Bürgersteigen die deutschen Patrouillen standen. ...Die Stadt verstummte. Die Lwowskaja-Straße geht in die Melnik-Straße über, danach beginnt ödes Gelände mit kahlen Hügeln, steil abfallenden Schluchten – Babi Jar...Unter freiem Himmel standen Schreibtische...Aus der Menschenmenge wurden je dreißig bis vierzig Personen herausgeholt und unter Bewachung zum „Registrieren“ geführt. Ihnen wurden sofort die Dokumente und Wertsachen abgenommen. Danach zwangen die Deutschen die Menschen, alle, ohne Ausnahme,... sich völlig zu entkleiden. Die Kleidungsstücke wurden eingesammelt und akkurat zusammengelegt. Den unbekleideten Menschen...rissen sie die Ringe von den Fingern. Dann stellten die Henker die Todgeweihten in Gruppen am Rande eines tiefen Abgrundes auf und erschossen sie von hinten. Die Körper stürzten den Steilhang hinunter. Die kleinen Kinder wurden bei lebendigem Leibe in die Schlucht gestoßen.“

Am 29. und 30. September 1941 wurden nach der Zählung des Sonderkommandos 33.771 jüdische Menschen auf diese Weise ermordet. Nach Ende der „Aktion“ kam eine Pionierabteilung der Wehrmacht in die Schlucht und sprengte die Ränder der Massengräber, so daß die Leichen von den herunterfallenden Erdmassen begraben wurden.

Die Nachrichten von dieser Massensexekution verbreiteten sich schnell in alle Richtungen; wer angesichts der Öffentlichkeit, in welcher das ganze stattfand, sich vorstellen möchte, daß etwa die Kiewer Bevölkerung oder daß die in Kiew liegenden deutschen Soldaten davon nichts erfahren

hätten, verkennt die furchtbare Sensation, die ein solches Ereignis darstellte. Wenige Tage später, wir hörten schon davon, sprach man über Babi Yar bereits schauernd in den Offizierskasinos in Paris. Und selbst der isolierte und drangsalierte jüdische Romanistikprofessor Viktor Klemperer in Dresden notierte in seinen Tagebüchern im Frühjahr 1942 umlaufende Gerüchte über die Massenmorde in Kiew.

Wohlgemerkt: die Erschießungen selbst wurden von Einheiten der Polizei und der Waffen-SS durchgeführt. Die Wehrmacht hatte diese Massenerschießung jedoch zuvor mit dem Sonderkommando vereinbart, hatte die Plakate gedruckt und schließlich die Ränder des Massengrabs von Pioniereinheiten sprengen lassen – eine Arbeitsteilung, wie sie sich in den ersten Monaten des Krieges gegen die Sowjetunion überall etablierte.

Der Weg der 6. Armee, der schließlich in Stalingrad endete, zeigt in seiner Entwicklung vom Sommer bis zum Herbst 1941, wie sich militärisches Kalkül, wachsende Rücksichtslosigkeit angesichts der unvorhergesehenen Schwierigkeiten, Drang nach Vergeltung für Attentate und Widerstandsaktionen in kurzer Zeit miteinander verbinden, radikalieren und schließlich in der Ermordung von zehntausenden von Juden jeden Alters kulminieren – aber auch in der Organisation des massenhaften Hungertodes, wie in Leningrad oder gegenüber den Millionen von sowjetischen Kriegsgefangenen. Die Wehrmacht, die in Frankreich noch so stolz auf ihre Ehre und Unabhängigkeit war und sich bei Verstößen gegen den militärischen Kommandospruch sogar mit Hitler anzulegen bereit gezeigt hatten, war hier in Rußland mit dem Regime weitgehend verschmolzen. Das bedeutete aber keineswegs, daß sich diese Offiziere nun alle selbst auch als Nationalsozialisten verstanden. Der Teildissens zur Regimeführung in bestimmten Bereichen, die Zustimmung zu anderen kann nachgerade als Kennzeichen aller Eliten während des Dritten Reiches angesehen werden. Wir kennen mittlerweile zahlreiche Beispiele dafür, daß auch solche Offiziere, die die Vernichtungsmaßnahmen in besonderer Weise forcierten, sich ebenso wie manche der Organisatoren des Massenmords in den Besatzungsverwaltungen in Osteuropa gar nicht als „Nationalsozialisten“ verstanden, weil sie – zum Beispiel - mit der Kirchenpolitik der Regierung nicht einverstanden waren oder die Partei wegen ihres plebejischen Auftretens verachteten.

Wenn also von „ideologischen“ oder weltanschaulichen Motiven die Rede ist, dann bedeutet das durchaus nicht eine definierte Mindestmenge von Schlagworten aus Mein Kampf oder dem Völkischen Beobachter; vielmehr spielen hier breitere, auch allgemeinere Grundüberzeugungen eine Rolle. Daß Deutschland im Ersten Weltkrieg Opfer eines Verrats gewesen sei – der Verbindung von inneren Feinden und äußeren Gegnern etwa; daß die Juden der völkische Ausdruck diese Verbindung seien; daß die Revanche für den Ersten Weltkrieg berechtigt sei; daß Deutschland und die Deutschen anderen Völkern überlegen seien; daß vor allem der Krieg gegen die Sowjetunion als Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei zu verstehen sei – dies und anderes prägte die Überzeugungen ganz gewiß der großen Mehrheit des deutschen

Offizierskorps. Solche Überzeugungen konnten nun in Momenten der Gefahr, des Rückschlags, der eigenen Bedrängung offenbar problemlos verschärft werden, indem entgegenstehende Haltungen – humanistische Ideale, christlicher Erziehung, soldatische Ehrvorstellungen, juristische Bedenken – ausgeschaltet wurden.

Der Prozeß der Barbarisierung – der Verrohung und Entthemmung, den wir hier wie an vielen anderen Schauplätzen dieses Krieges beobachten können - wurde ausgelöst durch die sich zuspitzende aktuelle Problematik des Krieges gegen die Sowjetunion: den sich aufbauenden Zeitdruck, die militärischen Mißerfolge, die problematische Versorgungslage, die Bedrohung durch den sowjetischen Widerstand – und daraus resultierend die beständig erneuerte Überzeugung, daß man nur durch vollständige Rücksichtslosigkeit, durch noch härteres Vorgehen, durch die Ablösung von allen hemmenden und mildernden Überzeugungen und eingeübten Haltungen dieser Bedrohungen Herr werden könne.

Der Antisemitismus fand seinen spezifischen Ausdruck darin, daß die Verfolgung, die Unterdrückung, die Ermordung der Juden mit jeweils rationalistischen Zielsetzungen begründet wurde - und daß die Protagonisten diesen Zusammenhang für überzeugend hielten: die Juden als Träger des Bolschewismus, als Spione, als Partisanen. Solche Überzeugungen legitimieren das eigene Vorgehen, selbst wenn es sich von solchen Rationalbezügen in kürzester Zeit völlig ablöst, wie wir am Beispiel der Kinder von Bjelaja Zerkow gesehen haben.

Solche rationalistischen Begründungen finden wir auch in anderen Kontexten: Für die Juden sei kein Wohnraum mehr da; sie müßten daher dezimiert werden. Oder: die weitere Ernährung der arbeitsunfähigen Juden gefährde die Versorgung der Truppe. Auf diese Weise wurde der Genozid mit militärischen, polizeilichen, bevölkerungs-, gesundheits- oder ernährungspolitischen Zielen verknüpft, die schon aus patriotischen Motiven Unterstützung auch bei solchen fanden, die den Nationalsozialisten innerlich fernzustehen glaubten.

Es wäre jedenfalls ganz irreführend, sich unter den Offizieren der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion eine Bande fanatischer Killer vorzustellen. Gerade die Tatsache, daß dies offenbar nicht der Fall war, macht diese Entwicklung ja so beängstigend.

Lassen Sie mich am Ende aus dem Vorgetragenen einige allgemeine Überlegungen herausstellen:

Das Bild, das wir uns in Deutschland nach dem Kriege von der Wehrmacht gemacht haben, war geprägt durch den Krieg im Westen; der zum einen von großen Siegen gekennzeichnet war, zum anderen aber Offiziere und Soldaten zeigte, die sich durchaus in Übereinstimmung mit Tradition und Kriegsgesetzen zu verhalten schienen. Die Erschießung von Geiseln nach Attentaten, so wurde argumentiert, und diese Argumente hören wir bis heute, sei zum einen kriegsrechtlich zulässig, zum anderen habe sich die Wehrmacht ja gegen exzessive Anwendung solcher

Repressionen ja zu wehren versucht. Die Deportation von Juden hingegen, so die verbreitete Überzeugung, sei ohne Kenntnis oder gar gegen den Willen der Wehrmacht von SS und SD durchgeführt worden. Schon dies war, wie wir gehen haben, nicht zutreffend.

Aber als noch viel problematischer hat sich die Übertragung dieses Bilds auf das Auftreten der Wehrmacht auch im Osten, namentlich in der Sowjetunion, erwiesen. Das größere Ausmaß der Repressalien sei als Reaktion auf die ungleich brutalere Kriegsführung der dortigen Gegner, namentlich der Roten Armee zurückzuführen. Mittlerweile sind solche Überzeugungen vermutlich nicht mehr als gesellschaftlicher Konsens anzusehen, sondern ins Residuum der Rechten und radikalen Rechten abgedrängt. Aber die damit verbundenen Grundannahmen scheinen mir durchaus noch aktuell zu sein, weil sie einem verbreiteten, ja unvermeidlichen Wunsch von uns Deutschen entsprechen: Der Wunsch, die Wehrmacht möge doch *nicht* strukturell in die Massenverbrechen des NS-Regimes integriert worden sein, sie möge lediglich Vergeltung geübt haben wie andere Armeen auch. Der Wunsch, die Ermordung der Juden möge doch allein das Werk der SS gewesen, die deutschen Soldaten damit *nicht* in Berührung gekommen sein, es nicht gewußt, jedenfalls nicht gewollt haben. Oder es möchten doch wenigstens – wie sonst im Leben auch – Verbrechen und Schuld nicht so einseitig verteilt sein, die Verbrechen der Wehrmacht denen anderer Armeen womöglich entsprechen – Übergriffe vielleicht, Ausnahmen. Dieser Wunsch ist deshalb so machtvoll, weil er so verständlich ist. Denn während man die Nazis noch als Außenseiter und Fanatiker apostrophieren kann, so repräsentiert die Wehrmacht mit ihren mehr als 15 Millionen Soldaten die Deutschen insgesamt. Und wer – als Einzelner oder als Kollektiv – kann es auf die Dauer ertragen, daß die eigenen Väter und Großväter in den direkten Zusammenhang von Massenmördern gestellt werden? Der Wunsch, dies möge alles *nicht* so gewesen sein, drückt das Verlangen nach einer anderen Vergangenheit aus, nach einer, mit der man besser umgehen und leben kann. Und wenn dies schon uns Nachgeborenen so geht, wie sehr muß dieser Wunsch erst die Deutschen in den Nachkriegsjahrzehnten umgetrieben haben auf der Suche nach einer Geschichte, die eine Basis für das Weiterleben bieten konnte, als Nation wie für die Einzelnen selbst.

Dieser Wunsch überwölbte auch die Diskussionen um die erste Wehrmachtsausstellung, die dieses milde, hilfreichere Geschichtsbild torpedierte und zu zerstören drohte - bis sich schließlich ein rettender Ausweg fand: Denn wenn schon 7 Fotos falsch beschriftet waren, so war womöglich die ganze Aussage falsch, oder doch übertrieben, einseitig?

Nun hat die erste Ausstellung durch ihren polemisch-plakativen Ansatz solcherart Reaktionen vermutlich auch mit befördert. Aber da ist nun diese zweite Ausstellung, keine „Überarbeitung“, sondern eine völlig neue Ausstellung. Sie faßt in denkbar sachlicher Form zusammen, was die Historiker – die deutschen wie die aus dem Ausland – seit Jahren an Forschungen zusammengetragen haben.

Nun, da die plakative Polemik fehlt, ist das Ergebnis in der Sache womöglich aber noch trostloser, weil der, der die Ausstellung betrachtet, nein: durcharbeitet, erkennen wird: Die Wehrmacht war struktureller Bestandteil der nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik. Das heißt: Nicht alle Soldaten waren daran direkt beteiligt; wir wissen, wie gesagt, nicht wie viele genau. Nicht alle Offiziere haben das mitgetragen, obwohl, wie wir gesehen habe, hier Opposition und Zustimmung oft sehr unterschiedliche Bereiche betrafen. Was die Ausstellung vielmehr zeigt, ist daß die Wehrmacht im Ostkrieg eine der entscheidenden Faktoren, Voraussetzung und Träger, der Vernichtungspolitik war; daß die Aushungerung der Zivilbevölkerung und der sowjetischen Kriegsgefangenen mit Millionen von Toten Teil eines strategischen und also auch militärischen Kalküls war. Daß die Ermordung der Juden über das in der Wehrmacht verbreitete und mit getragene Bild vom jüdischen Bolschewismus im Zuge der Politik von Vergeltung und Bevölkerungsdezimierung in Gang gesetzt wurde.

Diese Kernaussage der Ausstellung ist auch deswegen schwer zu ertragen, weil sie ohne jene plakative Polemik vorgetragen wird, die es im vorherigen Falle ja noch erleichterte, sich davon abzuwenden. Und schon findet sich in den ersten Stellungnahmen gehäuft der Vorwurf, die neue Ausstellung sei zu kühl, zu wenig Betroffenheit erzeugend. Die Ausstellung schreit ja nicht auf – sie stellt dar, weist hin, erläutert Zusammenhänge und stellt an den Betrachter Anforderungen, die über ein schlichtes Äußern von Entsetzen weit hinaus reichen.

Hier scheint mir diese Ausstellung in Bezug auf die Darstellung und die Rezeption der NS-Verbrechen in Deutschland einen, vermutlich den einzigen in der Zukunft gangbaren Weg aufzuzeigen. Denn niemand wird verlangen, daß die Deutschen, wie es die rechte Propaganda postuliert, „in Sack und Asche gehen“, noch daß sie ihre Betroffenheit und ihren Schmerz deutlich nach außen tragen. Das ist auf Dauer auch glaubwürdig kaum darstellbar.

Nur eine moralische Forderung gegenüber den Deutschen in Bezug auf die NS-Zeit scheint mir nach wie vor und auch in Zukunft legitim und richtig: daß die Deutschen genau Bescheid wissen über das, was damals geschah.

In einer Zeit, in welcher das weitreichende Urteil über die NS-Zeit und der leichtfertige öffentliche, auch politische, Umgang damit in oft deutlichem Gegensatz steht zum erkennbaren Ausmaß des Nichtwissens, hat diese Forderung eine besondere und aktuelle Bedeutung. Hier sehe ich in dieser Ausstellung einen erkennbaren Fortschritt – denn das eine bleiben wir den Opfern von Paris, von Bjelaja Zerkow, von Babi Yar schuldig: daß wir über die Verbrechen an ihnen, über das, was dazu führte und wer dafür verantwortlich war, genau und eingehend informiert sind. Nur das bedeutet auch: daß wir sie nicht vergessen.

B)

**Anträge zur Debatte im Deutschen
Bundestag
am 13. März 1997**

Thema: Erste Wehrmachtausstellung

Antrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Gerald Häfner, Annelie Buntenbach, Winfried Nachtwei, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Marie Luise Beck (Bremen), Angelika Beer, Matthias Berninger, Amke Diert-Scheuer, Franziska Eichstädt-Bohlig, Dr. Uschi Eid, Andrea Fischer (Berlin), Rita Griebhaber, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Dr. Angelika Köster-Loßack, Dr. Helmut Lippelt, Oswald Metzger, Kerstin Müller (Köln), Christa Nickels, Cem Özdemir, Gerd Poppe, Simone Probst, Halo Saibold, Christine Scheel, Rezzo Schlauch, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Ursula Schönberger, Waltraud Schoppe, Werner Schulz (Berlin), Marina Steindor, Manfred Such, Dr. Antje Vollmer, Ludger Volmer, Helmut Wilhelm (Amberg), Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, daß Rechtsextremisten die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ zum Anlaß für bundesweite Mobilisierung zu Demonstrationen und rechtsextreme Propaganda nehmen.

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest, die historische Rolle der Deutschen Wehrmacht bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise:

1. Die meisten Soldaten glaubten, die Pflicht zu erfüllen, die sie ihrem Vaterland schuldeten, oder sie sahen keine Möglichkeit, sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Was ein Soldat tut, ist nicht zu lösen von Zielsetzung und Moral seiner Führung.
2. Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.
3. Es geht nicht darum, die deutsche Wehrmacht pauschal zu verurteilen. Einzelne Verbände haben jedoch auch, teils im Vollzug von Weisungen höchster Wehrmachtsstellen, mit der Erschießung von Gefangenen, bei Massakern in besetzten Gebieten und durch Beteiligung am Judenmord schwerstes Unrecht begangen.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg geführt hat.

IV. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Ausstellung im Oktober 1998 in Bonn am gegenwärtigen Sitz von Parlament und Regierung gezeigt werden wird.

Bonn, den 28. Februar 1997

Volker Beck (Köln)
Gerald Häfner
Annelie Buntenbach
Winfried Nachtwei
Elisabeth Altmann
(Pommelsbrunn)
Marieluise Beck (Bremen)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Amke Dietert-Scheuer
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Andrea Fischer (Berlin)
Rita Griebhaber
Antje Hermenau
Kristin Heyne
Dr. Angelika Köster-Loßack
Dr. Helmut Lippelt
Oswald Metzger

Christa Nickels
Cem Özdemir
Gerd Poppe
Simone Probst
Halo Saibold
Christine Scheel
Rezzo Schlauch
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Ursula Schönberger
Waltraud Schoppe
Werner Schulz (Berlin)
Marina Steindor
Manfred Such
Dr. Antje Vollmer
Ludger Volmer
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln)
und Fraktion

Begründung

Die aktuelle Debatte in München um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ macht eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages notwendig.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich auf ihrer achten Synode mit der Rolle der Wehrmacht, der moralischen und ethischen Bewertung des Handelns deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Die in dem Beschluß der Synode zum Ausdruck kommende Sichtweise macht sich der Antrag zu eigen.

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Zweite Weltkrieg gehört zu den furchtbarsten Tragödien der deutschen und europäischen Geschichte. Ihr fielen Millionen auch deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer. Verantwortlich für diese Tragödie ist das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus, das – auch über die Führung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges – viele Angehörige der Wehrmacht in tiefe Gewissensnöte brachte – konfrontiert mit der Frage, ob sie einem totalitären Unrechtssystem dienen durften oder ob sie nicht zunächst ihrem Vaterland, ihren Familien, ihren Freunden zu dienen hatten. Daß der subjektiv ehrenhafte und tapfere Dienst objektiv in Tateinheit mit dem Einsatz für ein verbrecherisches Regime geschah, kennzeichnet die Tragik vieler Soldaten.
2. Das nationalsozialistische Regime hat zahllose und schwerste Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges zu verantworten. An solchen Kriegsverbrechen waren auch Teile der Wehrmacht beteiligt. Für die meisten Soldaten der Wehrmacht sind solche Vorwürfe jedoch nicht begründet. Diese Feststellung ist das Gebot historischer Wahrheit wie Gerechtigkeit – verbunden mit dem Respekt und dem Mitgefühl für die zahllosen Opfer des Zweiten Weltkrieges und ihrer Angehörigen sowie der Würdigung des Widerstandes innerhalb der Wehrmacht gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime.
3. Der Deutsche Bundestag verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen jede einseitige oder pauschale Verurteilung der Angehörigen der Wehrmacht. Er begrüßt jeden Versuch zur historisch wahrhaftigen und gerechten Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, wie das schon früher wiederholt geschehen ist. Dazu können auch Ausstellungen und sonstige Initiativen von privater Seite gehören. Den Grundsätzen von individueller Meinungsfreiheit und öffentlicher Toleranz gemäß ist es aber nicht Aufgabe des Deutschen Bundestages, private Initiativen inhaltlich zu beurteilen oder zu

bewerten. Dies gilt auch für die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944.“ Aus diesem Grunde unterstützt der Deutsche Bundestag die Entscheidung seines Präsidiums, die genannte Wanderausstellung nicht im Deutschen Bundestag aufzunehmen.

4. Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form links- oder rechtsextremistischer Ausschreitungen im Zusammenhang mit der vorgenannten Wanderausstellung.

Bonn, den 11. März 1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Antrag

der Abgeordneten Otto Schily, Günter Verheugen, Walter Kolbow, Fritz Rudolf Körper, Gernot Erler, Günter Graf (Friesoythe), Dieter Heistermann, Gerd Höfer, Erwin Horn, Hans-Peter Kemper, Thomas Krüger, Robert Leidinger, Dorle Marx, Gerhard Neumann (Gotha), Manfred Opel, Kurt Palis, Dr. Willfried Penner, Bernd Reuter, Gisela Schröter, Brigitte Schulte (Hameln), Ilse Schumann, Johannes Singer, Dr. Peter Struck, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Siegfried Vergin, Ute Vogt (Pforzheim), Jochen Welt, Dieter Wiefelspütz, Verena Wohlleben, Uta Zapf, Peter Zumkley, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag stimmt der folgenden Äußerung des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Volker Rühle, am 17. November 1995 vor der 35. Kommandeurstagung der Bundeswehr in München zu:

„Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.“

Bonn, den 12. März 1997

Otto Schily	Dr. Willfried Penner
Günter Verheugen	Bernd Reuter
Walter Kolbow	Gisela Schröter
Fritz Rudolf Körper	Brigitte Schulte (Hameln)
Gernot Erler	Ilse Schumann
Günter Graf (Friesoythe)	Johannes Singer
Dieter Heistermann	Dr. Peter Struck
Gerd Höfer	Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Erwin Horn	Siegfried Vergin
Hans-Peter Kemper	Ute Vogt (Pforzheim)
Thomas Krüger	Jochen Welt
Robert Leidinger	Dieter Wiefelspütz
Dorle Marx	Verena Wohlleben
Gerhard Neumann (Gotha)	Uta Zapf
Manfred Opel	Peter Zumkley
Kurt Palis	Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

„Die deutschen Soldaten in ihrer großen Mehrheit müssen in Schutz genommen werden vor Peter Gauweiler, der sie offenbar nicht unterscheiden will von Kriegsverbrechern. Millionen tote deutsche Soldaten haben es nicht verdient, an ihrem symbolischen Grabmal für die Inszenierung eines Mannes mißbraucht zu werden, der eine Ausstellung über die Folgen des Tabakkonsums für wichtiger hält als eine Dokumentation über Schuld und Verstrickung in den finstersten Jahren deutscher Geschichte“ (Dr. Heiner Geissler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bild am Sonntag, 2. März 1997).

Antrag

**der Abgeordneten Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Gregor Gysi
und der Gruppe der PDS**

Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt, daß Rechtsextremisten die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ zum Anlaß für bundesweite Mobilisierung zu rechtsextremistischer, insbesondere nationalistischer Propaganda nehmen können.
2. Der Deutsche Bundestag mahnt alle Kritiker der Ausstellung, die unter Nummer 1 beschriebenen Folgen künftig mit zu bedenken.
3. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Wehrmacht an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des zweiten Weltkrieges beteiligt war. Eine solche Feststellung pauschaliert nicht, sie sagt nichts über die individuelle Schuld oder Nichtschuld des einzelnen Soldaten aus.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, die zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, von zahlreichen Städten, darunter auch von Bonn, eingeladen wurde.
5. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß das Präsidium des Deutschen Bundestages eine Einladung der Ausstellung in die Räume des Deutschen Bundestages abgelehnt hat. Der Deutsche Bundestag würde begrüßen, wenn die Präsidentin des Deutschen Bundestages die Schirmherrschaft über die Ausstellung in Bonn übernehme.

Bonn, den 12. März 1997

Gerhard Zwerenz
Heinrich Graf von Einsiedel
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941–1944“ in München machen eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages unausweichlich. Das Erfordernis wird durch die beginnende Debatte in Frankfurt am Main und Bremen noch bekräftigt. Der Deutsche Bundestag muß dadurch Partei ergreifen, daß er alle Versuche der Leugnung oder Bagatellisierung der durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen zurückweist.

C)

Pressestimmen



INTERVIEW

Es ist nie zu Ende

„Verbrechen der Wehrmacht“: Die spektakuläre zeithistorische Ausstellung wird jetzt in Hamburg zum letzten Mal gezeigt. Ein ZEIT-Gespräch mit Ulrike Jureit, Jan Philipp Reemtsma und Norbert Frei zieht Bilanz

DIE ZEIT: Herr Reemtsma, hat es in der fast neunjährigen Geschichte der beiden Wehrmachtausstellungen Augenblicke gegeben, in denen Sie es bereut haben, sich überhaupt auf dieses Thema eingelassen zu haben?

Jan Philipp Reemtsma: Die Antwort könnte genauso gut „täglich“ wie „nie“ heißen. Als wir das Unternehmen begannen, hatte niemand eine Idee davon, worauf wir uns eingelassen hatten, was Dauer wie Intensität der öffentlichen Auseinandersetzung angeht und auch die Menge an Zeit und Energie, die da hineinzustecken war. Wenn man dann aber in so einer Sache drin ist, richtet man seine ganze Aufmerksamkeit darauf, mit den auftretenden Problemen klarzukommen. Das ist dann viel zu interessant, als dass die Frage, die ja eher etwas Kontemplatives hat – Wäre es anders nicht vielleicht angenehmer gewesen? – im Vordergrund stehen könnte.

ZEIT: Wären die Mängel der ersten Ausstellung vermeidbar gewesen, oder waren sie die unvermeidliche Begleiterscheinung eines Lernprozesses?

Reemtsma: Es sind in dieser Ausstellung selbstverständlich Fehler gemacht worden, die vermeidbar gewesen wären. Viele Entscheidungen – etwa die Art der Präsentation, der Stil des Ganzen – haben sich aber erst in der Auseinandersetzung als problematisch herausgestellt, auch gemessen an dem so nicht antizipierten Detailinteresse der Öffentlichkeit.

Ulrike Jureit: Sicherlich wird man heute sagen, man hätte anders mit den Fotos umgehen sollen. Nur ist das ein Ergebnis dieses Diskussionsprozesses. Es hat dazu geführt, dass nicht nur viele Forschungen in Gang gesetzt worden sind, sondern dass sich das Bewusstsein verändert hat, was die Möglichkeiten der Arbeit mit Fotomaterial angeht.

Norbert Frei: Ich glaube auch, dass die Sensibilität für das Foto als historische Quelle erst im Zuge der Kritik an der ersten Ausstellung in dieser Form in die Geschichtswissenschaft transportiert worden ist. Das muss man ehrlicherweise sagen. Auch diejenigen, die sich hinterher aufgeschwungen haben und erklärten: „Wir wissen doch, wie vorsichtig man mit Fotografien umgehen muss“, haben das Problem vorher nicht ernst genommen. Es ist, wenn Sie so wollen, der historiografischen Tradition geschuldet, dass man auf das Bild keinen großen Wert gelegt und es bestenfalls illustrativ verwendet hat. Entscheidend aber ist: Der Ausstellung ist es gelungen, einen gesellschaftlichen Reflexionsprozess über die Legende von der „sauberen Wehrmacht“, die ja eine Nachkriegskonstruktion gewesen ist, in Gang zu setzen – was allen wissenschaftlichen Arbeiten bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen war.

ZEIT: Bedurfte es also der Provokation, um überhaupt erst einmal eine Bresche in die Mauer des Beschönigens und des Verdrängens zu schlagen?

Reemtsma: Das weiß man nicht, ob es dessen bedurfte. Aber es war so.



Frei: Wenn man sich den gesellschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit ansieht, die Jahrzehnte der Auseinandersetzung damit, dann kann man mit einiger Plausibilität sagen, dass ohne eine gewisse Form der Dramatisierung, nennen Sie es meinetwegen auch Vergrößerung, noch selten etwas bewegt worden ist. Die historische Forschung liefert die Grundlagen, aber es ist einfach ein Faktum, dass die Anstöße für eine breite öffentliche Diskussion in der Regel nicht aus der Geschichtsschreibung kommen. Es bedarf der medialen Umsetzung, es geht über Literatur, über Filme, auch über die Justiz. Denken Sie an den Eichmann-Prozess, den Auschwitz-Prozess oder an das Tagebuch der Anne Frank in den fünfziger Jahren.

Reemtsma: Dem stimme ich zu. Uns ist vor der Eröffnung im März 1995 gesagt worden, dass die Ausstellung dieses nicht leisten würde. Es wurde sogar behauptet – das muss ich als Kuriosität festhalten –, die Ausstellung sei zu „textlastig“. Später wurde sie als eine reine Fotoausstellung rezipiert. Und deshalb ist es für mich eine offene Frage: Waren es die Mittel dieser Ausstellung, mit schlagzeilenartigen Sätzen zu operieren und zuzuspitzen, auch zu verkürzen, welche die große Wirkung auslösten? Oder war es fast egal, welches Stilmittel eingesetzt wurde, weil das Thema sowieso „dran“ war?

Frei: Damit sind Sie an dem Punkt der sich verändernden Generationenkonstellationen. Die Wehrmachtsangehörigen befanden sich Mitte der neunziger Jahre in der Bilanzierungsphase ihres Lebens und waren vermutlich sehr viel eher bereit – nicht alle, aber doch eine nicht unerhebliche Gruppe –, sich damit auseinander zu setzen, als dies in den sechziger Jahren, als sie mitten im Leben standen und ihre Biografien zusammenhalten mussten, der Fall gewesen wäre.

ZEIT: Die zweite Ausstellung ist im Unterschied zur ersten fast einhellig positiv aufgenommen worden. Muss es Sie nicht eher nachdenklich stimmen, dass jetzt sogar von einer „Konsensgeschichte“ die Rede ist?

Reemtsma: Ich kann doch nicht ein Thema in der Öffentlichkeit durchsetzen wollen und dann, wenn es gelungen ist, sagen: Jetzt ist es aber ein Problem. Nein, das gehört zur Erfolgsgeschichte dieser Ausstellung.

Frei: Konsens bedeutet immer auch abfallendes Interesse. Darüber sollte man sich keine Illusionen machen.

Jureit: Aber mit über 400.000 Besuchern!

Frei: Ich will damit den Erfolg der zweiten Ausstellung gar nicht in Abrede stellen. Mit diesem neuen – „weiß-kühlen“, klinischen oder wie auch immer die Attribute in der Presse hießen – Auftritt, sind Sie ein ganzes Stück an eine wissenschaftliche Präsentationsform herangerückt. Und das bedeutet vermutlich zugleich eine gewisse Begrenzung des öffentlichen Interesses.

Reemtsma: Wobei Presse und Besucher immer zu unterscheiden sind. Die Presse interessiert sich für diese Ausstellung weniger, das Interesse der Besucher ist genauso groß wie zuvor.

Jureit: Das Ziel der zweiten Ausstellung konnte ja nicht sein, die emotionale Mobilisierung der ersten zu toppen. Die Herausforderung lag vielmehr in dem Versuch, eine andere Ebene der Ansprache zu finden und zu zeigen: Auch wenn man das ganze verbrecherische Geschehen differenziert anguckt, ändert sich an der inhaltlichen Aussage im Kern nichts.



Frei: Die erste Ausstellung war, jedenfalls von dem Zeitpunkt an, an dem sie für Aufruhr gesorgt hatte, für viele auch ein gesellschaftliches *must*. Da musste man hingehen! Das galt für die zweite nachdem die unmittelbare Neugier befriedigt und das einheitlich positive Urteil der Presse gefällt war, nicht mehr.

Jureit: Wir sind weg vom Event.

Frei: Ja, und das muss kein Schaden sein.

ZEIT: Nun erhebt der alte Ausstellungsleiter Hannes Heer in einem Buch, das im Frühjahr im Aufbau Verlag erscheinen wird, schwere Vorwürfe gegen die zweite Ausstellung. Er spricht von einem „Verschwinden der Täter“, und es finden sich dort Sätze wie: „Der Vernichtungskrieg fand statt, aber niemand war dabei.“ Wie stellen Sie sich zu dieser Kritik?

Reemtsma: Es ist absurd, zu behaupten, die Täter kämen nicht vor – gerade bei einer Ausstellung, die bestimmte Dinge aufnimmt, die die erste gar nicht in ihrer Schärfe und Präzision so in den Blick genommen hatte. Ich denke an den Eingangsteil der zweiten Ausstellung, wo geklärt wird, worum es eigentlich geht: um Kriegsverbrechen, um das Moment der Intentionalität, des Bruches der völkerrechtlichen Normen, wo auch deutlich wird, dass dies nicht „geschah“, sondern „getan wurde“.

Die Ausstellung endet mit Biografien von Soldaten, die sich in diesem Krieg so oder so verhalten haben. Dieses Moment der individuellen Entscheidungsfreiheit wird in der zweiten Ausstellung thematisiert, was in der ersten aufgrund ihrer ganz anderen Konzeption keinen Ort haben konnte, aber wiederum ein wichtiger Diskussionspunkt war: Wie frei sind eigentlich Menschen dort gewesen, wie konnten sie entscheiden, wie sehr war dieser Krieg eine Maschine, die jeden Soldaten zum Rädchen machte?

Frei: Insofern sind es, pointiert gesagt, zwei Generationen-Ausstellungen: Die Erste ist eben doch die Ausstellung der Generation, die in den fünfziger Jahren das spezifische Reden – es war ja kein wirkliches Schweigen – über den Krieg und das Opfer, das die Väter gebracht haben, ertragen musste, was natürlich einen erheblichen Anteil am deutschen „68“ hatte. Im Grunde genommen ist die erste Ausstellung noch einmal eine Antwort darauf. Und die zweite Ausstellung ist, so gesehen, die Ausstellung der Enkelkinder.

Jureit: Das kann man so nicht sagen. Das Alter derjenigen, die an der Ausstellung gearbeitet haben, lag zwischen 30 und 50.

Frei: Die Ausstellung bedient gerade am Schluss mit der Dokumentation der individuellen Handlungsspielräume ein besonderes Interesse junger Leute. Ich sage nicht, dass die Ausstellungsmacher jetzt alle Vertreter der Enkelgeneration sind. Von der Ansprache her aber geht sie mehr auf das ein, was übrigens nicht nur bei diesem Thema, sondern ganz generell im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus heute viel stärker im Vordergrund steht als das, was die 68er aufdecken wollten, nämlich Herrschaftsstrukturen, falsches Bewusstsein und politische Zusammenhänge. Heute geht es für viele junge Menschen um die Frage: Wie haben sich die mir bekannten Menschen damals verhalten? Vielleicht auch: Wie hätte ich mich verhalten? Der individuelle Zugriff auf die Geschichte ist jedenfalls heute sehr viel intensiver.

Reemtsma: Aber diese strukturelle Klammer – Verbrechensbegriff und Handlungsspielräume – ist etwas, was nicht durch die Arbeit derjenigen



entstanden ist, die generationsmäßig so einzuordnen sind, wie Sie das beschrieben haben. Jetzt können Sie sagen: Okay, ich stecke da zwischen den Generationen, kein 68er mehr und noch keiner dort.

Frei: Wir reden aus derselben Generationenperspektive, das ist mir schon klar.

ZEIT: Könnte man also sagen, dass sich in der Geschichte dieser Ausstellung eine Art Paradigmenwechsel spiegelt in der Erinnerungs- und Gedächtniskultur, in der Art und Weise, wie über den Nationalsozialismus geschrieben und geredet wird?

Frei: Sie fällt zumindest genau in eine Phase, in der dieser Abschied von den letzten Zeitgenossen, die wirklich die NS-Zeit als erwachsene Menschen erlebt haben, sich vollzieht. Insofern steht der erste Teil am Anfang dieses unvermeidlichen Historisierungsprozesses, dieses Entgleitens – in einem methodischen Sinne – der NS-Zeit aus der Zeitgeschichte. Und der zweite Teil steht in einer gewissen Weise dann schon am Schlusspunkt dieser Entwicklung. Wir können von solchen grundsätzlichen, wenn Sie so wollen, auch trivialen Gesichtspunkten nicht absehen.

ZEIT: Gibt es womöglich auch einen Zusammenhang mit dem Diskurs über die Selbstversöhnung der Deutschen mit ihrer Geschichte, wie er im letzten Herbst in den deutschen Feuilletons geführt wurde – einem Diskurs, der ja auch die Rolle der Deutschen als Opfer in verstärktem Maße einschließt?

Reemtsma: Ich sehe das überhaupt nicht. Ich glaube nicht an das Ausrufen von Paradigmenwechseln alle halbe Jahre. Es stimmt natürlich, was Herr Frei eben geschildert hat, dass es solche Umbrüche gibt, dass man daran – es gibt zwei Ausstellungen zum selben Thema, mit derselben These, aber einer völlig anderen Darstellungsweise – viel ablesen kann. Vielleicht aber auch vieles hineininterpretiert, obwohl dieser merkwürdige Vorgang nach Deutung schreit. Das Zweite ist: Es ist im Laufe der letzten Jahrzehnte schon so oft ausgerufen worden, es gäbe jetzt den Haltepunkt, die Deutschen seien nun mit der Geschichte versöhnt. Das letzte Mal ist das im Gedenkjahr 1995 geschehen, als alles so wunderbar geklappt hatte. Es gab keinen neuen Jenninger-Skandal, man hatte überall die Formulierungen sehr gut austariert. Und was passierte dann? Dann kamen die Wehrmacht-Ausstellung, die Klemperer-Tagebücher, die Goldhagen-Debatte in kürzester Zeit hintereinander – und alles lag wieder auf dem Tisch. Und es ist ganz gut möglich, dass dies im nächsten oder übernächsten Jahr genauso wieder der Fall ist und dass dann jeder den Kopf schüttelt und sagt: Was soll denn da mit der Versöhnung gewesen sein?

Frei: Diese Schlusstrich-Forderungen sind älter als die Bundesrepublik, und die Schlusstrich-Befürchtungen sind so alt wie die seit den späten fünfziger, frühen sechziger Jahren langsam wachsende Bereitschaft zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Insofern stimme ich Ihnen an diesem Punkt völlig zu.

Es ist noch etwas hinzugekommen in den letzten zehn, fünfzehn Jahren, nämlich diese hochgradig selbstreflexive Art des Umgangs mit der NS-Vergangenheit. Wenn ein Buch wie das jetzt über den Bombenkrieg großen Erfolg hat, dann wird nicht nur das Thema selbstverständlich in den Medien aufgegriffen, und der *Spiegel* macht ein *Spiegel*-Buch dazu, sondern es wird auch sofort die Frage gestellt: Was bedeutet das jetzt für unseren Umgang mit der Vergangenheit? Und dieses Thema ist dann oftmals sogar für die Feuilletonisten aufregender als die Auseinandersetzung mit dem inhaltlichen Kern der Sache.



Das ist ein Struktur-Element der Debatte. Insofern wäre auch ich mit Prognosen sehr vorsichtig. Aber eines ist doch klar: Jetzt werden die Kinder des Bombenkriegs und die Kriegskinder in den Ruhestand oder in den Vorruhestand geschickt. Und ich kann es wirklich vielfach auch im Bekanntenkreis beobachten, dass da plötzlich ein neues Interesse an dieser Frage entsteht: Wie haben wir das damals eigentlich erlebt? Das hat erst einmal gar nichts mit Apologie zu tun. Problematisch ist aber, wie sich jetzt nicht wenige der einstigen 68er in unhistorischen Selbstbezeichnungen ergehen, die deutschen Opfer damals ignoriert zu haben – und damit die wirklichen Apologeten bedienen.

Jureit: Ich glaube schon, dass dieses Sterben der Zeitzeugengeneration einen tiefen Einschnitt bedeutet, der uns in seinem ganzen Ausmaß noch gar nicht so klar ist.

ZEIT: Gibt es weiße Flecken der Forschung, die die Ausstellung in ihren beiden Varianten noch nicht hinreichend thematisiert hat und wo in den nächsten Jahren noch geforscht werden sollte? Sind etwa Anschlussprojekte im Institut geplant, die das Begonnene fortführen?

Reemtsma: Natürlich hat die Erfahrung mit dieser Ausstellung die Arbeit des Instituts geprägt. Bestimmte Themen sind auf diese Weise in den Vordergrund getreten. Im Arbeitsbereich Theorie und Geschichte der Gewalt gibt es Arbeiten zum Kalten Krieg, zu Perspektiven des Krieges im 21. Jahrhundert, und es gibt eine Untersuchung über Polen als einem großen Laboratorium oder Probiefeld gewaltsamer Verwaltung von Territorien. Das ist für die Geschichte des Nationalsozialismus und des Krieges von eminenter Bedeutung: Was hat man dort versucht, was sind dort für Erfahrungen gemacht, welche personellen und strukturellen Konsequenzen daraus gezogen worden?

Jureit: Interessant ist es auch, mit dem Begriff der Handlungsspielräume weiterzuarbeiten. Wenn man die Ebene der Oberbefehlshaber, die der Regimenter bis hin zum einfachen Mannschaftssoldaten nimmt: Wie sind bestimmte Entscheidungsprozesse gelaufen? Was gab es für Verhaltensoptionen?

Frei: Darf ich noch ein Beispiel nennen? Das Tagebuch eines Regimentskommandeurs der 707. Infanteriedivision, das jetzt in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* vorgestellt wurde, erlaubt doch wirklich einen scharfen Blick auf die Praxis des Ostkrieges, aber die Militärgeschichtsschreibung vor 15 Jahren wäre vermutlich nie auf die Idee gekommen, eine solche Quelle zu publizieren. Die Detailveranschaulichung von Kriegsgräueln, die Auseinandersetzung damit und dann natürlich auch die Frage nach Handlungsspielräumen, das sind Themenbereiche, die noch längst nicht ausgeschöpft sind.

ZEIT: Wird nicht auch im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union das Thema Kollaboration immer dringlicher?

Reemtsma: Mit Sicherheit.

Frei: Es wird insofern dringlicher, als wir ja nicht erst seit der Osterweiterung, sondern eigentlich schon seit Mitte der neunziger Jahre beobachten können, dass die alten Nachkriegsmythen, man könnte fast sagen: in etwa analog zur Legende von der „sauberen Wehrmacht“, sei es in Frankreich, sei es in Italien, sich zunehmend aufzulösen beginnen und auch dort andere Fragen, kritischere Fragen gestellt werden.



ZEIT: Steht der endgültige Standort dieser Ausstellung, dieser beiden Ausstellungen schon fest?

Reemtsma: Das Deutsche Historische Museum Berlin.

ZEIT: Dort werden beide Ausstellungen eingelagert oder nur die zweite?

Reemtsma: Wir haben bisher einen Vertrag über die zweite Ausstellung abgeschlossen. Sie steht dann im Museum zur Verfügung als Teil künftiger Ausstellungen über die Geschichte der Bundesrepublik. Sie wird jetzt selber historisiert.

ZEIT: Wenn Sie einmal versuchen, eine Art Resümee zu ziehen: Was haben diese beiden Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht und die öffentliche Auseinandersetzung darüber Ihrer Meinung nach bewirkt?

Frei: Was den selbstreflexiven Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik angeht, fügt sich die Ausstellung in eine Geschichte von Skandalen und gesellschaftlichen Aufregungen, in denen Stück um Stück die Tabus, die Apologien, die Legenden, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit und – je nachdem, auch länger – ihren gesellschaftlich funktionalen Sinn gehabt haben, abgearbeitet worden sind und vermutlich auch weiter abgearbeitet werden. Denn wir dürfen uns nicht einreden, dass wir jetzt am Ende aller Blindstellen angekommen wären. Dass neue Perspektiven, die sich nicht nur, aber auch durch nachwachsende Generationen eröffnen, wieder neue Fragen bedeuten, dessen bin ich mir ganz sicher.

Jureit: Die Ausstellung hat es geschafft, die starre Grenze zwischen öffentlichem und familiärem Erinnern durchlässig zu machen. Dieser Teil der Geschichte ist jetzt in der Gesellschaft ganz anders verankert.

Reemtsma: Man wird in der Öffentlichkeit über dieses Thema nicht mehr so reden, wie man vor diesen Ausstellungen darüber geredet hat. Das ist der Erfolg des Instituts. Viel mehr kann eine solche Einrichtung nicht erreichen. Die andere Seite ist: Bei allen Versuchen, den beiden Ausstellungen im Gefüge der Bundesrepublik Bedeutung zu geben, darf man die Gesamtdimension nicht vergessen: Die historische Katastrophe, das Verbrechen ist von einem solchen Ausmaß gewesen, dass das, was immer wir hier tun, keine Zäsur markieren kann. Dies wird vielmehr noch Jahre und Jahrzehnte die Öffentlichkeit, und nicht nur die deutsche, sondern die europäische und in gewisser Weise die Weltöffentlichkeit beschäftigen und emotional wie intellektuell beanspruchen. Es kann angesichts des Ausmaßes dieser historischen Katastrophe gar nicht anders sein.

*Das Gespräch führte Volker Ullrich
Textdokumentation: Josef Hrycyk*

(c) DIE ZEIT 22.01.2004 Nr.5



GESCHICHTE

Will Reemtsma ein anderes Projekt?

In der kommenden Woche wird das Gutachten über die Wehrmachtsausstellung vorgestellt

Von Volker Ullrich

Wie ein Staatsgeheimnis wird das Gutachten über die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* gehütet, das eine unabhängige Historikerkommission am Mittwoch nächster Woche in Frankfurt dem Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, überreichen wird. Niemand darf zuvor Einsicht in das 90-seitige Papier nehmen; die Kommissionsmitglieder sind zu strengstem Stillschweigen über dessen Inhalt verpflichtet. Der Institutschef selbst, hört man, habe es so gewollt. Vor einem Jahr hatte Reemtsma die Wehrmachtsausstellung schließen müssen, nachdem der polnische Historiker Bogdan Musial und sein ungarischer Kollege Krisztián Ungváry unabhängig voneinander gravierende Fehler entdeckt hatten. So zeigten neun Fotos nicht, wie behauptet, Verbrechen der Wehrmacht, sondern des sowjetischen NKWD. Auf einer denkwürdigen Pressekonferenz vom 4. November 1999 räumte Reemtsma einen "außerordentlichen Glaubwürdigkeitsverlust" ein und verordnete der Ausstellung ein Moratorium von drei Monaten. Währenddessen sollten Sachverständige sämtliche Bilder, Bildlegenden und Textdokumente überprüfen.

In das Gremium wurden hervorragende Wissenschaftler berufen: der amerikanische Historiker Omer Bartov; Manfred Messerschmidt, der Nestor der deutschen Militärgeschichte; Reinhard Rürup, Leiter der Gedenkstätte *Topographie des Terrors*; Gerhard Hirschfeld, Direktor der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte; Friedrich Kahlenberg, der ehemalige Präsident des Bundesarchivs; der Münsteraner Historiker Hans-Ulrich Thamer; Cornelia Brink, eine Expertin auf dem Gebiet der historischen Bildanalyse. Im Januar 2000 stieß Christian Streit, Autor des Standardwerks über die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, dazu.

Schon damals zeichnete sich ab, dass die dreimonatige Frist nicht ausreichen würde. Unter der Leitung von Gerhard Hirschfeld hat die Kommission zehnmal getagt. Das Arbeitsklima beschreiben alle Teilnehmer als weitgehend konfliktfrei. Über die Kernaussagen habe es keinen Dissens gegeben. Dass die Wehrmacht im Osten und Südosten Europas einen rassistischen Vernichtungskrieg auch gegen Teile der Zivilbevölkerung geführt hat, ist mittlerweile gesichertes Erkenntnis der Geschichtswissenschaft, und neuere Forschungen, etwa die große Studie Christian Gerlachs über die deutsche Besatzung in Weißrussland (*ZEIT* Nr. 50/99), haben das Bild noch düsterer gezeichnet.

An der Grundthese der Ausstellung wird der Bericht also, wie es scheint, nicht rütteln. Die Kritik setzt am Detail an, vor allem an dem Gebrauch des historischen Bildmaterials - ein Feld, das in der Historikerkunft noch ganz unzureichend bearbeitet worden ist. In jeweils getrennten Anhörungen haben Musial und Ungváry noch einmal ihre Kritik vorgetragen; der Ausstellungsmacher Hannes Heer und seine Mitarbeiter haben ihrerseits zu den Vorwürfen Stellung nehmen können. Darüber hinaus wurden drei junge Historiker damit beauftragt, in den Archiven vor allem Osteuropas das umstrittene Material nachzurecherchieren und neue Funde vorzulegen. Es wird interessant sein zu



erfahren, wie weit es ihnen gelungen ist, die zum Teil hoch komplizierten Fragen nach Herkunft und Benutzung der zumeist bei gefallenen deutschen Soldaten gefundenen Fotos zu klären. Und natürlich wird man vom Gutachten auch eine Antwort auf die Frage erwarten, ob Hannes Heer nur fahrlässig mit den Bildquellen umgegangen ist oder ob er diese, wie Musial unterstellt, bewusst manipuliert hat.

In gewisser Weise hat Reemtsma diese Frage bereits für sich beantwortet. Im August trennte er sich von dem Alt-68er Heer, der für viele in der Republik zu einer Reiz- und Hassfigur avanciert war. Als Grund wurden Meinungsverschiedenheiten über die "Neukonzeption" der Ausstellung angegeben; doch dahinter verbirgt sich offenbar ein tief reichendes Zerwürfnis.

Die neue Zauberformel heißt "historische Anthropologie"

Reemtsma kreidet seinem ehemaligen Mitarbeiter nicht nur handwerkliche Mängel an, sondern auch den ruppigen Umgang mit Kritikern, vor allem mit Musial. Statt dessen Einwände ernst zu nehmen, hatte Heer mit juristischen Pressionen geantwortet und damit dem Ruf des Instituts immensen Schaden zugefügt.

Auf Distanz ging Reemtsma freilich auch zur ursprünglichen Intention der Ausstellung. Bereits unmittelbar nach der Pressekonferenz vom November 1999 gab er der *FAZ* zu Protokoll, es sei niemals um die Legende von der "sauberen Wehrmacht" gegangen; das sei eine Zuschreibung der Presse gewesen. Dabei heißt es bereits in den ersten Sätzen des Ausstellungskatalogs: "1945, kaum daß Nazi-Deutschland besiegt war, begannen die ehemaligen Generäle mit der Fabrikation einer Legende - der Legende von der 'sauberen Wehrmacht' ... 1995, fünfzig Jahre später, ist es an der Zeit, sich von dieser Lüge endgültig zu verabschieden und die Realität eines großen Verbrechens zu akzeptieren."

Wie die Umgestaltung der Ausstellung aussehen könnte, deutete Reemtsma in einem von der *Welt* arrangierten Gespräch mit Musial an: Man müsse wegkommen von "dem unseligen Hin und Her" geschichtspolitisch aufgeheizter Debatten. Nicht auf Mentalitätsgeschichte solle künftig der Akzent gelegt werden, sondern auf "historische Anthropologie". Denn sie lehre uns, "unter welchen Bedingungen Menschen ihresgleichen umbringen und zu Tode quälen". Sollte das die künftige Leitlinie sein, dann ginge es um ein anderes Projekt. Dann wäre die Ausstellung ein Exemplum für das, was sich immer und überall an Barbarei ereignet hat und wieder ereignen kann, aber nicht länger die Präsentation eines präzedenzlosen Verbrechens, für das Deutsche die Verantwortung tragen.

Dass Reemtsma sich überhaupt zu einem Gespräch mit Musial bereit fand, war bemerkenswert. Denn dieser hatte sich zuvor mit seinem Buch *"Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen"* selbst ins Zwielflicht gebracht (*ZEIT* Nr. 36/00). Darin vertritt er die These, dass die Entdeckung der NKWD-Morde in Ostpolen im Sommer 1941 wesentlich zur Brutalisierung der deutschen Kriegführung beigetragen hat - ein neuerlicher Versuch, den deutschen Terror auch als Reaktion auf den sowjetischen zu deuten. Das Urteil der Fachkritik fiel für den Autor verheerend aus. Reemtsma äußerte sich erstaunlich milde: Es handle sich wohl um "Formulierungsprobleme". Kein Wunder, dass der neue Feuilletonchef der *Welt*, Eckhard Fuhr (als Ex-*FAZ*-Leitartikler einer der schärfsten Kritiker der Wehrmachtsausstellung), nun frohlockend einen "Gezeitenwechsel" diagnostiziert. Endlich könne man Abschied nehmen von den "Reflexen der Vergangenheitsbewältigung", von der "ewiggestrigen Fixierung auf die deutschen Verbrechen" - und sich unverkrampft der Geschichte von Gewalt und Destruktivität im vergangenen Jahrhundert zuwenden. Ob Fuhr Reemtsma



richtig verstanden hat, muss sich erweisen. Wir werden es erfahren, wenn der Institutsleiter eine Woche nach Entgegennahme des Berichts die Öffentlichkeit mit den Folgerungen bekannt machen wird, die er zu ziehen gedenkt.

(c) DIE ZEIT 46/2000



Von Bildern und Legenden

Der neue Streit um die Wehrmachtsausstellung zeigt, wie sorgfältig mit Fotodokumenten gearbeitet werden muss

von Volker Ullrich

Keine historische Ausstellung hat die Republik so aufgewühlt wie die Dokumentation des Hamburger Instituts für Sozialforschung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*. Sie war begleitet von heftigen politischen Auseinandersetzungen, von gewaltsamen Demonstrationen Rechtsradikaler und - trauriger Höhepunkt - von einem Sprengstoffanschlag. Als sie nach 32 Stationen mit über 800.000 Besuchern im Sommer dieses Jahres nach Hamburg zurückkehrte, von wo sie 1995 ihren Ausgang genommen hatte, da schienen die Kontroversen der Vergangenheit anzugehören. Senat und Bürgerschaft (einschließlich der CDU) erteilten ihr gleichsam offizielle Weihen. Ein Verein mit einem prominent besetzten Kuratorium und einem wissenschaftlichen Beirat übernahm die Trägerschaft. Der Dauerkonflikt um die Wehrmachtsausstellung hatte, so konnte man meinen, schließlich zu einem guten Ende geführt.

Doch nun flammt neuer Streit auf. Auslöser sind drei Aufsätze in den Oktoberausgaben zweier geschichtswissenschaftlicher Zeitschriften. Darin wird den Ausstellungsmachern ein fahrlässiger Umgang vor allem mit den Bildquellen zum Vorwurf gemacht. Der polnische Historiker Bogdan Musial glaubt in den *Vierteljahresheften für Zeitgeschichte* nachweisen zu können, dass neun der 800 Fotos, die in dem Katalog der Ausstellung abgebildet sind, nicht Verbrechen der Wehrmacht, sondern des NKWD, der sowjetischen Geheimpolizei, dokumentieren. Bei weiteren 24 Fotos vermutet er falsche Zuordnungen, ohne dies aber im Detail zu belegen. In der Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* unternimmt der ungarische Historiker Krisztián Ungváry eine "quantitative und qualitative Analyse" des Fotomaterials und kommt zu dem Ergebnis, dass nur zehn Prozent der Bilder eindeutig Taten der Wehrmacht zeigen. Im selben Heft bestätigt Dieter Schmidt-Neuhaus einen Befund Musials: Auf drei von vier Fotos, die im ukrainischen Tarnopol im Juli 1941 aufgenommen wurden, sind offenbar Mordopfer des NKWD und nicht der Wehrmacht zu sehen. Bekommen nachträglich jene Kritiker Recht, die die Ausstellung von Anfang an als unseriös bezeichnet haben? In manchen Stellungnahmen der vergangenen Woche klingt ein triumphierender Unterton durch: Man habe es doch immer schon gewusst. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die auf ihrer Titelseite gleich zweimal berichtete, kommentierte Volker Zastrow: "Vergleichbares kannte man bisher nur aus staatlich gelenkten Desinformationskampagnen." Bogdan Musial selbst bekräftigte in einem Interview mit der *Welt am Sonntag*, die Methode des Hamburger Instituts erinnere ihn an die Art, wie im kommunistischen Polen Ausstellungen gemacht wurden.

Solche schrillen Töne stehen in einem merkwürdigen Kontrast zur nüchternen Akribie, mit der Musial in seinem Aufsatz zu Werke geht. Seine Recherche erscheint gründlich und in ihren wesentlichen Ergebnissen stichhaltig. Krisztián Ungvárys Ausführungen sind im Ton polemisch, in der Sache weniger solide; in seinen statistischen Berechnungen macht er den Fehler, Verbrechen von Wehrmachtssoldaten, Polizisten, SS und SD sowie litauischen, lettischen und



ukrainischen "Hilfswilligen" säuberlich auseinander zu dividieren, was in vielen Fällen aber nicht möglich ist.

Beiden jenseits des Eisernen Vorhangs aufgewachsenen Forschern ist gemeinsam: Sie sind nicht nur an den Untaten des Nationalsozialismus, sondern auch an denen des Stalinismus interessiert. Das verändert die Perspektive, relativiert sie aber nicht zwangsläufig. Weder Musial noch Ungváry sind Revisionisten, die man in eine rechte Ecke stellen könnte. Gleich zu Beginn stellt der polnische Historiker fest: "Dass die Wehrmacht an Verbrechen, besonders im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan, zum Teil massiv beteiligt war, ist mittlerweile hinreichend belegt, wengleich auch noch längst nicht flächendeckend erforscht." Wie viel hier in der Tat noch zu entdecken ist, das hat die in diesem Herbst veröffentlichte große Studie von Christian Gerlach über die deutsche Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944 demonstriert - erschienen in der Hamburger Edition, dem Verlag des Instituts für Sozialforschung.

Die Tücken des Materials wurden unterschätzt

Nicht um die Wehrmachtsverbrechen als solche kann es also in dem neuen Streit gehen. Das Problem reduziert sich vielmehr auf die Frage: Haben die Mitarbeiter des Hamburger Instituts bei der Auswahl und Präsentation des Bildmaterials ihre Sorgfaltspflicht verletzt, womöglich, wie Musial unterstellt, um eine vorgefasste Meinung zu bestätigen? Hannes Heer, der Leiter der Ausstellung, bestreitet dies vehement. Man habe auf der Basis des damaligen Kenntnisstandes die handwerklichen Regeln strikt beachtet. So habe man, wie es allgemein üblich sei, die Bildlegenden der Archive übernommen, aus denen man die Fotos für die Ausstellung zusammengetragen habe.

Doch damit fängt das Problem schon an. Die Bilder wurden nicht selten mit unzureichenden oder falschen Legenden versehen. Das zeigen zum Beispiel die erwähnten Fotos aus Tarnopol. Sie waren im Wiener Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands unter der Legende "Ermordete Juden in Tarnopol 1941" abgelegt worden. Zweifel, ob es damit seine Richtigkeit habe, sind den Forschern in Hamburg nicht gekommen. Dabei hätte ihnen - wie Dieter Schmidt-Neuhaus bemerkt - die Tatsache, dass einige vor den Leichen stehende deutsche Soldaten sich Taschentücher vor die Nase halten, ein Fingerzeig sein können, dass der Mord offenbar einige Tage vor den Aufnahmen erfolgt war, es sich mithin nicht um Opfer der gerade eingerückten Deutschen handeln konnte. Für solche kriminalistischen Details, räumt Hannes Heer ein, sei man am Anfang noch nicht genügend sensibilisiert gewesen.

Man kann Heer und seinen Mitarbeitern den Vorwurf nicht ersparen, dass sie die Tücken der historischen Bilddokumente unterschätzt haben. Das gilt besonders für das in ost- und südosteuropäischen Archiven lagernde Material. Zum großen Teil handelt es sich dabei um Fotografien, die bei gefangenen oder gefallenen Wehrmachtssoldaten gefunden wurden. Sie waren oft unbeschriftet, sagten also wenig über den Ort und die genauen Umstände der Verbrechen aus.

Viele dieser Fotos wurden der Ende 1942 geschaffenen Außerordentlichen Staatskommission für die Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge (ASK) übergeben. Aus naheliegenden Gründen hatte die Kommission kein Interesse, der Frage nachzugehen, ob die auf den Bildern gezeigten Gräueltaten tatsächlich in jedem Fall der Wehrmacht zuzurechnen waren. Nach Auflösung der ASK gelangte das Material ins Moskauer Staatsarchiv und von hier aus, über den Weg der Amtshilfe, in die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung



nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Es war damit einem bestimmten Verbrechenszusammenhang, nämlich dem des deutschen Vernichtungskrieges und des Holocaust, zugeordnet, in den meisten Fällen wohl zu Recht, in einigen aber auch nicht, wie jetzt die von Musial recherchierten Vorgänge in Galizien im Sommer 1941 zeigen. Dort ließ der NKWD, bevor die Deutschen einrückten, Tausende von Gefängnisinsassen ermorden.

Die Mitarbeiter des Hamburger Instituts haben die Zuschreibungen der von ihnen konsultierten Archive übernommen, ohne sich der Mühen einer Nachrecherche zu unterziehen. Natürlich wäre das mit einem großen Aufwand verbunden gewesen, aber angesichts der brisanten Thematik hätte man ihn nicht scheuen dürfen.

Ein Weiteres haben die Ausstellungsmacher unterschätzt: Sie setzten ursprünglich auf die schriftlichen Quellen und Dokumente; doch ihre Wirkung erzielte die Ausstellung vor allem durch die Wucht der Bilder. Erst sie sorgten für die visuellen Schockeffekte, die bei vielen Besuchern Entsetzen auslösten. Damit wurde aber auch den Fotos eine Beweispflicht aufgebürdet, die sie schon aufgrund der Unsicherheiten der Überlieferung nicht in jedem Einzelfall erfüllen konnten.

Für eine Inventur ist es noch nicht zu spät

Auf diese Weise gab man sich eine Blöße, welche die ideologischen Gegner der Ausstellung zu nutzen suchten. Was haben sie nicht alles unternommen, um das Unternehmen in Misskredit zu bringen. Da wurde wider besseres Wissen behauptet, alle Soldaten der Wehrmacht sollten zu Verbrechen gestempelt werden; da wurden Hannes Heer und Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, mit den gehässigsten persönlichen Angriffen überschüttet - der eine wegen seiner 68er-Umtriebe, der andere wegen seines Millionenerbes. Ulrich Raulff unterstellte Reemtsma gar in der *FAZ*, die Ausstellung diene seiner familiären Vergangenheitsbewältigung. Da witterte der Publizist Rüdiger Proske, einer der Hauptwortführer der Kampagne, eine linksextremistische Verschwörung, deren Fäden vom Hamburger Institut über eine rote Zelle am Militärgeschichtlichen Forschungsamt bis in manche Redaktionsstuben reichten.

Doch all das hatte nichts bewirkt, im Gegenteil, die Ausstellung erfreute sich wachsender Resonanz. Wenn es aber gelänge, einige Bilder oder Bildlegenden als Fälschungen zu entlarven, dann, so hoffte man, könnte man die Glaubwürdigkeit des Ganzen erschüttern.

Den Anfang machte das Nachrichtenmagazin *Focus* im April 1997. In einem sensationslüstern aufgemachten Artikel glaubte es anhand einer von Heer angeblich frei erfundenen Bildlegende und eines möglicherweise falsch zugeordneten Fotos den Beweis für die mangelnde Seriosität des Projekts erbracht zu haben. Gegen den Fälschungsvorwurf setzte sich das Institut erfolgreich zur Wehr. In einem langen Rechtsstreit erzwang es eine Gegendarstellung. Die fragliche Aufnahme musste aber aus der Ausstellung genommen werden, da ihre Herkunft sich nicht eindeutig klären ließ.

Jan Philipp Reemtsma hat sich in einem Interview mit dem *Spiegel* vom Juli dieses Jahres beklagt, keine Ausstellung in der Bundesrepublik sei jemals so kritisch unter die Lupe genommen worden wie diese. Fehler, wie sie in jeder Veranstaltung dieser Art vorkommen, würden maßlos aufgebauscht, um die ganze Sache ins Zwielficht zu setzen. Das trifft, was die *Focus*-Attacke angeht, durchaus zu. Doch Reemtsma übersieht, dass die Wehrmachtsausstellung eben nicht eine Ausstellung wie jede andere ist. Sie trat mit dem Anspruch auf, ein lang gehegtes Tabu brechen zu wollen: die Legende von der "sauberen



Wehrmacht". Radikale Aufklärung hatte sie auf ihr Panier geschrieben. Dieser emphatische Anspruch setzt freilich ein Höchstmaß an Sorgfalt und Genauigkeit voraus. Dass die Initiatoren der Ausstellung dem nicht immer nachgekommen sind, scheint nach den neuen Erkenntnissen evident.

Erst seit 1997, als die Ausstellung durch ihre Skandalisierung in München bundesweite Aufmerksamkeit fand, haben Hannes Heer und seine Mannschaft die Versäumnisse des Anfangs zu korrigieren versucht. Fortlaufend wurden an den Stellwänden und im Ausstellungskatalog Präzisierungen vorgenommen - zum Teil aufgrund von Hinweisen aus der großen Schar der Besucher. Im Juni dieses Jahres veranstaltete das Institut eine Fachtagung, auf der die Probleme bei der Archivierung und Nutzung von Fotos diskutiert wurden.

Besser wäre es jedoch gewesen, man wäre einem Vorschlag Friedrich Kahlenbergs, des Präsidenten des Bundesarchivs, gefolgt und hätte eine Pause eingelegt, um den gesamten Bildbestand noch einmal gründlich zu überprüfen. Dann hätte man sich die künstliche Aufregung um die jüngsten Veröffentlichungen ersparen können. Doch für eine Inventur ist es noch nicht zu spät. Alle Bilder, bei denen eine zweifelsfreie Identifizierung nicht möglich ist, sollten ausgetauscht werden. Material, das die "Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" belegt, gibt es mehr, als die größte Ausstellung je zeigen könnte - nicht zuletzt in den privaten Landser-Fotoalben, die dem Hamburger Institut im Laufe der vier Jahre übergeben worden sind.

Unabhängig von der jüngsten Kritik bleibt es das unbestreitbare Verdienst der Ausstellung, eine wichtige öffentliche Debatte über die Rolle der Wehrmacht im deutschen Vernichtungskrieg angestoßen zu haben. "Es ist nur fair zu sagen", resümiert Jürgen Förster vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, "dass es der Hamburger Wanderausstellung besser als der Forschung gelang, wichtige Ausschnitte der Kriegswirklichkeit im Osten und auf dem Balkan optisch in das Land der Täter zurückzubringen."



Am Abgrund der Erinnerung

Nach vier Jahren trennt sich das Hamburger Institut für Sozialforschung jetzt von der Wehrmachtausstellung. Im Gespräch mit der ZEIT ziehen die Veranstalter Hannes Heer, Walter Manoschek und Jan Philipp Reemtsma eine Bilanz

DIE ZEIT: Im März 1995 wurde die Wehrmachtausstellung in Hamburg eröffnet. Damals hatte es eigentlich nur eine kleine Fotodokumentation im Flur Ihres Instituts sein sollen. Inzwischen ist die Ausstellung selber Geschichte geworden. Weshalb hatten Sie sich so verschätzt?

JAN PHILIPP REEMTSMA: Diesen Erfolg haben wir wirklich nicht vorausgesehen. Wenn uns damals jemand gesagt hätte, ihr werdet die Ausstellung noch 1999 zeigen, und da wird es eine Liste von Städten geben, die sie alle haben möchten und die Briefe schreiben, wir brauchen die Ausstellung für unsere politische Auseinandersetzung, für unsere "Selbstfindung" und ähnliches - wir hätten bloß den Kopf geschüttelt.

ZEIT: Hatte man gedacht, das Thema ist eigentlich erledigt, "aufgearbeitet"?

REEMTSMA: Nein, das nun auch wieder nicht, sonst hätten wir es ja nicht gemacht.

ZEIT: Schon der Titel *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* war umstritten.

HANNES HEER: Es gab einen Arbeitstitel, der uns sofort als behelfsmäßig und falsch erschien: "Wehrmacht *und* NS-Verbrechen". Das hätte bedeutet, auf der einen Seite ist die Armee, und auf der anderen Seite sind die Verbrechen.

REEMTSMA: Und dazwischen gibt es die berühmte Verstrickung.

HEER: Wir haben lange über den Titel diskutiert. Ausgangspunkt war, daß der besondere Charakter dieses Krieges deutlich benannt werden mußte und daß es um die verbrecherischen Taten der *Institution* Wehrmacht ging.

REEMTSMA: Dieser Titel spiegelt den doppelten Blick, den man darauf hat: "Vernichtungskrieg" bezeichnet die historische Dimension. Hier geht es um die Vernichtung von Bevölkerungen und nicht um militärische Operationen gegen eine andere Armee oder um die spätere Okkupationspolitik zu welchen Zielen auch immer. Und diese andere Art des Krieges impliziert den Bruch von Regeln, die bis zu dem Zeitpunkt international gegolten haben. Unter juristischen Perspektiven sind das dann "Verbrechen". Ich selber hatte zunächst ein Wort von Kant vorgeschlagen: "Der Krieg ist darin schlimm, daß er mehr böse Leute macht, als er deren wegnimmt."

ZEIT: Der Erfolg der Ausstellung hing sicherlich auch mit der politischen Großwetterlage zusammen. Nach 1989 konnte man eben nicht mehr jede Frage nach dem Krieg der Wehrmacht mit dem Hinweis auf Moskauer Intrigen und Interessen denunzieren.

REEMTSMA: Nein, das hat damit nicht so viel zu tun. Ich glaube, es hängt viel mehr mit der Erschütterung eines gewissen Grundgefühls zusammen. Man hatte geglaubt, für dieses Kapitel unserer Vergangenheit eine Sprachformel gefunden zu haben - "von der NS-Ideologie verführt, mißbraucht" et cetera -, und plötzlich stimmte das alles nicht mehr. Es war nicht nur die Ausstellung, sondern es gab auch den Erfolg des Goldhagen-Buches und der Klemperer-Tagebücher. In allen drei Publikationen - nimmt man die Ausstellung mal als eine andere Form der



Publikation - geht es um den Zusammenhang von Regime und Volksgemeinschaft.

WALTER MANOSCHEK: Einiges hat sich allerdings durch den Fall der Mauer und die Implosion des Staatskommunismus schon geändert. Man nimmt jetzt das, was im Osten passiert, auch zur Kenntnis. Und man hört den Menschen in Polen und Rußland zu, wenn sie von den Verbrechen der Wehrmacht erzählen. Vor zehn oder fünfzehn Jahren hätte man das alles als Moskauer Propaganda abgetan.

HEER: Obwohl man hier auch einschränken muß. Sehr viele schummeln sich sozusagen wieder über den wirklichen Skandal hinweg, indem sie sagen: "Jetzt erst ist diese Ausstellung möglich gewesen, nachdem die Archive in der ehemaligen Sowjetunion geöffnet sind." Tatsächlich hatten wir große Hoffnungen, als wir nach Minsk und Moskau fuhren. Doch da war fast nichts. So unglaublich es klingen mag: 98 Prozent unserer Textdokumente stammen aus hiesigen Archiven. Selbst die Fotos habe ich vor fünfzehn Jahren zum ersten Mal in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg gesehen. Sie waren auf dem Weg der Amtshilfe aus Moskau gekommen, um die Identifizierung von NS-Tätern zu erleichtern. Das Ende des Ostblocks spielt da also überhaupt keine Rolle.

ZEIT: Aus den Reihen der Wissenschaft kam der Vorwurf, die Ausstellung biete wenig Neues, das seien alles alte Hüte oder Helme, nur propagandistisch aufgetakelt.

REEMTSMA: Das kam mehr von seiten gewisser Medien. Ich denke, es hat sich noch nie ein ernsthafter Wissenschaftler dagegen gewehrt, daß Dinge, die auch bekannt sind, in eine andere publizistische Form gegossen werden, erst recht nicht, daß neue Ergebnisse in dieser Form dargestellt werden.

HEER: Die Fachleute, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg und mit Militärgeschichte befassen, haben sich von Beginn an hinter die Ausstellung gestellt. Zum Rest kann ich nur Wilhelm Raabe zitieren: "Sooft eine neue überraschende Erkenntnis durch die Wissenschaft gewonnen wird, ist das erste Wort der Philister: es sei nicht wahr, das zweite: es sei gegen die Religion, und das dritte: so etwas habe jedermann schon lange vorher gewußt."

MANOSCHEK: Etwa achtzig Prozent der Fotos sind vorher nie veröffentlicht worden. Die Wissenschaft hat sich einfach nicht darum gekümmert. Allein daran sieht man, daß der Vorwurf Unsinn ist.

ZEIT: Was ist durch die Ausstellung seit 1995 an Fakten und Einsichten dazugekommen?

HEER: Es ist klargeworden, daß der Holocaust nicht auf die Vernichtungslager beschränkt war, sondern daß er von der Wehrmacht in den besetzten Gebieten begonnen wurde, daß er Teil des Krieges war. Die Lager waren noch nicht fertig, da sind bereits Zehntausende in den großen Vernichtungsghettos in Riga und Minsk ermordet worden. Die Ausstellung belegt diesen Zusammenhang zwischen dem Krieg der Wehrmacht und der Ermordung der Juden in aller Deutlichkeit. Wenn man in die - sehr wichtigen, weil grundlegenden - Arbeiten des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hineinschaut, zum Beispiel in den vierten Band der Weltkriegsreihe, sucht man den Begriff Holocaust vergebens.

Und dann wirft die Ausstellung einen Blick auf ein ganz kompliziertes Phänomen dieses Krieges: auf den Krieg gegen die Partisanen. Es wird gezeigt, wie diese Operationen Teil des Vernichtungskrieges waren: erstens als Krieg gegen die ganze Bevölkerung, aber auch im besonderen als Krieg gegen die Juden - ein großer Teil der kleinen Ghettos ist im Zuge der "Bandenbekämpfung", wie das hieß, "aufgelöst" worden. Dann als militärisch aufgezoogene Menschenjagd - ein



Großteil der Zwangsarbeiter ist im Verlauf sogenannter Partisanenunternehmen gefangengenommen und deportiert worden. Und schließlich bot er von 1943 an die einzige Möglichkeit, die Versorgung der Truppe zu gewährleisten: Die Dörfer sind am Ende nur noch eingekesselt und ausgeplündert worden, um Lebensmittel zu bekommen. Und wenn man dann feststellt, es gibt bloß eine einzige Untersuchung zu diesem Thema, 1969 von Erich Hesse herausgegeben, und danach nichts mehr, da staunt man schon ein bißchen.

Schließlich ist die Diskussion über die Mentalität der Soldaten eröffnet worden. Was haben sie gedacht? Wir sehen sie an den Massengräbern stehen, an den Orten des Verbrechens. Da ist in den seltensten Fällen Unsicherheit, Distanz, Scham. Eher Triumph, Jagdstolz, Selbstherrlichkeit. Eine Diskussion darüber hat es vorher nicht gegeben.

ZEIT: Die Interpretation der Fotos ist sehr umstritten!

REEMTSMA: Natürlich gibt es den Einwand, ihr wißt doch gar nicht, was in den Köpfen der Fotografierenden vorgegangen ist und aus welchen Gründen diese Fotos gemacht worden sind. Wir wissen in der Tat von einigen Fotos, daß sie aus rein dokumentarischen Gründen gemacht wurden. Wir wissen aber von vielen anderen Fotos durch die Art der Aufschrift und auch durch die Art der Bildsprache, daß diese Fotos Trophäen gewesen sind. Hier hat sich eine Barbarisierung selbst beobachtet und genossen.

Das kann man an zwei Elementen sehen: an dem Gesichtsausdruck derjenigen, die dort betont gleichgültig stehen - wir tun nur unsere Pflicht; die kalte Grausamkeit des Befehlsgebers und Befehlsempfängers, der Stolz auf seine Emotionslosigkeit -, und am Lächeln derjenigen, die das alles entspannt genießen. Diese beiden Gesichtstypen sieht man immer wieder.

Andere Fotos zeigen Juden, die gequält werden. Die sind arrangiert wie Klassenfotos: Die einen sitzen, die anderen knien, dahinter stehen die Lehrer. Konventionelle Bildsprache wird dort zitiert, nachgestellt. Die Normalität dieser Barbarei wird damit betont, hervorgehoben.

Das macht, glaube ich, auch einen Teil der aggressiven Abwehr dieser Ausstellung aus. Es gibt etwas, was ich ein Pauschalisierungsbegehren der Bilder selbst nennen möchte. Die Fotografen sagen: Das sind wir, und das ist die Zukunft. In diesen Bildern findet eine Selbstfeier der Barbarei als neuer Normalität statt: Das sollen wir sein, das wird unsere Zukunft sein, so stellen wir uns dar.

Es hat sich herausgestellt, daß diese Fotos auch nach Hause geschickt, daß sie herumgezeigt worden sind. Kinder haben sie, das erfuhren wir aus Interviews, in der Schule gesehen.

MANOSCHEK: Die Bilder sind vervielfältigt worden. Wer beim Ereignis nicht dabei war, konnte sie bestellen wie ein Foto von der Jubiläumsfeier oder dem Betriebsausflug.

HEER: Im Laufe der Zeit haben wir eine Menge Fotoalben zugeschickt bekommen. Und jetzt sieht man, welche Art von Fotos da gesammelt wurde. Wir kennen die Tötungsarten: Gefangene werden mit dem Kolben erschlagen oder mit dem Stiefel zertreten, sie werden erschossen, an Massengräbern oder auch in Gruppen zu zehnt oder fünfzehnt im Gelände. Erstaunlicherweise sind in jedem dieser Alben zwei Typen von Bildern enthalten: Da liegt eine Tote oder ein Toter, ein sowjetischer Zivilist oder auch Soldat, und daneben steht der überlebende Deutsche. Der ist davongekommen. Das ist eine Form von Triumphbild. Und das andere Motiv, das sich in fast jedem dieser Fotoalben findet, sind Hängungsszenen. Es wird der individuelle Gerichtsherr gezeigt. Jeder kleine Soldat ein Richter, ein Herr über Leben und Tod.



REEMTSMA: Ganz neu ist das nicht. Ich denke da an den Ersten Weltkrieg. Es gibt bei Karl Kraus, in den *Letzten Tagen der Menschheit*, ein Bild, auf dem ein Henker einen Leichnam in die Kamera hält und Soldaten und Zivilisten eine Gruppe darum bilden. Das ist das Foto eines italienischstämmigen Österreichers, der auf der italienischen Seite gekämpft hat und hingerichtet wurde. Dieses Foto gab es damals als Ansichtskarte zu kaufen. Kraus hat das kommentiert und es das "unvergängliche Lichtbild" unserer Kultur genannt.

ZEIT: Die Parteien, vor allem die CDU/CSU, haben zum Teil in einer Weise reagiert, die man zunächst gar nicht für möglich gehalten hatte.

HEER: Es hat relativ lange gedauert, bis die ersten Parteispitzen protestierten.

ZEIT: Der Wendepunkt war München?

REEMTSMA: Nein, die erste interessante Veränderung der Rezeption ergab sich in Österreich. In Wien hatte es sofort harsche Kritik der konservativen Blätter gehagelt, und das hatte zur Folge, daß nicht die erwarteten 200 Leute zur Eröffnung kamen, sondern 800.

MANOSCHEK: Vor der Station in Wien haben wir uns ausgemalt, welche Reaktionen es in Österreich geben kann. Eine Möglichkeit war, daß die Ausstellung ganz verschwiegen und gar nicht zur Kenntnis genommen wird. Die zweite Möglichkeit bestand darin, weiter an der Überfall-Legende festzuhalten: "Wir sind ja eigentlich auch nur Opfer, was geht uns das an, das waren die Deutschen!" Und drittens haben wir uns vorgestellt - und so ist es dann ja auch gekommen -, daß sich diese konservierte Wehrgemeinschaft wiederfindet. Man hat überhaupt nicht unterschieden zwischen Deutschen und Österreichern, sondern man war wieder Wehrmachtssoldat. Man war wieder Großdeutscher, man war wieder in derselben Uniform. Verstärkt wurde das noch durch die Veteranenvereine, die in Österreich, anders als in Deutschland, eine öffentliche Rolle spielen und eigentlich die Hüter dieses Kollektivgedächtnisses sind - und dabei, das ist die bizarre Pointe, inzwischen zu zwei Dritteln aus Männern der Nachkriegsgeneration bestehen.

ZEIT: Andererseits haben sich doch allerlei Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Österreich zur Ausstellung bekannt, ganz anders als in der Bundesrepublik.

MANOSCHEK: Es war in Österreich sofort ein Politikum, dafür, dagegen. Daß bei der Eröffnung in Salzburg der ehemalige Bundeskanzler Vranitzky die Rede verfaßt hat, war natürlich eine Tat.

ZEIT: Welcher von unseren Altbundeskanzlern wäre dazu bereit?!

HEER: In Deutschland setzt sich die Polemik gegen die Ausstellung aus verschiedenen Elementen zusammen. Zum einen wird - immer noch ganz im Stil der fünfziger, sechziger Jahre - pauschal zur Seite geräumt: Diese Historiker da, das sind alles Linke, Neulinke, Altlinke, Stalinisten, Maoisten, völlig egal! Unsere Gesellschaft ist von roten Zellen durchsetzt, das Militärgeschichtliche Forschungsamt ist die eine und das Hamburger Institut die zweite. Zum anderen heißt es - das ist die Stehkragenvariante -, die Ausstellung sei unwissenschaftlich. Und natürlich geht es auch immer wieder um "die Ehre" von 18 Millionen Soldaten.

ZEIT: Andererseits: Gauweilers Klamauk in München bedeutete für die Ausstellung doch den Durchbruch!

REEMTSMA: Was heißt "Durchbruch"?

ZEIT: Den Erfolg. Gibt es nicht Städte, Essen zum Beispiel, die danach auch die Ausstellung haben wollten - und dann feststellen mußten, daß sie dort längst gewesen ist?



REEMTSMA: Kam vor. Aber schon vor dem Eklat in München gab es eine lange Warteliste. Ein Erfolg ist die Ausstellung also auch ohne ihn gewesen. Allerdings hat Gauweiler diesen Erfolg, was die Besucherzahlen angeht, wirklich gesteigert. Waren es vorher zwischen 15.000 und 25.000, so wurden es in München 90.000, in Frankfurt 100.000 Besucher!

ZEIT: Es gab dann sogar eine Debatte im Bundestag ...

HEER: Eine sehr bewegende, ungewöhnliche Debatte. Doch Gauweilers Polemik hatte einen trüben Nebeneffekt: Er hat eine konservative Rhetorik der Ablehnung und des Boykotts verfestigt. Die Argumente gegen die Ausstellung und damit gegen die Diskussion um die Rolle der Wehrmacht im NS-Staat sind jetzt sozusagen standardisiert und für jeden, vor allem für CDU/CSU-Mitglieder, jederzeit abrufbar. Das bekommen wir noch heute zu spüren.

Allerdings gibt es auch ermutigende Beispiele. Im niedersächsischen Landtag hat die CDU eine Entschließung zugunsten unserer Arbeit unterstützt, und in Hamburg hat Ole von Beust jetzt für die CDU-Fraktion erklärt, er stehe "voll und ganz hinter der Ausstellung".

REEMTSMA: Es war jedenfalls Gauweilers Rhetorik, die dann die extreme Rechte mobilisierte. Ein vertrauter Effekt: Es muß immer einen aus dem etablierten Lager geben, der die Tür aufmacht, indem er bestimmte rhetorische Normen überschreitet.

ZEIT: Es gab auch innerhalb der CSU Kritik an Gauweiler!

REEMTSMA: Es gab einen einzigen Abgeordneten in München.

HEER: Der hat das aber nicht öffentlich, sondern nur innerhalb der Fraktion gemacht.

ZEIT: Das beliebteste Argument gegen die Ausstellung heißt: Das ist doch nicht die ganze Wahrheit!

REEMTSMA: Bei der Eröffnung in Frankfurt habe ich gefragt, ob hinter diesem Vorwurf nicht auch die Angst stehe, es könne einmal jemand wirklich die ganze Wahrheit zur Darstellung bringen.

Seit Gründung der Bundesrepublik, seit diese Verbrechen so kommunikativ beschwiegen worden sind, gibt es die Sorge, die ganze Wahrheit könne irgendwie einmal ans Tageslicht kommen, das wirkliche Ausmaß an Selbstbarbarisierung, durch das dieses Volk gegangen ist und vor dem natürlich jede Rezivilisierung, sie mag auch ein halbes Jahrhundert angedauert haben, wie dünnes Eis wirken muß. Und zwar gleichgültig, wie erfolgreich und nachhaltig sie tatsächlich ist.

Das ist die große Angst. Wenn man wirklich in den Abgrund guckt, stellt man fest, wie tief er ist und wie kurz fünfzig Jahre sind. Nach dem Dreißigjährigen Krieg hat es hundert Jahre gedauert, bis die Angstbilder aus der Literatur verschwanden.

ZEIT: Kein Schlußstrich in Sicht?

REEMTSMA: Der Vergangenheitsblick ist von Anfang an mit der Einrede, jetzt müsse doch mal Schluß sein, begleitet worden. Martin Walser ist keine neue Erscheinung. 1948 war das Alfred Andersch, der so ziemlich dasselbe gesagt hat, was Walser heute sagt, der zur Schuldfrage der Wehrmacht Sätze verwendet hat, die heute von Alfred Dregger stammen. Daran sieht man, daß hier eine Links-rechts-Aufteilung nicht ganz so einfach ist. Alfred Andersch hat dieses Schlußstrich-Begehren und die Ehrenerklärung für die Wehrmacht als überzeugter Sozialist abgegeben.

So geht das alle zehn Jahre. Alle zehn Jahre gibt es ein Schlußstrich-Begehren. Da sind wahrscheinlich Transformationsprozesse nötig, die hundert Jahre dauern. Hundert Jahre sind so ungefähr der Zeitraum, der von drei Generationen überblickt werden kann. Da kann man von historischer Erfahrung reden.



Romane, die eine längere Zeit überspannen, haben meist drei Generationen: Großväter, Väter, die Enkel.

MANOSCHEK: Ich möchte dieses kommunikative Beschweigen noch anders belegen. Die Ergebnisse der NS-Forschung füllen Bibliotheken. Schaut man aber genauer hin, dann findet man zum Beispiel über die Verbrechen der Waffen-SS nichts, keine einzige Monographie. Zu einer der vier Einsatzgruppen gibt es ein sehr gutes Buch, von drei Einsatzgruppen wissen wir de facto nichts. Schauen wir uns die Literatur über die Verbrechen der Wehrmacht an, so ist es bei ein, zwei Monographien geblieben. Das kann doch forschungspolitisch kein Zufall sein!

ZEIT: Gibt es da noch mehr weiße beziehungsweise blinde Flecken?

HEER: Ja, zum Beispiel die Themen Geheime Feldpolizei, rückwärtige Heeresgebiete, bewaffnete Kollaboration ... Wir sind erst am Anfang.

REEMTSMA: Ich habe von einem ehemaligen Soldaten einen Brief bekommen, 30, 40 Seiten. Der schreibt: "Nun redet doch mal über die Verbrechen der Wehrmacht an der deutschen Zivilbevölkerung während des Rückzugs. Ich war dabei, wie kapitulationswillige Deutsche zusammengeschossen wurden."

Auch das ist ein spannendes und sehr brisantes Thema, weil es natürlich an den Nerv der Legende geht, daß der Kampf der letzten Monate allein dazu dagewesen sei, die deutschen Zivilisten vor der Roten Armee zu schützen.

ZEIT: Probleme mit der Ausstellung hatte auch die Bundeswehr. Hat sich das Verhältnis inzwischen entspannt?

HEER: Eine sonderbare Geschichte. Es begann mit einer Einschätzung des Verteidigungsministeriums: "Die Quellen sind in Ordnung, die Schlußfolgerungen etwas radikal. Im übrigen stimmt es mit dem überein, was das Militärgeschichtliche Forschungsamt längst ermittelt hat." Na schön. Damit waren immerhin die Forschungen Manfred Messerschmitts und seiner Mitarbeiter von höchster Stelle zum Stand der Dinge erklärt. Vorher wurde das ja alles ignoriert. Später gab es verschiedene Begegnungen zwischen Ausstellungsmitarbeitern und Offizieren, auch mit dem ehemaligen Generalinspekteur Ulrich de Maizière, der bei einer Podiumsdiskussion anwesend war; Verteidigungsminister Volker Rühle bestätigte Apels wehrmachtkritischen Traditionserlaß von 1982 und erweiterte ihn; zwei, drei Kasernen wurden umbenannt.

Dann aber kommt die Verfügung: "Angehörige der Streitkräfte haben bei Veranstaltungen im Rahmenprogramm der Ausstellung nicht aufzutreten." Das sei Sache der Wissenschaftler. Gleichzeitig kommt der Ukas an ebendiese Wissenschaftler der Bundeswehr: "Mitglieder des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes dürfen sich an Diskussionen um die Ausstellung nicht beteiligen."

Inzwischen hat sich das Verhältnis wieder gebessert. Es gibt Truppenkommandeure, die ihre Leute in die Ausstellung schicken, in Uniform, ohne Uniform, es gibt Aufrufe von Standortältesten - Beispiel Münster -, die Ausstellung solle besucht werden.

Nur Rudolf Scharping blockiert weiter. Er hat Rühes Kontaktverbote ausdrücklich bestätigt.

ZEIT: Gab es überhaupt irgendeine Unterstützung von seiten des Staates?

HEER: Nein. Nichts. Im Gegenteil. Als das Deutsche Historische Institut in Warschau die Ausstellung zeigen wollte, hat man das von Bonn aus hintertrieben. Auf das Goethe-Institut in New York wurde Druck ausgeübt, um in den USA Stimmung gegen uns zu machen. Das ist jetzt zum Glück vorbei. In diesem und im nächsten Jahr geht eine englischsprachige Version der Ausstellung nach New York, Chicago und voraussichtlich auch nach Kalifornien.

ZEIT: Ging es in Österreich liberaler zu?



MANOSCHEK: Die erste Reaktion des Verteidigungsministers war ein Erlaß, daß man sich diese Ausstellung sehr wohl anschauen kann. Die Soldaten sollten allerdings vorher über die Wehrmacht genau unterwiesen werden. Das Schulungsmaterial dafür war der Artikel eines Beamten aus dem Verteidigungsministerium, der dann in der rechtsextremen Postille *Junge Freiheit* publiziert wurde. Man kann sich den Tenor vorstellen: Die Ausstellung sei schlecht, unwissenschaftlich und so weiter.

Das wurde durchgehalten, bis sich der Adjutant des Bundespräsidenten für das Projekt zu interessieren begann. Schließlich nahm er sogar in Uniform an Veranstaltungen zur Ausstellung teil. Die Reaktionen waren unglaublich. Er wurde in Offizierszeitungen explizit als "Verräter" bezeichnet. Auch hier sieht man wieder dieses gespaltene Bewußtsein. Auf der einen Seite heißt es, die Wehrmacht ist eine fremde Armee, wir haben damit überhaupt nichts zu tun. Wenn dann aber jemand nach dieser Devise handelt, wird er als Bundesheerverräter gebrandmarkt. Im übrigen führte genau diese Reaktion die Legende von Österreich als "erstem Opfer der Wehrmacht" endgültig ad absurdum!

ZEIT: Die Diskussion um die Ausstellung war ja keine der klassischen 68er-Debatten, wo die Jungen über die Alten herfielen, sondern es war von vornherein auch eine Debatte innerhalb der Kriegsgenerationen.

HEER: Ich habe das im September 1995 in Stuttgart erlebt. Der Saal war voll, und da steht einer auf und sagt: "Ich war in der 339. Infanteriedivision. Bei uns hat es das nicht gegeben. Wir waren anständig." Dann meldet sich ein anderer: "Ich war auch bei der 339., und das hat es bei uns sehr wohl gegeben." So geschah es überall: Der fatale Ehrenkodex einer solchen Gemeinschaft, der Korpsgeist - auf einmal war das alles vorbei.

ZEIT: Ein Kampf um die Erinnerung?

HEER: Die meisten begreifen es als Chance, und sei es auch nur, um zu sagen, wir sind damals von der Nachkriegsgesellschaft schlecht behandelt worden, die hat uns nicht zugehört; was wir alles erlitten haben, hat keinen wirklich interessiert. Das kommt als Grundton durch - ich übersetze es einmal -: Laßt uns jetzt noch einmal darüber reden, vielleicht kann noch etwas gutgemacht werden.

ZEIT: Sie verstehen sich aber als Opfer.

HEER: Das ist egal. Sie schauen sich den Krieg noch einmal an. Das ist nicht abgeschlossen. Sie steigen noch einmal in die Erinnerung hinab.

Und es gibt eine zweite Gruppe, die einfach sagt: "Das ist richtig, es war so." Und sie beginnen dann zu erzählen, wie es war. Sie haben im Krieg einen Schock erfahren. Sie sagen: "Ich habe diese Verbrechen gesehen. Ich sollte mitmachen. Ich wußte, es sind Verbrechen. Ich konnte mich nicht verweigern. Es gab keine Alternative. Ich mußte mich sozusagen 'spalten' und mitmachen und mir trotzdem eine innere Welt erhalten, in der ich überleben konnte." Das sind dann oft diejenigen, die sich heute erinnern können. Sie haben das Verbrechen auch schon damals als Verbrechen empfunden und erkannt.

MANOSCHEK: Die größte Gruppe aber ist noch immer die, die dagegen ankämpft.

HEER: Das ist richtig.

REEMTSMA: Wobei es auch da Mischtypen gibt. Ich habe es in einem Fall erlebt, als jemand sagte: "Ja, das hat es irgendwo gegeben, aber bei uns nicht." Und dann erzählt er Gegenbeispiele: wie halberfrorene sowjetische Gefangene mit warmen Getränken wieder aufgepäppelt wurden. So erzählt er eine Geschichte nach der anderen und tastet sich immer näher an die eigentliche Geschichte heran, die Schlüsselgeschichte, die bei ihm dann so herauskommt: "Sie machen



sich ja keine Vorstellung davon, wie brutal der Feind gekämpft hat. Da waren sogar Frauen dabei. Und ich erinnere mich noch an eine Russin, sie lag vor mir, sie war im Sterben und hat noch auf mich geschossen."

Er möchte das als eine Geschichte über die brutalisierten Russinnen erzählen. Tatsächlich erzählt er die Geschichte, daß er eine Frau getötet hat und bis heute nicht darüber hinweggekommen ist. Die Geschichte ist in der Art und Weise, wie sie erzählt wird, ganz brüchig. Sie zerfällt einem, wenn man sie hin- und herwendet, und es bleibt als Grund übrig: Das habe ich getan. Auf diese Weise sagt dann ein Gegner dieser Ausstellung, wenn man ihn erzählen läßt: Ihr habt im Grunde recht, es war grauenhaft, und ich bin noch immer nicht darüber hinweg.

ZEIT: Gibt es ähnliche Erlebnisse im Umkreis der Ausstellung, die Sie als typisch empfanden?

REEMTSMA: In Bayreuth habe ich einen Vortrag gehalten. Im Publikum saßen sehr viele Zuhörer aus der Zeitzeugengeneration. Eine sehr schwierige Stimmung, sehr feindselig. Dann kam die Diskussion, die sich auch nur sehr zögernd entfaltete. Schließlich trat einer ans Mikrofon und sagte: "Ich habe diesen Krieg von Anfang an mitgemacht, ich bin in Stalingrad gewesen, habe mein Bein verloren, bin aus dem Kessel ausgeflogen worden und habe deshalb überlebt. Ich habe mir die Ausstellung in München angeguckt. Und es stimmt alles bis aufs I-Tüpfelchen. Das haben wir gesehen, das haben wir gemacht. Einige von uns haben sich bemüht, nicht zu nahe an so ein Geschehen heranzukommen, einigen ist das auch gelungen, aber den meisten nicht."

Das änderte die Stimmung schlagartig. Die Reaktion, die aus dem Schweigen kommt, "Das ist doch alles Lüge!", war nicht mehr möglich. Statt dessen: "Und es ist doch wahr."

HEER: Ich habe bei Durchsicht der Interviews, die wir gemacht haben, selber einen Lernprozeß vollzogen. Es wurden keine Kriegsanekdoten erzählt, sondern Geschichten, die für den einzelnen fast unaussprechlich waren.

Es ist zunächst oft die Geschichte eines Verbrechens, an dem der Erzähler selber nicht beteiligt war. Und dann gibt es eine Art von Zwillingsgeschichte, die ihn in demselben Verbrechenszusammenhang zeigt als denjenigen, der ganz anders gehandelt hat. Wenn es darum ging, einen Gefangenen nach hinten abzuführen und ihn einen Fluchtversuch machen zu lassen, das heißt hundert Meter weiter zu erschießen, dann berichtet er das als eine Geschichte, die ein Kamerad erlebt hat. Und dann kommt eine Geschichte, nach der er selber genau das in einer anderen Situation verweigert hat. Oder wenn es darum ging, einen Juden zu erschießen, hat er den Juden dann gerettet.

Früher hätte ich gesagt: "Die lügen immer noch." Ich habe mittlerweile einen völlig anderen Standpunkt. Ich meine, mit ihren Geschichten bestätigen sie zum einen, daß diese Verbrechen, wie sie in der Ausstellung gezeigt werden, alle begangen worden sind. Und es zeigt zum zweiten, daß die betreffende Person daran beteiligt gewesen ist, sonst wüßte sie nicht so genau, wie es abgelaufen ist. Und zum dritten bedauert diese Person heute, daß es so gewesen ist, und erfindet sich eine Geschichte, in der sie damals so agiert, wie sie sich heute wünscht, daß sie damals agiert hätte.

REEMTSMA: Wobei in dem einen oder anderen Fall die Geschichte auch stimmen kann.

HEER: Jedenfalls ist das alles nicht so eindeutig, wie mir das vorher noch erschienen ist. Die nehmen immerhin die Chance wahr, sich wieder damit zu konfrontieren.



MANOSCHEK: Mir kommt das schon ein bißchen zu optimistisch vor. Vor zwei Jahren erhielten wir von einem ehemaligen deutschen Soldaten einen Brief. Der beschrieb auf zwei Seiten ein Massaker in Serbien, an dem er beteiligt war. In DraginaÆ wurden 400 Zivilisten erschossen. Ich kannte dieses Massaker sozusagen nur als Fußnote: "400 Zivilisten erschossen". Er schrieb, er möchte ausführlicher darüber berichten.

Ich warte ein paar Wochen, es geschieht nichts. Dann bietet er einer Fernsehjournalistin, die über den Vernichtungskrieg in Serbien einen Film drehen möchte, an, bei dem Projekt mitzuarbeiten, sogar nach Serbien mitzufahren - und meldet sich nie wieder!

Warum? Er hat ganz einfach Angst. Angst wegen der Familie - so etwas tut man nicht - und Angst, mit so einer Geschichte in die Öffentlichkeit zu gehen. Er weiß noch immer, wie die öffentliche Meinung ist und was ihn erwartet, wenn er das tut.

ZEIT: Wenn man die ganze Ausstellung einmal als eine Art gesellschaftliches Experiment betrachtet - was ist Ihre Quintessenz daraus?

REEMTSMA: Ich habe die Prägekraft dieses Krieges und das Problem der Selbstbarbarisierung in diesem Kriege für die Nachkriegsgesellschaft unterschätzt und die Schwierigkeiten, diesbezügliche Tatsachen zu akzeptieren, zusammen mit dem ganz hartnäckigen Bedürfnis nach - ich muß es so altmodisch ausdrücken - Wahrheit. Zuvor hätte ich mich eher einer abgekühlt soziologischen Sichtweise angeschlossen: Was heißt Wahrheit? Die Leute machen sich ihre Konstrukte, mit denen sie gut durchs Leben kommen. Aber es gibt dieses Bedürfnis nach Wahrheit eben doch. Vielleicht hat hier die Psychoanalyse recht. Vielleicht muß man auch feststellen, daß in einer Kultur wie der unseren, in der die Unterscheidung zwischen wahr und falsch das soziale System prägt, der einzelne, zuweilen auch ein überindividueller Akteur sich dem nur unter Inkaufnahme gewisser seelischer Belastungen entziehen kann.

MANOSCHEK: Ich bin sehr überrascht gewesen über die Dynamik, die diese Ausstellung ausgelöst hat, und zwar oft auch im privaten Kreis. Bis jetzt hatte man sich hinter der Wehrmacht "verstecken" können. Wenn der Vater "bei der Wehrmacht" war, galt das als Freispruch: Gott sei Dank, er war ja nur bei der Wehrmacht. Das funktionierte plötzlich so nicht mehr. Und das hat offensichtlich auch zu manchen sehr persönlichen Konflikten geführt.

Und dann ist mir bewußt geworden, daß in Deutschland und Österreich der Opfer grundsätzlich ohne Einbeziehung der konkreten Täter gedacht wird. Das Gedenken an die Opfer allein ist bereits musealisiert, wird akzeptiert, darüber gibt es keinen Streit mehr - allenfalls noch über die Gestalt der Denkmäler, ob Marmor, Granit oder Bronze, Eisenman I, II oder III. Kommen aber die Täter in den Blick, erhält das Ganze eine andere Dynamik, wird der Streit sofort wieder leidenschaftlich und gefährlich.

HEER: Wenn ich resümiere, komme ich auf drei Punkte. Da ist erstens ein Entsetzen darüber, wie es möglich gewesen ist, daß dieser Krieg genau so, wie Hitler ihn sich ausgedacht und geplant hat, durchgeführt wurde. Das zweite ist eine immer noch grenzenlose Verwunderung: Wie konnten Menschen innerhalb von wenigen Tagen zu Massenmördern werden und in der Situation des Krieges alles für legitimiert halten, den Judenmord, den Gefangenenmord. Wenn ich nach einer Erklärung suche, sage ich mir: In dem Moment, wo Empfindung und Mitgefühl abgetötet sind, ist alles andere möglich.

Drittens aber reagiere ich auch mit Erstaunen. Ich empfinde Mitleid, wenn ich die Beschädigung dieser Generation erlebe. Das ist mein ganz persönlicher Lernprozeß während der Arbeit an der Ausstellung gewesen. Ich habe Täter



gesehen. Doch mir ist dabei immer deutlicher geworden: Sie sind auch Opfer. Und sie sind in einer mehrfachen Weise beschädigt: durch diesen Normenbruch, durch den Bruch der moralischen Konventionen, und dann durch die ungeheuren Strapazen dieses Krieges, nicht nur die physischen, auch die psychischen, etwa den Tod der Kameraden.

REEMTSMA: Diese Schwierigkeiten mit dem Täter- und Opferbegriff sind genau eine Folge der Tabubildung nach 1945. Wir haben ganz häufig das an sich absurde Argument gehört: "Mein Vater kann kein Mörder gewesen sein, denn er hat so gelitten." Natürlich kann er sehr wohl beides gewesen sein, Täter *und* Opfer. Viele Menschen sind im Leben beides und in bestimmten Fällen sehr extrem. Hier haben wir einen Extremfall vor uns.

ZEIT: Sie sprachen oft von "dem Krieg". Es geht aber in dieser Ausstellung doch darum, das Spezifische dieses Krieges zu zeigen ...

REEMTSMA: Das ist richtig. Von Clausewitz haben wir uns ja historisch etwas entfernt. Es war weder Ziel noch Absicht, uns Gedanken über das "Wesen des Krieges an sich" zu machen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die erste Kritik an der Ausstellung überhaupt ausgerechnet von pazifistischer Seite kam. Eine Journalistin in Hamburg sagte: "Jeder Krieg ist ein Vernichtungskrieg. Wenn ihr jetzt diese Unterscheidung trifft, verharmlost ihr den Krieg."

Und seit es die Ausstellung gibt, gibt es Versuche, eine entsprechende Pointe aus ihr zu gewinnen. Die einen sagen, diese Ausstellung ist der Weg, die Bundeswehr endlich schattenlos und einsatzfähig für einen Krieg zu machen wie jetzt in Jugoslawien. Die anderen sagen, diese Ausstellung ist dazu da, die Bundeswehr in eine Tradition zu stellen, um solche Einsätze zu verhindern. Tatsache ist, daß sich die Ausstellung nicht politisch "aktualisieren" läßt.

HEER: Natürlich geht es um den Charakter dieses ganz speziellen Krieges, Vernichtungskrieges. Die Verbrechen passierten nicht "so", nach dem ewigen Gesetz des Krieges, sondern sie sind gewollt worden, durch Befehle angeordnet und mit vielfältigen Begründungen auch individuell legitimiert: Jetzt wird die jüdische Intelligenz aus dem Ort herausgegriffen, und dann werden symbolisch 30 Juden erschossen, nicht von der Einsatzgruppe, sondern von der Wehrmacht. In solchen Situationen wird eine Grenze überschritten, und das Geschehene wird zur Normalität.

REEMTSMA: Untersucht man diese Eskalation - was ein schlechtes Wort ist, weil es Selbsttätigkeit suggeriert -, untersucht man das genauer, so muß man feststellen: Wenn bestimmte Grenzen als nichtig deklariert werden, die sowohl für das Selbstbild von Soldaten als Soldaten in der Vergangenheit wichtig waren wie überhaupt für das Selbstbild als Menschen in einer spezifischen Zivilisationsform, wenn also zum Beispiel die Grenze zwischen "bewaffneten Männern" und "Frauen und Kindern", die Grenze zwischen Soldaten und Zivilisten, abgeschafft wird, wenn mit der Erlaubnis des individuellen Übergriffs undeutlich gemacht wird, was eigentlich auf meine Kappe geht und was Kriegsauftrag ist, wenn diese Grenzen durch die Befehlslage außer Kraft gesetzt werden, dann scheint es wirklich dramatisch schnell zu gehen, daß Menschen sich in Situationen wiederfinden, wo sie selber von sich aus keine Energie mehr haben, aus dem Gewissen heraus noch Resistenzen aufzubauen, und zu allem bereit sind.

ZEIT: Aber glaubten nicht viele Soldaten an eine Mission, an den "Kreuzzug gegen den Bolschewismus"?



MANOSCHEK: Das gehörte dazu - ein neues Wertesystem wurde eingeführt. Das alte wurde abgeschafft, aber ein neues gleich etabliert: Du bist jetzt hier der Herr, Herrenmensch, und hast die Pflicht, diese Untermenschen auszurotten.

HEER: Deshalb erinnern sich viele Soldaten daran so schwer als Verbrechen. Da war was, das wissen alle, da gab es irgendeine dunkle Zone. Aber das war kein Verbrechen. Sie haben es als einen Bruch wahrgenommen, aber durch die folgende Legitimation schien es Teil dieser Vernichtungskriegswirklichkeit zu sein, dieses Kampfes gegen die rote Flut, dieser endgültigen, eschatologischen Säuberung.

REEMTSMA: Ich kann mich nur erinnern an ein Verbrechen, wenn diese Grenze noch intakt ist. Die strukturiert meine Erinnerung: Normalität und Verbrechen. Wenn diese Grenze zerstört wird, gibt es nur noch die diffuse Erinnerung: Da war was.

Das Gespräch führten Benedikt Erenz und Karl-Heinz Janßen.

Textdokumentation: Josef Hrycyk

Die Ausstellung ist in Hamburg vom 1. Juni bis zum 11. Juli in der Freien Akademie der Künste am Klosterwall (Nähe Hauptbahnhof) zu sehen. Katalog 40,- DM; Informationen zum Begleitprogramm: 040 / 42 83 82 132

© Die Zeit 22/1999



AUSSTELLUNG

Von strenger Sachlichkeit

Die neue Wehrmachtausstellung zeigt ein noch dunkleres Bild des NS-Militärs als die alte

Von Volker Ullrich

Die List der Vernunft geht manchmal seltsame Umwege. Da hatten die Fundamentalkritiker der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* nichts unversucht gelassen, um das Unternehmen zu Fall zu bringen, und als Institutsleiter Jan Philipp Reemtsma die Dokumentation vor zwei Jahren zurückzog, wähten sie sich am Ziel. Doch nun zeigt sich, dass sie einen Pyrrhussieg errungen haben, denn die zweite Wehrmachtausstellung, die in der vergangenen Woche in Berlin ihre Pforten öffnete, ist so angelegt, dass sie selbst den verbohrtesten Verteidiger der Wehrmacht (von jeder Einsicht unzugänglichen Neonazis, wie sie am Wochenende aufmarschierten, einmal abgesehen) buchstäblich entwaffnet.

Die Grundaussage ist geblieben: Die Wehrmacht hat sich an Verbrechen beteiligt, in denen - wie es auf der Einführungstafel heißt - "die Dimensionen eines in seiner Gewaltdynamik beispiellosen Vernichtungskrieges zum Ausdruck kommen". Ansonsten aber zeigt das, was über drei Etagen im neuen Berliner Kulturzentrum Kunst-Werke präsentiert wird, mit der alten Ausstellung kaum noch Ähnlichkeit. Zunächst stößt der Besucher auf zwei weit in den Raum hineinragende Stellwände: Auf der einen wird das damals geltende Kriegs- und Völkerrecht dokumentiert, auf der anderen die verbrecherischen Befehle der Generalität vom Mai und Juni 1941, die bereits vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion die völkerrechtlichen Regelungen außer Kraft setzten.

Damit sind die Rahmenbedingungen fixiert: Nicht mehr nach Großschauplätzen (Serbien, Weißrussland, der Weg der 6. Armee) gliedert sich die neue Ausstellung, sondern nach thematischen Fragen. Neben dem Völkermord an den sowjetischen Juden, den Exzessen des "Partisanenkriegs", den Repressalien und Geiseler-schießungen werden Aspekte einbezogen, die in der ersten Ausstellung noch weitgehend ausgespart waren: das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, der "Ernährungskrieg", also die wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Gebiete, und schließlich die Deportation von Zwangsarbeitern. Unverkennbar nimmt die zweite Ausstellung hier neuere Forschungsergebnisse auf, und sie bestätigt eindrucksvoll den Befund: Je genauer man hinsieht, desto düsterer wird das Bild.

Diese Erkenntnis erschließt sich freilich nur dem, der viel Zeit mitbringt. Denn die neue Ausstellung setzt nicht mehr auf die Suggestivkraft der Bilder, sondern auf die aufklärerische Wirkung der Texte. In jeder Abteilung kann man sich zunächst in "Sitzvitriolen" über Kopfhörer und durch Lektüre mit Schlüsselinformationen vertraut machen. Die Stellwände zeigen dann exemplarisch ausgewählte Tatorte. Auch hier überwiegt der Anteil der Dokumente, ergänzt um Täteraussagen in Nachkriegsprozessen, die über Monitore abgerufen werden können. Fotos sind eher rar. Wo es die geringsten Unsicherheiten der Überlieferung gibt, wird dies ausdrücklich vermerkt. Der behutsame, methodisch reflektierte Umgang mit dem Bildmaterial - vorbildlich vorgeführt am Beispiel der umstrittenen Tarnopol-Serie - ist die wichtigste Konsequenz, die die neue Ausstellung aus dem Scheitern der alten gezogen hat.



Auch sonst hat das junge Ausstellungsteam um Ulrike Jureit aus den Fehlern gelernt. Der anklägerische Gestus ist verschwunden; auf plakative Stilmittel wird ganz verzichtet. Der Eindruck strenger, fast unterkühlter Sachlichkeit wird durch das Ausstellungsdesign unterstrichen: Alles ist, wie in einem Forschungslabor, in weißer Farbe gehalten - die Stellwände, die Vitrinen, die aufgereihten Holzstühle. Nichts soll vom konzentrierten Lesen und Betrachten ablenken.

An die Stelle der groben Skizze ist das angestrenzte Bemühen um Differenzierung getreten. Die verschiedenen Formen der Beteiligung von Wehrmachtseinheiten an Verbrechen werden klar benannt und anschaulich gemacht, ebenso die Mechanismen, die zur Entgrenzung der Gewalt beigetragen haben. Die Entdeckung der NKWD-Morde im Sommer 1941 stellt in diesem Zusammenhang nur ein, allerdings nicht mehr verschwiegenes, Element dar. Vor allem aber wird gezeigt, dass es Möglichkeiten gab, sich dem System von Befehl und Gehorsam zu entziehen. Ein durch Vorhänge deutlich abgegrenzter Bereich "Handlungsspielräume" ist das Herzstück der Ausstellung. Hier kann man einer Frauenstimme aus einem Lautsprecher lauschen, die acht Geschichten von Wehrmichtsangehörigen erzählt. Darin wird die ganze Spannweite individueller Verantwortlichkeiten und Entscheidungen entfaltet - von der übereifrigen Erfüllung eines Mordbefehls bis hin zu Verweigerung und Desertion.

Eines macht das ebenso ambitionierte wie aufwändige Projekt allerdings auch deutlich: Ohne seinen Vorläufer wäre es in dieser Form nicht denkbar gewesen. Erst der zuletzt viel gescholtene alte Ausstellungsleiter Hannes Heer und seine Mitarbeiter haben eine Bresche in die Mauer des Beschweigens und Beschönigens geschlagen und jenen Lernprozess in Gang gesetzt, dessen Resultate jetzt zu besichtigen sind. Und so ist es richtig, dass am Ende des Rundgangs in der Abteilung "Nachkriegszeit" auch der Streit um die alte Ausstellung dokumentiert wird. Hier kann man sich unter anderem Ausschnitte aus der legendären Bundestagsdebatte vom März 1997 ansehen - eine Sternstunde des deutschen Parlaments.

Lange verdrängte Emotionen, wie sie damals aufgewühlt wurden, wird die neue Ausstellung nicht mehr auslösen. Und zwar nicht nur deshalb, weil ihr präziser analytischer Zugriff kaum Angriffsflächen bietet, sondern auch, weil ihre Grundthese inzwischen weithin akzeptiert ist. Ob damit, wie bereits gemutmaßt wurde, eine neue Phase deutscher Geschichtspolitik eingeläutet wird, in der die erregten Kontroversen um die NS-Vergangenheit durch ein konsensstiftendes historisches Narrativ abgelöst werden, bleibt erst noch abzuwarten.

(c) DIE ZEIT 50/2001

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

"Viele betrachten Geschichte wie einen Kriminalfilm"

Lothar Gall zur Wehrmachtsschau und den Wert der Historie

Etwa 80.000 Menschen haben bisher die Wehrmachtsausstellung in der Paulskirche besucht. Die Ausstellungsmacher behaupten, sie wollten mit der Darstellung von Verbrechen der Wehrmacht eine Legende zerstören. Gibt es diese Legende von der "sauberen" Armee überhaupt?

Daran habe ich ernste Zweifel. Ich denke nicht, daß jemand, der einigermaßen über den Krieg im Osten Bescheid weiß, glauben kann, die Wehrmacht sei insgesamt "sauber" geblieben, was immer das heißen mag. Mir scheint, daß die Beschwörung dieser Legende ein Vorwand ist, um andere Ziele zu verfolgen. Die Ausstellungsmacher sagen, sie wollten aufklären, aber am Ende wird doch ein Pauschalurteil nahegelegt. Wenn man beispielsweise eine Ausstellung über Hexenverbrennungen machen und diese unter den Titel "Verbrechen der katholischen Kirche" stellen würde, wäre dies natürlich auch ganz klar gegen die Kirche gerichtet. Denn man erklärt im Grunde einen Teil für das Ganze.

Aber war es nicht notwendig, daß einmal jemand dieses Thema in einer Ausstellung in die Öffentlichkeit trägt?

Dies ist im Prinzip richtig. Freilich ist das schon öfter geschehen, als man meint: Zum Beispiel kann man sich über die Rolle der Wehrmacht in einer Ausstellung in Karlshorst schon seit langem informieren. Da finden Sie am Tag aber oft nur fünf, sechs Besucher.

Manche werfen der Ausstellung vor, sie zeige nicht die Verbrechen der Roten Armee. Wäre es ein interessantes Vorhaben, auch darüber einmal eine Ausstellung zu erarbeiten?

Natürlich war auch die russische Armee in verbrecherische Aktionen verstrickt. Das liegt bei der Art des Krieges auf der Hand. Aber für eine solche Ausstellung würde das gleiche gelten wie für die sogenannte Wehrmachtsausstellung. Sie wäre in der Tendenz denunziatorisch, nur wäre das Urteil dann wohl ganz einhellig. Wichtig erschiene mir bei jedem Unternehmen dieser Art aber etwas ganz anderes, nämlich nach Ursache und Wirkung zu fragen, zu verstehen und zu erklären. Wieso und unter welchen Umständen sind Menschen zu solchen Barbarismen in der Lage? Merkwürdig ist aus meiner Sicht, daß die Wehrmachtsausstellung nicht danach fragt, was im Krieg zur Entmenschlichung vieler Menschen geführt hat.

Kennt man das nicht von der Diskussion um das Buch von Daniel Goldhagen?

Das war bei Goldhagen auch ein bißchen so. Wenn er die von keinem Historiker ernsthaft geteilte These vortrug, die Deutschen hätten seit Jahrhunderten vorgehabt, die Juden umzubringen, hat das Publikum geklatscht. Man müßte doch eigentlich angesichts solch einer These sehr betroffen sein und sich fragen: Ist daran etwas wahr? Sind wir von den genetischen Anlagen her oder durch unsere ganze Geschichte hindurch ein Killervolk? Wer klatscht, scheint doch zu glauben, dies waren die Großväter und Urgroßväter, wir hätten nicht so gehandelt, wir sind 1945 durch eine Art Taufe gegangen und sind von dieser Erbschuld befreit. Da tritt bei manchen schon ein großes Maß an Selbstgerechtigkeit zutage.

Und woher kommt diese Selbstgerechtigkeit?

Ich frage mich: Wie kommt es, daß man gewissermaßen genuin historische Fragen nicht mehr stellt? Eine solche Frage an die Geschichte wäre, wie etwas entstanden ist und wie man es verstehen kann - nicht im Sinne eines Verzeihens. Dies setzt voraus, daß man sich in die damals Handelnden hineinversetzt. Nicht nur in die Leidenden! Wir setzen uns immer mit den

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Opfern gleich. Viele betrachten Geschichte wie einen Kriminalfilm, bei dem der Zuschauer auch immer auf der Seite des Kommissars ist. Dieser "Verhollywoodisierung" mangelt es im Grunde bei allem Pathos am notwendigen Ernst. Das ist das, was mich am allermeisten stört. Formulierungen wie "wir müssen aufklären" und "es darf nicht vergessen werden" sind Leerformeln. Kein Mensch vergißt den Nationalsozialismus.

Hätte Goldhagen mit seiner Arbeit in Deutschland promovieren können?

Ich bin da kein Spezialist. Mein Kollege Eberhard Jäckel hat gesagt, er hätte sie nie angenommen. Die Arbeit hat solch eine Fülle von methodischen Schwächen und reiht Behauptungen aneinander, die nicht hinreichend fundiert sind. Goldhagen schreibt etwa, die Nationalliberalen im 19. Jahrhundert seien vielfach Antisemiten gewesen. Also: Beim Fraktionsvorsitzenden Eduard Lasker hätte das nur jüdischer Selbsthaß sein können. Und Ludwig Bamberger war auch Jude. Es gab in dieser Partei einen besonders hohen Anteil von Juden.

Packt es Sie nicht bei Ihrer Ehre als Historiker, daß immer die Vereinfacher, der Holocaustfilm, Goldhagen, das Hamburger Institut für Sozialforschung, in der Öffentlichkeit als Aufklärer in Sachen Geschichte dastehen und die Wissenschaftler nicht so recht beachtet werden?

Je mehr die Wissenschaft vorankommt, desto weniger, so kann man sagen, beeinflußt sie die breite Öffentlichkeit. Das gilt nicht nur für die Geschichtswissenschaft. Nehmen Sie etwa die Germanistik. Sie ist ja eine reich entwickelte Wissenschaft, aber ihre Erkenntnisse werden jenseits des Fachs kaum wahrgenommen. Die meisten Menschen sehen sich unmittelbar zum literarischen Produkt. Statt auf die Wissenschaft und ihre Erkenntnisse verlassen sich viele auf den sogenannten gesunden Menschenverstand.

Aber das ist doch tragisch.

Es ist aber so. Je differenzierter die Analysen sind, desto mehr werden sie in der Öffentlichkeit beiseite geschoben. Statt dessen finden jene Gehör, die sagen: Das ist doch alles gar nicht kompliziert, schau, das ist ganz einfach. Die armen Genetiker kämpfen auch dagegen, mißverstanden zu werden. Es ist fast vergeblich. Wenn sie etwas darlegen, wird das als Parteimeinung beiseite geschoben. Auch wenn Sie als Historiker auftreten und sagen, das war damals so und so, dann kommt oft die Antwort, "das ist Ihre Meinung, ich habe eine andere". Es geht aber häufig gar nicht um eine Meinung, sondern um die Kenntnis eines Zusammenhangs. Doch die Menschen wollen einfache Antworten.

Viele glauben offenbar, die deutsche Geschichtswissenschaft habe sich dem Nationalsozialismus zuwenig gewidmet.

Es gibt im Gegenteil gerade auf diesem Gebiet unglaublich viele Arbeiten. Allein zum Holocaust sind bis heute zirka 8700 Veröffentlichungen verfaßt worden. Und jeden Tag gibt es etwas Neues. Darunter sind immer wieder Arbeiten, die aus den Quellen bisher ganz unbekannte Vorgänge und Zusammenhänge erhellen, so vor kurzem etwa eine Untersuchung über die Vernichtung von mehr als einer halben Million Juden in Galizien. Wenn jemand sagt, es müsse endlich angefangen werden, die Vergangenheit zu bewältigen, ist das ein Ausdruck von tiefer Naivität.

Muß ein Historiker immer betroffen sein?

Nein. Ein "betroffener" Historiker ist im Grunde genommen ein schlechter Historiker. Er betreibt nur eine gewisse moralische Selbstbefriedigung.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Worin liegt der Wert der Geschichtswissenschaft nach dem Verfall der Ideologien? Geschichtswissenschaft lebt vom Interesse am Menschen. Wer sind wir eigentlich? Wie sind wir das geworden? Welche Spielarten des Menschen gibt es? Wir werden aber weder Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte entdecken noch die Herrschaft von bestimmten ideologischen Interpretationen.

Kann man aus Geschichte lernen?

Man kann sagen, daß sich der Mensch in bestimmten Situationen wohl ähnlich verhalten wird. Was begünstigt bestimmte Dinge? Was benachteiligt sie? So kann man sich auch mit dem "Dritten Reich" beschäftigen und etwa fragen, was macht den Menschen zu einer Bestie, was macht ihn zum Helden? Umgekehrt: Wie soll ein Rahmen aussehen, in dem sich der Mensch human entfalten kann? Es gibt bestimmte Verhaltensweisen, die immer wieder bestimmte Konsequenzen haben. Dennoch wiederholt sich Geschichte nicht.

Wäre es gut, wenn viele Politiker, aber auch Manager, Historiker wären? Da werden Sie nicht eine andere Antwort als "ja" erwarten. An Allgemeinbildung, die im wesentlichen historische Bildung ist, mangelt es uns.

Hat es Helmut Kohl genutzt, daß er promovierter Historiker ist, beispielsweise bei der Wiedervereinigung? Das ist schwer zu sagen. Also, daß nur ein Historiker Bundeskanzler werden könnte, will ich nicht behaupten.

Sie erarbeiten für das nächste Jahr eine Ausstellung über die Revolution 1848. Wird sie nicht das glatte Gegenteil der Wehrmachtsausstellung, nämlich langweilig? Natürlich ist es mit Einseitigkeit und Polemik immer leichter, in die Schlagzeilen zu kommen. Aber ich hoffe, daß wir zeigen können, daß auch eine abgewogene Ausstellung nicht langweilig sein muß. Die Ausstellung über die Revolution von 1848 soll auf die Aktualität der damaligen Ereignisse hinweisen. Sie soll also auch deutlich machen, welche Fragen, die damals aufgeworfen wurden, immer noch aktuell sind. Das gilt etwa für die Frage, wie man das Ziel der sozialen Gerechtigkeit mit dem Streben nach Freiheit verbinden kann. Das ist ein Urproblem der modernen Gesellschaft. Oder: Soll es ein Recht auf Arbeit geben? Zerstört ein solches Recht nicht eine florierende Wirtschaft, weil es in Planwirtschaft münden muß? Uns ist schon viel gelungen, wenn wir zeigen können, daß diese Revolution eine entscheidende Stufe auf dem Weg in die moderne Welt war, und wir hoffen, dies anschaulich und ansprechend präsentieren zu können.

Die Fragen stellte Manfred Köhler.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Täter und Retter in der Wehrmacht

Hitlers Soldaten: Die Suche nach einem ausgewogenen Bild der Vergangenheit geht weiter

Hamburger Institut für Sozialforschung (Herausgeber): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Hamburger Edition, Hamburg 2002. 749 Seiten, 30,- Euro.

Wolfram Wette (Herausgeber): Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2002. 247 Seiten, 13,90 Euro.

Die These der Horrorbilderschau war einprägsam und schlicht: Mörder in Uniform. Der Titel der Ausstellung: "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" wurde schnell verkürzt und damit entstellt zu "Wehrmachtsausstellung", so als ob die 18 Millionen Soldaten alle Täter gewesen seien, so als ob sich die Geschichte der bewaffneten Macht im "Dritten Reich" ganz auf furchterliche Morde und Massaker reduzieren ließe.

Von 1995 bis 1999 gastierte die von Jan Philipp Reemtsma finanzierte Wanderausstellung in über 30 Städten, war ein Publikumsmagnet, bis sie an der Arroganz der Aussteller gegenüber ihren Kritikern und an einigen falschen Bildunterschriften kläglich scheiterte. Reemtsma ordnete den einstweiligen Rückzug aus dem Besucherverkehr an, setzte eine Expertenkommission zur Überprüfung ein, trennte sich vom Hauptpropagandisten Hannes Heer und übernahm schließlich die Gesamtleitung eines fünfzehnköpfigen jungen Forscherteams in der Neubearbeitungsphase.

Ende November 2001 startete Reemtsma zu einem zweiten Anlauf in Form einer - nun eher zurückhaltend bebilderten - umfangreichen Dokumentenschau, die er vor der Eröffnung von einem selbsternannten Historikergremium fachwissenschaftlich vorprüfen ließ. Sechs "Dimensionen des Vernichtungskriegs" wurden herausgearbeitet: Völkermord an sowjetischen Juden, Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, Ernährungskrieg, Deportationen und Zwangsarbeit, Partisanenkrieg sowie Repressalien und Geislerschießungen.

Die Ausstellung wird nun in einem großformatigen Katalog auf fast 800 Seiten protokolliert. So wird die genaue Lektüre der Dokumente, häufig auch als farbige Faksimiles wiedergegeben, ermöglicht, die den Ausstellungsbesucher schon von der dargebotenen Menge her überfordern muß. Daß der professionell recherchierte und aufwendig gestaltete Katalog nicht durch ein Personen- und Ortsregister erschlossen worden ist, muß als Mangel konstatiert werden. Inhaltlich bleibt die Wechselwirkung von Kriegführung und Besatzungspolitik weiterhin vollkommen unterbelichtet, weil die Zweitversion wieder fast ausschließlich die Grausamkeiten thematisiert. Daher kommen der militärische Auftrag der Wehrmacht und der Kriegsalltag der Masse der Soldaten an der Front nur ganz am Rande vor. Das wird bereits im Titel der Ausstellung - "Verbrechen der Wehrmacht" - zum Ausdruck gebracht, wenn es auch eigentlich "von Wehrmachtsangehörigen" heißen müßte. Denn es war nicht die Wehrmacht, sondern - nach vorsichtigen Expertenschätzungen - bis zu ein Prozent der deutschen Soldaten, die zu Vernichtungs-Tätern wurden. Das ist eine stattliche Minderheit von höchstens 180.000 Männern, die Hannes Heer einmal unlauter auf "80 Prozent" und damit zur großen Mehrheit deklarierte. Einerseits läßt sich von der zweifellos hitlerhörigen, stark korrumpierten und vielfach in Vernichtungsaktionen fest eingebundenen Generalität keineswegs auf die Truppe insgesamt schließen. Andererseits fallen - was längst bekannt ist, aber immer wieder vergessen wird - sogar auf manche Verschwörer gegen Hitler lange Schatten: Der

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, der nach dem mißglückten Attentat vom 20. Juli 1944 seiner Verhaftung durch Selbstmord zuvorkam, hatte 1941/42 das Wüten der Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten und das Verhungern der sowjetischen Zivilbevölkerung "im Operationsgebiet" billigend in Kauf genommen.

Der zentralen Frage der Quantifizierung geht die neue Ausstellung aus dem Wege: "Die Forschung läßt allerdings keine Aussagen über die Anzahl der an diesen Verbrechen beteiligten Wehrmachtssoldaten zu", erläutert der Ausstellungskatalog nebenbei und verzichtet auf eine notwendige Korrektur des über Jahre von Reemtsmas "Hamburger Institut für Sozialforschung" mit Nachdruck propagierten Zerrbildes von der mehr oder weniger kollektiv schuldig gewordenen "schmutzigen Wehrmacht". Immerhin zeigt das Ausstellungsteam jetzt Handlungsspielräume auf, die von einzelnen Befehlsempfängern "nach verschiedenen Seiten genutzt" worden seien: von der Übererfüllung bis zur Teil- und Nichterfüllung. Beispielsweise rettete der in Wien geborene Feldwebel Anton Schmid als Leiter der "Versprengtensammelstelle" in Wilna Hunderten Juden das Leben, bis er - wie er seiner Frau in einem Brief bekannte - wegen seines "weichen Herzens" gegenüber den Verfolgten im Frühjahr 1942 hingerichtet wurde: ". . . ich habe nur als Mensch gehandelt und wollte ja niemandem weh tun."

Der Oberstleutnant im Generalstab Helmuth Groscurth versuchte im August 1941 in Belaja Zerkow vergeblich, die Erschießung von jüdischen Frauen und Kindern mit dem Hinweis auf die "Aufrechterhaltung der Manneszucht der Truppe" zu stoppen. Major Max Liedtke und sein Adjutant Albert Battel ließen es in Przemysl im Juli 1942 sogar auf eine offene Konfrontation der ihnen unterstellten Wehrmachtssoldaten mit SS- Angehörigen und Polizisten ankommen, um einige hundert Juden mit der vorgeschobenen Begründung von den dringend benötigten Arbeitskräften vor der Vernichtung zu bewahren.

Wer sich solche beeindruckenden Beispiele von Zivilcourage nicht durch die Lektüre einzelner unkommentierter und zurückhaltend-kurz eingeführter Dokumente im Ausstellungskatalog erschließen will, sondern engagiert erzählte Lebensgeschichten bevorzugt, dem sei die Aufsatzsammlung über "Retter in Uniform" empfohlen, in der Battel, Liedtke und Schmid als "prominenteste" Fälle angemessen berücksichtigt werden. Stoff für ein Drehbuch findet sich in dem Beitrag über den "Luftwaffenfeldwebel und Baurat Karl Laabs. Ein Jugendbeweger als Judenretter im polnischen Krenau". Autor Reinhold Lütgemeier-Davin schildert die tollkühnen Taten eines Frauenhelden, Lebenskünstlers und "gerissenen Schalks", der es offensichtlich genoß, lokale SS-Größen irreführen zu können.

Als Kreisbaurat im Landratsamt Krenau dienstverpflichtet, erwarb Laabs ein abgelegenes, circa 40.000 Quadratmeter großes und hoch eingefriedetes Grundstück als Versteck und Treffpunkt für Verfolgte. Das weiträumige Areal "- mit Feld, Wiesen, Karpfenteichen, Wohnhaus, Ställen und Scheune - lag zwischen der Hauptstraße und der Bahnstrecke nach Auschwitz, also zwischen den Wegen, auf denen der Transport von Juden in das Vernichtungslager erfolgte. Die Auschwitzer Straße 36 wurde zu einer Enklave der Menschlichkeit, zur Fluchtstätte für Juden und Polen." Nach 1945 sträubte sich Laabs übrigens gegen die Bezeichnung, ein Held gewesen zu sein: "Seine Handlungsweise wollte er nur als Akt reiner Menschlichkeit gedeutet wissen. Helden waren für ihn gestorben" - wie sein in Belgien gefallener Bruder.

In einem Geleitwort lobt Fritz Stern solche Menschen, "die sich anpaßten, feige oder fröhlich

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

„mitgemacht“ haben - und die dann in irgendeinem Augenblick den Mut zur Selbstüberwindung und zum aktiven Anstand fanden“. Die verspätet einsetzende wissenschaftliche Beschäftigung mit den "Empörten, Helfern und Rettern" sei eine Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit und der Zukunft: "Wenn wir mehr wissen über die wahrscheinlich beachtliche Minderheit, die in Europa im Zweiten Weltkrieg ihren Anstand behielt und bewies, dann könnten wir vielleicht an ein Ehrenmal der Gerechten denken, an ein Grab des unbekanntes Retters."

Einen solchen Optimismus hält Herausgeber Wolfram Wette offensichtlich für übertrieben. Als Anhänger der ausrangierten alten "Wehrmachtsausstellung" befürchtet er, daß der frisch von ihm definierte "Rettungswiderstand" mißverstanden werden könne, "zumal vor dem Hintergrund des großen gesellschaftlichen Ereignisses, daß das Image der „sauberen Wehrmacht“ in den öffentlichen Debatten der Jahre 1995-1999 doch gerade erst hinterfragt und als Legende enttarnt worden" sei. Jedoch hätten nur "einige wenige" bewiesen, "daß es zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber verbrecherischen Befehlen eine Alternative" gegeben habe. Daher bläst Wette vorsichtshalber zu einem verbalen Präventivschlag gegen die "Millionen von Gehorchern" in der Wehrmacht. Ihnen werde - so der Klappentext des Buches kämpferisch - der Spiegel vorgehalten durch das couragierte Verhalten von "um die hundert Soldaten".

Diese geringe Anzahl widerlegt bereits Thomas Kühne in dem lesenswerten Beitrag "Der Judenretter und seine Kameraden. Gemeinschaftsmoral und Gemeinschaftsterror in der Wehrmacht": Ein "beträchtliches Verweigerungspotential gegenüber dem Mitmachen und Mitkämpfen" lasse sich anhand von Gerichtsurteilen der Militärjustiz feststellen. Und Florian Rohdenburg hebt bei der Würdigung des Ortskommandanten von Horodenka, Hauptmann Fritz Fiedler, hervor: Er "wäre nicht fähig gewesen, auch nur einen Juden zu retten, wenn die Soldaten seiner Dienststelle ihm nicht geholfen hätten. Er konnte sich auf sie verlassen und wußte, daß keiner ihn denunzieren würde."

Die Täter und Retter verdienen gleichermaßen die Aufmerksamkeit einer Zeitgeschichtsforschung, die sich auf die Annäherung an die Wirklichkeit des Krieges und damit weder auf eine Belastung noch eine Entlastung der Institution Wehrmacht konzentrieren sollte. Dann läßt sich endlich Fritz Sterns berechtigte Forderung erfüllen: "Wir brauchen ein so weit wie möglich ausgewogenes Bild der Vergangenheit."

RAINER BLASIVS

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

"Pure Rechthaberei, die sich als Aufklärung tarnt"

Die Wehrmachtsausstellung in Wiesbaden und die Kritik der Wissenschaft: Fragen an den Frankfurter Historiker Lothar Gall

Halten Sie die Entscheidung des Wiesbadener Magistrats für richtig, die Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944" trotz der vielen Mängel im Januar zu zeigen?

Ich halte jetzt eine Denkpause für dringend notwendig. Es ist wahrscheinlich, dass noch viel mehr Bilder in der Ausstellung gar nicht darstellen, was sie darzustellen vorgeben, eben die Verstrickung der Wehrmacht. Ich hätte gedacht, die Veranstalter, aber auch die betreffenden Politiker in Wiesbaden, sagen, wir lassen das jetzt erst mal.

Sie sprechen sich dafür aus, die Ausstellung gar nicht mehr zu zeigen?

Das Hamburger Institut für Sozialforschung wäre gut beraten zu sagen, jetzt ist Schluss. Ich glaube nicht, dass es damit getan ist, vier oder fünf Bilder aus der Ausstellung zu nehmen. Über der Wehrmachtsausstellung hängt gewissermaßen der schwere Verdacht der Manipulation. Und den kann man auch nicht ausräumen. Die Autoren der Fachzeitschriften werden sich angesichts des starken Drucks auf die Kritiker der Ausstellung sehr genau überlegt haben, was sie schreiben. Ich halte ihre Belege für hieb- und stichfest.

Wie gut sind überhaupt Fotos als historische Quelle?

Man kann da nicht vorsichtig genug sein. Der Historiker muss genau wissen: Wer hat ein Bild aufgenommen? Wann? Unter welchen Bedingungen? Ein Foto kann durchaus eine Quelle sein, aber nur, wenn man den gesamten Zusammenhang kennt. Die gleichen Fotos erscheinen aber mit ganz anderen Legenden in verschiedenen Archiven. Das ist alles unübersichtlich. In dem Hamburger Institut ist man mit den Fotos, so scheint mir, recht leichthändig umgegangen.

Nun sind in den Fachzeitschriften nur für eine Hand voll Fotos Fehler nachgewiesen worden. Manche sagen, angesichts von mehr als 1400 Bildern in der Ausstellung dürfe man dies nicht überbewerten.

Also: Erst einmal sind es zentrale Bilder. Zweitens ist die Herkunft dieser Fotos nur beispielhaft untersucht worden. Man kann jetzt nicht einfach sagen, hoppla, hier ist ein kleines Missgeschick passiert, aber die Tendenz stimmt nach wie vor. Es geht vielmehr um den Wahrheitsanspruch - gerade hier, wo sich die Ausstellungsmacher so weit aus dem Fenster gelehnt haben. Wenn ein Student in einer Examensarbeit fünf, sechs schwere handwerkliche Fehler macht, ziehe ich daraus auch grundsätzliche Konsequenzen.

Wie konnten den Ausstellungsmachern derartige Fehler passieren?

Sie waren sicher von ihrer Mission schon sehr überzeugt. Ich habe von Anfang an gesagt, dass die Ausstellung unseriös und tendenziös ist. Allein der Titel: "Verbrechen der Wehrmacht". Wenn jemand eine Ausstellung über die Inquisition erarbeitete und darüber schriebe "Verbrechen der katholischen Kirche", dann wäre das auch tendenziös. Außerdem hat es im Krieg eine Brutalisierung auf beiden Seiten gegeben. In der Ausstellung ist aber nur von einer Seite die Rede. Auch das ist tendenziös.

Nun könnten sich manche befriedigt zurücklehnen in dem Glauben, nunmehr sei es völlig falsch, von einer Beteiligung der Wehrmacht an Verbrechen des NS-Regimes zu reden.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In der Ausstellung wird ja erst einmal ein Buhmann aufgebaut: Die Deutschen glaubten an eine "saubere" Wehrmacht. Ich möchte wissen, wer das glaubte und glaubt, sofern er einigermaßen mit der damaligen Zeit vertraut ist. Wer konnte denn meinen, dass die Wehrmacht angesichts all der Verbrechen unberührt wie die Jungfrau von Orleans geblieben ist? So etwas stand allenfalls in Soldaten-Heftchenromanen.

Vielleicht schimmert ja auch ein anderes Tabu auf. Ist es nicht geradezu peinlich für die deutschen Historiker, dass die neuen Aufsätze, in denen die bisher ernsthaftesten Einwände gegen die Wehrmachtsausstellung vorgetragen werden, erst jetzt und dazu von einem ungarischen und einem polnischen Wissenschaftler verfasst worden sind?

Ja, man kann schon sagen, dass das etwas peinlich für die deutsche Geschichtswissenschaft ist. Aber die Gründe für dieses in der Tat etwas merkwürdige Verhalten liegen in der Diskussion über die Wehrmachtsausstellung. Jeder, die sie kritisiert, der etwa darauf hinweist, dass Partisanen-Erschießungen zwar etwas Furchtbares sind, aber vom Kriegsrecht gedeckt, wird gleich als Ewiggestriger, als Rechtsradikaler hingestellt. Wer will schon seinen Ruf ruinieren?

Die Zeitgeschichtsforscher sind also derartige Angsthäsen, dass sie solchen Anwürfen nicht standhalten können?

Das Ganze ist auch eine Frage der Dimension, der Schwerpunktsetzung der eigenen Arbeit. Ein Historiker soll das Wissen über die Vergangenheit mehren. Die Ausstellung war aber schon vom Ansatz her nicht wissenschaftlich. Einzelnen Bildern nachzugehen ist ein mühsames Geschäft, man muss in die Archive fahren, und wenn man dann Fehler findet, ist das Wissen um diese Zeit ja allenfalls in Details breiter geworden. Vielen Historikern erscheinen Debatten wie die um die Wehrmachtsausstellung auch als ein tagesbezogenes Schattenboxen.

Da erscheint die Wissenschaft aber recht introvertiert. Halb Deutschland diskutiert über eine Ausstellung, und die Historiker sitzen im Elfenbeinturm und sagen, darum können wir uns gerade nicht kümmern, weil es nicht den großen wissenschaftlichen Nährwert hat.

Nun, die Ausstellungsmacher haben das Thema ja nicht entdeckt. Es ist in zahlreichen Studien behandelt worden, allerdings bei aller Klarheit des Urteils differenziert und ohne diese tendenziöse und, wie man jetzt sieht, auch leichtfertige Einseitigkeit. Man denke etwa an das große, ganz aus den Quellen gearbeitete Buch von Dieter Pohl über den Judenmord in Galizien. Aber diese Bücher werden von einer größeren Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Manchmal heißt es ja sogar, die Historiker beschäftigten sich überhaupt nicht mit dem Nationalsozialismus. Dabei wird über nichts so viel geschrieben wie über diese Zeit und den so genannten Holocaust.

Welches Bild zeichnen diese ernst zu nehmenden Studien vom Verhältnis der Wehrmacht zum Holocaust?

Aus den Arbeiten geht durchweg hervor, dass es immer wieder Einheiten der Wehrmacht gegeben hat, die an Erschießungen von Juden und überhaupt an den Untaten im Osten beteiligt waren. Das steht seit langem fest. Es gibt eine Fülle von Studien, die das an einzelnen Regionen nachweisen. Von einer "sauberen" Wehrmacht bleibt da nichts mehr übrig. Das ist ein alter Hut ...

... der in der Wehrmachtsausstellung als Sensation dargestellt wird.

Die Wehrmachtsausstellung ist deshalb im Ansatz falsch, weil sie die komplizierten Sachverhalte schlicht und zugespitzt darstellt. Dadurch entsteht dann ein Freund-Feind-

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Denken. Gerade junge Leute bekommen den Eindruck: Da gibt es die, die etwas zu verschweigen versuchen, und da gibt es die kleine Gruppe wirklicher Aufklärer, die die Dinge auf den Tisch legt. Jetzt trifft es die Macher der Wehrmachtsausstellung natürlich besonders hart, weil sie immer mit einer ungeheuren Selbstgewissheit durch die Lande gezogen sind, nach dem Motto: Wer nicht für uns ist, gehört in ein bestimmtes Lager. Man sagt immer, man will aufklären, aber in Wirklichkeit führt es ja nicht zum Dialog, sondern zu einer Verhärtung in den gegenseitigen Positionen.

Glauben Sie, dass die Diskussion über den Nationalsozialismus, wenn die letzten Zeitzeugen gestorben sind, wenn ein neues Jahrtausend begonnen hat, gelassener sein wird?

Im Gegenteil. Es herrscht schon jetzt ein erschreckender Geist der Selbstgerechtigkeit, ganz anders als in den fünfziger und sechziger Jahren. Das wird noch zunehmen. Ein Geist der puren Rechthaberei, der sich als Aufklärung tarnt.

Interessieren sich denn die jungen Studenten überhaupt noch für NS- Geschichte? Aber sehr. Es ist immer noch ein zentrales Thema, schon weil der Nationalsozialismus und seine Verbrechen bis heute ein mit normalen Maßstäben kaum fassbares Phänomen darstellen. Wir können die Ereignisse nachzeichnen, aber wir verstehen sie kaum. Wir suchen nach Erklärungen für etwas, was sich kaum erklären lässt: Wie konnte es dazu kommen? Das beschäftigt auch die jungen Leute. Durch solche Ausstellungen wie die über die Wehrmacht bekommen sie nur schlichte und auch kurzatmige Erklärungen. Man fragt sich doch: Was macht einen jungen Wehrmachtsoldaten zum Mörder in einer bestimmten Situation? Das sind die Fragen hinter den Fotos. Aber diese Fragen kommen in der Ausstellung zu kurz.

Die Fragen stellte Manfred Köhler.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31.10.1999, Nr. 43, S. 9

Politische Literatur

Gefahr für den demokratischen Grundkonsens?

Die Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen spaltet die Gesellschaft. Zwei Bücher dokumentieren die kontroverse Debatte.

VON ARMIN LEHMANN

Heribert Prantl (Hrsg.): Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1997. 352 Seiten. 28 DM.

Hans-Günther Thiele (Hrsg.): Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse. Verlag Edition Temmen, Bremen 1997. 224 Seiten. 14,80 DM.

Die Wehrmachtsausstellung kommt demnächst nach Dresden. Das wäre nicht sonderlich bemerkenswert, schließlich war die Ausstellung schon in vielen Städten zu sehen. Und: Die heftigen öffentlichen Debatten und die Polemik eines Peter Gauweiler in München gegen die Ausstellungsmacher sind vermutlich längst vergessen. In Dresden aber bläst nun die NPD wieder zum Kampf gegen die "Nestbeschmutzer", hat eine Demonstration angekündigt und poltert vehement gegen die Ausstellung. Umgekehrt wurde ein "Bündnis gegen rechts" gegründet, um "Schlimmes zu verhindern". Zwar gibt es in Sachsen keine CSU, die, wie es Heribert Prantl ausdrückt, "in der Wehrmachtsdebatte den Eindruck erweckt, als gehöre ein gewisser Neonazismus zum Spektrum einer Volkspartei". Doch die Bündnisgründer - SPD, Grüne und PDS - stellen sich die Frage, ob in Dresden womöglich wie in München die Gefahr bestehe, daß der demokratische Grundkonsens über die Verurteilung der NS-Verbrechen zusammenbrechen könnte.

Für Heribert Prantl war die Münchner Debatte ein "Exempel" für einen solchen Zusammenbruch, und sie hat ihn dazu veranlaßt, die Gesamtdebatte zu dokumentieren. In der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" geht es darum aufzuzeigen, daß die Wehrmacht nicht nur vereinzelt, sondern in großer Zahl an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt war. Mit dem Mythos von der "sauberen Armee" soll es ein Ende haben. Die Gegner der Ausstellung werfen ihr vor, sie pauschalisiere und verurteile so alle ehemaligen Wehrmachtangehörigen.

Vorweg sei gesagt, daß sowohl Prantls Sammelband als auch der von Hans-Günther Thiele ganz hervorragend dafür geeignet sind, sich einen Überblick zu verschaffen und in Ruhe die Positionen nachzulesen. Wer die Debatte bisher nicht kannte, steigt am besten mit Prantl ein. Hier sind Zeitungsartikel zur Ausstellung und zur Diskussion abgedruckt, zudem die wichtigsten Eröffnungsreden. Bei Prantl bewegt sich der Leser auf der Ebene der parteipolitischen und öffentlichen Auseinandersetzung. Thieles Buch dokumentiert eine Fachtagung zum Thema. Die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen stehen im Mittelpunkt.

In beiden Büchern ist die Bundestagsdebatte zum Thema abgedruckt, bei der es nicht zu einer gemeinsamen Entschließung kam. "Der Geist der großen Debatte ist also verflogen", urteilt Prantl und kritisiert, daß die Abgeordneten sich erst selbst lobten ob der besonderen Würde und der Ernsthaftigkeit, mit der sie über das Thema debattiert hatten. Dann habe der parteipolitische Alltag bei der konkreten Frage nach einem gemeinsamen Antrag die Nachdenklichkeit verdrängt. Das Protokoll der Bundestagssitzung ist durch die Offenheit mancher Redner dennoch ein anrührender Beleg dafür, daß es sehr wohl und immer wieder um persönliche Betroffenheit geht, um eigene Erfahrungen, vergessene Fragen, Scham, Schmerz, Schuld und Entsetzen über das, was womöglich auch "Papa getan hat". Diese

DER TAGESSPIEGEL



Offenheit führte dazu, daß ein Hardliner und Gegner der Ausstellung wie Alfred Dregger erneut das Wort ergriff, um zu sagen, er werde die an ihm geübte Kritik prüfen.

Ein wichtiger Teil in Prantls Buch ist die Dokumentation der Münchner Debatte als ein Fallbeispiel. Mit dem Abstand einiger Monate ist es noch erschreckender nachzulesen, wie beispielsweise der Münchner CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler dem Mäzen der Ausstellung, Jan Philipp Reemtsma, empfahl, er solle lieber eine Ausstellung machen über die Toten und Verletzten, die der von ihm verkaufte Tabak angerichtet habe.

Die Polemik von großen Teilen der CSU und dem Bayernkurier gegen die Ausstellung, der geübte und populistische Schulter-schluß mit den Neonazis und die darauffolgenden Gegenreaktionen, die die FAZ fast ebenso geübt in dem Satz auffing: "Das nationale Schuldgefühl läuft Amok", wirkt im Abstand einiger Monate bekannt. Auch das ist ein Verdienst der Dokumentationen: Sie machen begreiflich, daß der Streit um die Einzigartigkeit des Holocaust, die Debatte um den 1. Mai 1945 und die Goldhagen-Kontroverse mit der Wehrmachtsdebatte zusammenhängen. Im Hintergrund steht dabei immer jener demokratische Grundkonsens, den die bundesdeutsche Debatte um die NS-Verbrechen eigentlich auszeichnete, der aber speziell nach der deutschen Vereinigung in Frage gestellt wird, um, wie Prantl schreibt, "das Ungeheuerliche der Shoah, den Holocaust, einzuordnen".

Bei Thiele wird die Kontroverse wissenschaftlich vertieft. Es geht um Detailfragen, um den Forschungsstand, um die Fachkritik. Es lohnt sich im Buch die Thesen und Gegenthesen der Arbeitsgruppen nachzulesen, in denen alte Wehrmachtsangehörige, aber auch Mitarbeiter der Ausstellung und andere Wissenschaftler saßen. Die in die abschließende Plenarsitzung einbezogenen Zuschauer stellen den Bezug zwischen der Auseinandersetzung auf der wissenschaftlichen Ebene und der Ebene her, auf der das Massenpublikum diskutierte. Die Ebenen zu verbinden, ist wichtig. Denn, schreibt Thiele: "Der Forschungsstand ist eben eine Sache und die Vermittlung eine andere."

Thiele bringt dieses Dilemma auf den Punkt und verweist auf Parallelen zur Goldhagen-Kontroverse, die seiner Meinung nach "mit der Erörterung der von der Wehrmacht begangenen Verbrechen" ganz nahe rückt: "Plötzlich geht es nicht mehr um fanatische Nazis, von denen sich jeder leicht distanzieren kann, sondern wir fragen uns wie jener Bundestagsabgeordnete der Grünen: 'Was hat der Papa getan? War mein Mann auch dabei?...' Mit den 19 Millionen Männern, die während des Zweiten Weltkrieges die Uniform der Wehrmacht trugen, gerät das Volk ins Blickfeld - und das sind wir." Die Wissenschaft vergißt das oft.

Politische Literatur

Gefahr für den demokratischen Grundkonsens?

Die Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen spaltet die Gesellschaft. Zwei Bücher dokumentieren die kontroverse Debatte.

VON ARMIN LEHMANN

Heribert Prantl (Hrsg.): Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1997. 352 Seiten. 28 DM.

Hans-Günther Thiele (Hrsg.): Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse. Verlag Edition Temmen, Bremen 1997. 224 Seiten. 14,80 DM.

Die Wehrmachtsausstellung kommt demnächst nach Dresden. Das wäre nicht sonderlich bemerkenswert, schließlich war die Ausstellung schon in vielen Städten zu sehen. Und: Die heftigen öffentlichen Debatten und die Polemik eines Peter Gauweiler in München gegen die Ausstellungsmacher sind vermutlich längst vergessen. In Dresden aber bläst nun die NPD wieder zum Kampf gegen die "Nestbeschmutzer", hat eine Demonstration angekündigt und poltert vehement gegen die Ausstellung. Umgekehrt wurde ein "Bündnis gegen rechts" gegründet, um "Schlimmes zu verhindern". Zwar gibt es in Sachsen keine CSU, die, wie es Heribert Prantl ausdrückt, "in der Wehrmachtsdebatte den Eindruck erweckt, als gehöre ein gewisser Neonazismus zum Spektrum einer Volkspartei". Doch die Bündnisgründer - SPD, Grüne und PDS - stellen sich die Frage, ob in Dresden womöglich wie in München die Gefahr bestehe, daß der demokratische Grundkonsens über die Verurteilung der NS-Verbrechen zusammenbrechen könnte.

Für Heribert Prantl war die Münchner Debatte ein "Exempel" für einen solchen Zusammenbruch, und sie hat ihn dazu veranlaßt, die Gesamtdebatte zu dokumentieren. In der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" geht es darum aufzuzeigen, daß die Wehrmacht nicht nur vereinzelt, sondern in großer Zahl an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt war. Mit dem Mythos von der "sauberen Armee" soll es ein Ende haben. Die Gegner der Ausstellung werfen ihr vor, sie pauschalisiere und verurteile so alle ehemaligen Wehrmachtsangehörigen.

Vorweg sei gesagt, daß sowohl Prantls Sammelband als auch der von Hans-Günther Thiele ganz hervorragend dafür geeignet sind, sich einen Überblick zu verschaffen und in Ruhe die Positionen nachzulesen. Wer die Debatte bisher nicht kannte, steigt am besten mit Prantl ein. Hier sind Zeitungsartikel zur Ausstellung und zur Diskussion abgedruckt, zudem die wichtigsten Eröffnungsreden. Bei Prantl bewegt sich der Leser auf der Ebene der parteipolitischen und öffentlichen Auseinandersetzung. Thieles Buch dokumentiert eine Fachtagung zum Thema. Die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen stehen im Mittelpunkt.

In beiden Büchern ist die Bundestagsdebatte zum Thema abgedruckt, bei der es nicht zu einer gemeinsamen Entschließung kam. "Der Geist der großen Debatte ist also verflogen", urteilt Prantl und kritisiert, daß die Abgeordneten sich erst selbst lobten ob der besonderen Würde und der Ernsthaftigkeit, mit der sie über das Thema debattiert hatten. Dann habe der parteipolitische Alltag bei der konkreten Frage nach einem gemeinsamen Antrag die Nachdenklichkeit verdrängt. Das Protokoll der Bundestagssitzung ist durch die Offenheit mancher Redner dennoch ein anrührender Beleg dafür, daß es sehr wohl und immer wieder um persönliche Betroffenheit geht, um eigene Erfahrungen, vergessene Fragen, Scham, Schmerz, Schuld und Entsetzen über das, was womöglich auch "Papa getan hat". Diese

DER TAGESSPIEGEL



Offenheit führte dazu, daß ein Hardliner und Gegner der Ausstellung wie Alfred Dregger erneut das Wort ergriff, um zu sagen, er werde die an ihm geübte Kritik prüfen.

Ein wichtiger Teil in Prantls Buch ist die Dokumentation der Münchner Debatte als ein Fallbeispiel. Mit dem Abstand einiger Monate ist es noch erschreckender nachzulesen, wie beispielsweise der Münchner CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler dem Mäzen der Ausstellung, Jan Philipp Reemtsma, empfahl, er solle lieber eine Ausstellung machen über die Toten und Verletzten, die der von ihm verkaufte Tabak angerichtet habe.

Die Polemik von großen Teilen der CSU und dem Bayernkurier gegen die Ausstellung, der geübte und populistische Schulter-schluß mit den Neonazis und die darauffolgenden Gegenreaktionen, die die FAZ fast ebenso geübt in dem Satz auffing: "Das nationale Schuldgefühl läuft Amok", wirkt im Abstand einiger Monate bekannt. Auch das ist ein Verdienst der Dokumentationen: Sie machen begreiflich, daß der Streit um die Einzigartigkeit des Holocaust, die Debatte um den 1. Mai 1945 und die Goldhagen-Kontroverse mit der Wehrmachtsdebatte zusammenhängen. Im Hintergrund steht dabei immer jener demokratische Grundkonsens, den die bundesdeutsche Debatte um die NS-Verbrechen eigentlich auszeichnete, der aber speziell nach der deutschen Vereinigung in Frage gestellt wird, um, wie Prantl schreibt, "das Ungeheuerliche der Shoah, den Holocaust, einzuordnen".

Bei Thiele wird die Kontroverse wissenschaftlich vertieft. Es geht um Detailfragen, um den Forschungsstand, um die Fachkritik. Es lohnt sich im Buch die Thesen und Gegenthesen der Arbeitsgruppen nachzulesen, in denen alte Wehrmachtsangehörige, aber auch Mitarbeiter der Ausstellung und andere Wissenschaftler saßen. Die in die abschließende Plenarsitzung einbezogenen Zuschauer stellen den Bezug zwischen der Auseinandersetzung auf der wissenschaftlichen Ebene und der Ebene her, auf der das Massenpublikum diskutierte. Die Ebenen zu verbinden, ist wichtig. Denn, schreibt Thiele: "Der Forschungsstand ist eben eine Sache und die Vermittlung eine andere."

Thiele bringt dieses Dilemma auf den Punkt und verweist auf Parallelen zur Goldhagen-Kontroverse, die seiner Meinung nach "mit der Erörterung der von der Wehrmacht begangenen Verbrechen" ganz nahe rückt: "Plötzlich geht es nicht mehr um fanatische Nazis, von denen sich jeder leicht distanzieren kann, sondern wir fragen uns wie jener Bundestagsabgeordnete der Grünen: 'Was hat der Papa getan? War mein Mann auch dabei?...' Mit den 19 Millionen Männern, die während des Zweiten Weltkrieges die Uniform der Wehrmacht trugen, gerät das Volk ins Blickfeld - und das sind wir." Die Wissenschaft vergißt das oft.

Meinung / Positionen

Einen Grundkonsens aufgekuendigt.

Der Streit um die Wehrmachtausstellung wirft Fragen ueber den Zustand unserer Gesellschaft auf/

Von Hans-Jochen Vogel.

POSITIONEN

Bei den Vorfaellen rund um die Wehrmachtausstellung in Muenchen handelt es sich nicht nur um ein lokales Ereignis. Was dort geschah, wirft vielmehr Fragen auf, die fuer den inneren Zustand unserer Gemeinwesen bedeutsam sind. Schliesslich ist die Ausstellung vorher in vielen deutschen und in mehreren oesterreichischen Staedten gezeigt worden, ohne dass es zu vergleichbaren Konfrontationen gekommen waere, die eine ganze Stadt - und nicht nur diese - tagelang in Atem hielten. Was laesst sich daraus lernen?

Rechtsextremistische Organisationen waren in der Lage, in Muenchen 4000 bis 5000 Menschen, darunter eine betraechtliche Zahl Jugendlicher, zu einem Protestmarsch auf die Beine zu bringen. Die Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten, und die Parolen, die in Sprechchoeren geschrien wurden, erinnerten in fataler Weise an die Agitation, mit der Goebbels und seine Gefolgsleute Anfang der 30er Jahre Erich Maria Remarques Film "Im Westen nichts Neues" bekaempften und seine Absetzung erzwangen. Das zeigt, dass in unserem Lande ein beachtliches neonazistisches Potential auch kurzfristig aktiviert werden kann, wenn das politische Klima eine solche Mobilisierung beguenstigt.

Einen entscheidenden Einfluss auf dieses Klima nahm die Tatsache, dass in Muenchen der oertliche Grundkonsens zwischen den demokratischen Parteien in einem substantiellen Punkt aufgekuendigt wurde. Damit meine ich nicht den Streit ueber die Ausstellung und den speziellen Ausstellungsort in einem staedtischen Gebaeude. Einen derartigen Streit muessen Demokraten fuehren und auch ertragen koennen. Da ich selbst noch Soldat war, verstehe ich auch, dass Wehrmachtsangehoerige, die bisher im festen Glauben gelebt haben, die Wehrmacht habe sich im Gegensatz zur SS nichts zuschulden kommen lassen, emotional reagierten und Muehe hatten, nach 50 Jahren mit solchen Wahrheiten zurechtzukommen, die unter Historikern seit langem unstrittig sind.

Ich meine vielmehr die unsaeglichen Aeusserungen des Vorsitzenden der Muenchner CSU, der einen Zusammenhang herstellte zwischen der massenhaften Toetung von Juden und anderen Opfern der Gewaltherrschaft sowie dem Tod von Menschen, die infolge Nikotingenusses verstorben sind, oder gar den Vorgaengen in der Hamburger Hafenstrasse. Und ich meine die kaum glaeblichen Aussagen in einem Artikel im "Bayernkurier", immerhin dem offiziellen Organ der CSU: Darin wurde behauptet, die "Linke" fuehre einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk; und die Nuernberger Prozesse seien eine "Strafmassnahme" gegen "Deutschland" gewesen (und nicht etwa gegen die dort verurteilten Verbrecher).

Den Bruch des Konsenses, den die Verfolgten in allen Parteien und gerade auch die in der Muenchner CSU in der Nachkriegszeit mitbegrueudet und bis in die Gegenwart durchgehalten hatten - dass niemals mehr auf solche Parolen und Emotionen zurueckgegriffen werden sollte - werfe ich nicht der CSU insgesamt vor. Es gab offenen Widerspruch von CSU-Stadtraeten, und es gab erkennbares Unbehagen bei einzelnen ueberoertlichen Repraesentanten der Partei. Eine klare Distanzierung unterblieb indes bislang. Das zeigt, dass heutzutage auch der oertliche Verantwortliche einer grossen demokratischen Partei, deren fruhere Verdienste um Muenchen ausser Zweifel stehen, der Versuchung erliegen kann, Grenzen zu missachten, die bisher gerade in Muenchen als unverrueckbar galten, wenn er sich davon einen

DER TAGESSPIEGEL



Augenblicksvorteil verspricht. Und es zeigt auch, wie sehr dadurch das Klima einer ganzen Stadt vergiftet werden kann.

Diese Fakten sind bedrückend. Aber andere sind durchaus ermutigend. Ermutigend ist, dass rund 8000 Münchnerinnen und Münchner an friedlichen Demonstrationen gegen die neonazistischen Aktivitäten und den Konsensbruch teilnahmen und es den Neonazis verwehrten, ihr Unwesen auf dem Marienplatz zu treiben und sich damit symbolisch für einen Augenblick der Stadt zu bemächtigen. Diese Männer und Frauen - darunter erfreulich viele junge Menschen - nahmen ihre eigene Verantwortung für unser Gemeinwesen ernst. Sie forderten nicht andere auf, etwas zu tun, sondern engagierten sich selbst. Ermutigend war das kluge und umsichtige Verhalten der Polizei, die ihrem gesetzlichen Auftrag durchaus gerecht wurde und doch alles vermied, was zu Missverständnissen hätte führen können.

Und ermutigend ist auch, dass in keiner anderen Stadt so viele Menschen die Ausstellung besuchten. Dass nicht nur unter den Besuchern, sondern in der ganzen Stadt lebhaft über das diskutiert wurde, was damals in Osteuropa geschehen ist. Die Vergangenheit und insbesondere die Rolle der Wehrmacht ist damit in einer Art und Weise zum zentralen Thema geworden, wie das kaum zu erwarten war. Auch das wäre so ohne die Ausfälle nicht möglich gewesen. Fast ist man versucht, den bekannten Satz von der Kraft zu zitieren, die das Böse will und doch das Gute schafft. Jedenfalls aber widerlegt das alles die Behauptung, die Menschen seien nicht mehr bereit, sich mit den dunklen Kapiteln unserer Geschichte zu befassen; sie hätten schon längst einen definitiven Schlussstrich gezogen.

Zur Kenntnis nehmen müssen wir schließlich, dass unsere Nachbarn Vorgänge wie die in München aufmerksam beobachten, und wie rasch dabei Erinnerungen an die Vergangenheit wach werden. Alle, die sich sonst aus ganz anderen Gründen um den Standort Deutschland besorgt zeigen, sollten das gut bedenken.

Was ist die Quintessenz aus alledem? Meine lautet: Wir dürfen das extremistische Potential gerade in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit nicht unterschätzen. Auch Demagogen am linken Rand des politischen Spektrums könnten es eines Tages missbrauchen. Wir müssen den demokratischen Konsens gegen Schmähungen der Opfer der Gewaltherrschaft und gegen diejenigen verteidigen, die auf gestrige Parolen zurückgreifen. Und wir müssen uns immer wieder mit den Ursachen beschäftigen, die uns in die Katastrophe geführt haben. Nicht um kollektive Schuld zu proklamieren oder um eine ganze Generation zu diffamieren. Sondern um im Bewusstsein der nachfolgenden Generationen das Wissen zu verankern, welcher Untaten Menschen fähig sind, die sich von der Bindung an Menschenrechte und Grundwerte lossagen und sich selbst in gotteslästerlicher Weise für allmächtig erklären.

Der Autor war Vorsitzender der SPD und 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Die Wehrmacht war keine Mörderbande

Was bleibt vom Skandal? Vor der Eröffnung der umgestalteten Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung: Ein Gespräch mit Jan Philipp Reemtsma und Ulrike Jureit

Vor zwei Jahren wurde die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" geschlossen. Die Fachkritik war so schwerwiegend, daß sich Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, entschied, die Ausstellung auf Fehler und Mängel überprüfen und eine neue Konzeption erarbeiten zu lassen. Nach dem Bericht der unabhängigen Historikerkommission, der vor einem Jahr bekanntgemacht wurde, ist unter der Leitung von Jan Philipp Reemtsma und der Historikerin Ulrike Jureit eine weitgehend neue Ausstellung erarbeitet worden. Ihr Titel lautet: "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges". Sie wird heute abend in Berlin offiziell eröffnet und ist von Mittwoch an für das Publikum geöffnet. Die Provokation einer generalisierenden Anklage gegen die Wehrmacht, die nicht nur zum Erfolg der ersten Ausstellung beigetragen hat, sondern prinzipiell zur Ausstellungsidee dazugehörte, soll hier nicht wiederholt werden. Was also bietet die neue Ausstellung, was kann und was soll sie zeigen? Jan Philipp Reemtsma und Ulrike Jureit, die Sprecherin des Ausstellungsteams, geben Auskunft: Was antwortet die zweite Ausstellung der ersten?

F.A.Z. Dokumentiert die neue Ausstellung die These der alten mit anderen Mitteln?

REEMTSMA: Ja, immer unter der Voraussetzung, daß wir dieselbe These meinen.

Die wäre?

REEMTSMA: Daß der Krieg, den die Wehrmacht im Osten geführt hat, ein anderer Krieg war, als er im Westen geführt wurde. Das manifestiert sich in den dort begangenen Verstößen gegen Kriegs- und Völkerrecht, die nicht zufällig als Resultat einer Eskalationsdynamik entstanden sind, sondern auf Grund der Kriegsplanungen, auf Grund der Erlasse, die kriegs- und völkerrechtliche Bestimmungen und auch Traditionselemente des klassisch staatlichen Krieges außer Kraft gesetzt haben. Und wie gesagt, an denen die Wehrmacht nicht zufällig beteiligt war, sondern als Organisation.

Frau Jureit, Sie sind Sprecherin des Ausstellungsteams. Was wird man in der neuen Ausstellung zu sehen bekommen?

JUREIT: Die zweite Ausstellung stellt ins Zentrum zunächst einmal die Kriegsplanung, also alles das, was vor dem 22. Juni 1941, vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, sowohl von der politischen Führung als auch von der Wehrmachtsführung befohlen worden ist. Das bezieht sich überwiegend auf die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und SS, aber auch auf die Planungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung der Sowjetunion, bis hin zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Also die Nichtgültigkeit des Genfer Abkommens.

Wie wird das in der Ausstellung gezeigt?

JUREIT: Dieser Teil stützt sich überwiegend auf Dokumente. Die ganze Ausstellung ist so angelegt, daß man über zentrale Einleitungstexte in einem Rundgang von etwa einer Stunde sich einen Überblick verschaffen kann. Diese Einleitungstexte müssen notwendigerweise sehr konzentriert Informationen vermitteln. Insgesamt gliedert sich die Ausstellung dann in sechs Teilbereiche, in denen das, was wir die Dimension des Vernichtungskrieges nennen, dokumentiert ist: der Völkermord an den sowjetischen Juden, das Massensterben der

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

sowjetischen Kriegsgefangenen, die Deportation von Zwangsarbeitern, die Verbrechen, die im Zuge des Partisanenkrieges verübt wurden, Repressalien und Geislerschießungen. Dieser Teil bezieht sich auf den Kriegsschauplatz in Südosteuropa, also Serbien und Griechenland. Und als letztes der Themenbereich, der "Ernährungskrieg" heißt. Hier wird dokumentiert, was unter Beteiligung der Wehrmacht an wirtschaftlicher Ausplünderung vollzogen wurde und dann eben zu einer Hungerpolitik gegenüber Teilen der sowjetischen Zivilbevölkerung führte.

Was wird man in der neuen Ausstellung nicht sehen?

JUREIT: Man wird insgesamt erheblich weniger Fotos sehen als in der ersten Ausstellung. Und wenn wir schon beim Fotothema sind: Man wird keine unkommentierten Bildstrecken sehen. Der Umgang mit den Fotos in dieser zweiten Ausstellung ist so, daß Fotos und Dokumente ungefähr im Gleichgewicht sind. Wir haben Fotos überprüft, wir haben sie quellenkritisch befragt, wir haben recherchiert, was man über diese Fotos erfahren kann. Gibt es Originale? Wenn ja, wo sind sie? Wie sind sie überliefert? Welche Beschriftung haben sie in welchen Archiven? Wo sind sie möglicherweise schon einmal sowohl zeitgenössisch als auch nach 1945 veröffentlicht worden? Das ist natürlich ein erheblicher Aufwand, der nicht für Tausende von Fotos zu leisten ist. Zum anderen war unser Kriterium hinsichtlich der Fotos nicht, möglichst viele Fotos aus der ersten Ausstellung wieder zu zeigen, sondern unser Kriterium lautete: Welche Fotos sind notwendig, um die Inhalte auch bildlich zu transportieren?

Was sind diese Inhalte? Sind das wirklich dieselben wie bei der ersten Ausstellung?

JUREIT: Es ist insofern derselbe Inhalt, als daß sich die These nicht verändert hat. Die These, daß die Wehrmacht als Institution und in Teilen ihrer Gliederungen an Kriegsverbrechen beteiligt war. Wir gehen aber insofern ein Stück weiter, weil wir drei Teilbereiche haben, die hinzukommen, die in der ersten Ausstellung gar nicht oder nur ansatzweise angesprochen worden sind. Das sind die sowjetischen Kriegsgefangenen - also ein Gebiet, für das die Wehrmacht nun tatsächlich allein zuständig war. Das wurde in der alten Ausstellung nur ganz am Rande erwähnt. Der Bereich zu den sowjetischen Kriegsgefangenen gliedert sich in Kriegsgefangenenlager im Osten, also im Operationsgebiet, und auch im sogenannten Reich. Hier haben wir gefragt: Was hat die deutsche Zivilbevölkerung davon mitbekommen? Hierzu haben wir sehr interessante Dokumente gefunden. Es gab deutsche Zivilisten, die sonntags nachmittags an den Lagerzäunen spazierengegangen sind, um sich die sowjetischen Kriegsgefangenen anzusehen. Der zweite, neue Teil, ist der zum Ernährungskrieg. Und der dritte Teil ist der zu den Deportationen von Zwangsarbeitern.

Noch einmal zu dem, was man nicht sehen wird. Wie ist es mit jenen Fotos, die man in Form des Eisernen Kreuzes gelegt hatte?

JUREIT: Man wird das Eiserner Kreuz nicht sehen. Man wird auch, wenn man die Ausstellung betritt, nichts sehen, was in der alten Ausstellung war. Die Ausstellung hat ein völlig neues Design, ist ganz anders aufgebaut. Also zunächst einmal wird man gar nichts wiedererkennen. Die erste Ausstellung hatte ja drei Themenschwerpunkte: Weißrußland, Serbien und den Weg der sechsten Armee. Die jetzige Ausstellung hat keinen geographischen, sondern einen systematischen Zugriff.

Die erste Wehrmachtsausstellung hat Skandal gemacht, nicht zuletzt deswegen, weil bestimmte Bildlegenden fehlerhaft waren oder ganz falsch. In diesem Zusammenhang ist die ganze bislang weitgehend verborgene Welt der privaten Kriegsbilder aufgetaucht. Wird diese Art der Kriegsabbildung in der Ausstellung thematisiert?

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

JUREIT: Zum einen zeigt die Ausstellung jetzt eine Auseinandersetzung mit der Debatte über die alte Ausstellung. Das Problem der Kriegsfotos, das letztlich zum Moratorium geführt hat, wird dokumentiert. Die jetzige Ausstellung zeigt ebenfalls die Tarnopol-Fotos. Wir machen an diesen Fotos zwei Dinge deutlich. Wir zeigen einmal, auf welche Probleme man stößt, wenn man Fotos als historische Quellen nutzt. Zum anderen machen wir unsere Position zur Interpretation dieser Fotos deutlich. In der ersten Ausstellung hat es ja vier Fotos zu den Ereignissen in Tarnopol gegeben, die aus einem Wiener Archiv kamen. Wir haben jetzt in der Ausstellung eine weitere Fotoserie aus dem Militärgeschichtlichen Archiv in Prag und auch noch verschiedene Einzelfotos, die wir als Vergleichsfotos heranziehen. Und wir zeigen, daß auf diesen Fotos sowohl NKWD-Opfer als auch Pogrom-Opfer abgebildet sind und daß man auf diesen Fotos die Komplexität dieses Geschehens in Tarnopol sehen kann, wie sie kein anderes Dokument überliefert. Wir sagen aber auch ganz deutlich, daß die überlieferten Fotos primär Dokumente des Pogroms sind. Wer sind die Täter? Die entscheidende Frage lautet: Sind diejenigen Uniformierten, die man auf den Fotos sieht, auch die Täter? Und wenn man diese Fotos interpretiert, muß man strenggenommen zu folgendem Ergebnis kommen: Man sieht zwar Uniformierte, die bewaffnet sind mit Knüppeln und ähnlichem. Daß sie tatsächlich auch die Mörder sind, ist naheliegend, kann man aber anhand von Fotos nicht nachweisen. Was die Fotos zeigen, ist, daß Wehrmachtssoldaten anwesend sind, und daß sie fotografieren. Und da komme ich zum zweiten Teil der Frage. Das Fotografieren oder das private Fotografieren von Wehrmachtssoldaten, die sogenannten Knipsaufnahmen: Wir haben Fotomaterial, von dem wir nicht nachvollziehen konnten, in welchen Kontexten es aufgenommen worden ist. Das betrifft insbesondere das Thema Partisanen. Wir können bei vielen Fotos nicht nachvollziehen, ob das, was man dort sieht, eine völkerrechtskonforme oder eine völkerrechtswidrige Erhängung ist. Man kann darüber streiten, ob man diese Grenze ziehen möchte. Nur muß man, denke ich, akzeptieren, daß es nach damals geltendem Völkerrecht unter gewissen Umständen Rechtens war, Partisanen aufzuhängen. Für die Entscheidung, wie man mit diesen Fotos umgehen soll, haben wir uns zum Maßstab gesetzt, daß wir etwas über den Kontext wissen müssen, bevor wir diese Fotos zeigen.

Im Fokus ist aber immer noch die Wehrmacht und nicht die Verschränkung der Gewalt im Krieg. Ursprünglich sollte die Ausstellung die Gewalterfahrung des zwanzigsten Jahrhunderts zeigen. Nähert man sich jetzt dem wieder an, oder bleibt der Fokus auf der Wehrmacht? Zeigt man auch gewisse Verschränkungen mit ganz anderen Gewaltzyklen und Gewaltursachen?

JUREIT: Der Fokus bleibt deutlich auf der Wehrmacht. Trotz allem ist die Darstellung oder die Dokumentation der Beteiligung der Wehrmacht an diesem Vernichtungskrieg nicht zu erläutern, wenn man nicht auch über andere Institutionen, die daran beteiligt waren, spricht. Denn der Vernichtungskrieg ist von verschiedenen Institutionen durchgeführt worden. Dazu gehören hauptverantwortlich zunächst die Einsatzgruppen, dazu gehören die Verbände der Höheren SS und Polizeiführer, dazu gehört die Zivilverwaltung, dazu gehört die Gestapo, der Sicherheitsdienst und so weiter und so fort.

Welche Rolle spielt denn hierbei die Kollaboration?

JUREIT: Bei Erschießungen hat es den Einsatz zum Beispiel von litauischen oder auch ukrainischen "Hilfswilligen", wie man das nannte, gegeben, die sehr häufig anscheinend speziell für die Erschießungen selbst herangezogen worden sind. So zeigt das Beispiel Belaja Zerkow, das ja auch in der alten Ausstellung war, daß die Ermordung der neunzig Kinder und die Auseinandersetzung, die es darüber gegeben hat, genau dazu führte, daß man die Kinder durch litauische Hilfswillige erschießen ließ und eben nicht durch SS oder Wehrmachtssoldaten. Grundsätzlich ist zu diesem Thema zu sagen, daß es wenig

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Forschung dazu gibt, daß man bisher wenig über diese Verbände weiß, nicht nur über ihre Beteiligung, sondern auch über ihre Größenordnung. Da liegt noch eine ganze Menge Stoff, der in den nächsten Jahren aufzuarbeiten sein wird.

Dieser Herbst, der Herbst des Jahres 2001, ist der Herbst der deutschen Vergangenheitsbearbeitung. In Nürnberg ist soeben das Dokumentationszentrum zum Reichsparteitagsgelände eröffnet worden. In Berlin hat man jetzt mit den Bauarbeiten zum zentralen Denkmal für die ermordeten Juden Europas begonnen. Und nun zu guter Letzt eröffnet in Berlin die zweite Wehrmachtsausstellung. Ist das also der Moment, in dem die nationalsozialistische Vergangenheit gerade dadurch, daß ihr staatspolitische Mahnmale und Dokumentationszentren gewidmet werden, ihre Gegenwärtigkeit, ihr kritisches Potential verliert?

REEMTSMA: Ich glaube, daß die Frage schon so, wie sie gestellt ist, sich selber verneint. Denn sie hätte so zum Beispiel genauso im Jahr 1995 gestellt werden können. Und wahrscheinlich auch schon viele Jahre vorher. Es gibt augenscheinlich immer wieder Jahre, Daten, in denen sich so etwas verdichtet und wo das Gefühl entsteht, jetzt hat man für bestimmte Dinge die endgültige Formulierung gefunden. Und je nach Vokabular sagt der eine, daß man einen Schlußstrich zieht. Oder der andere sagt, es ist historisiert. Und es vergehen dann ein, zwei Jahre, und dann geht es wieder von vorne los. Ich denke, das liegt daran, daß die Verarbeitung solcher Katastrophen einfach nicht anhand solcher Daten erfolgt, sondern ein langfristiger Prozeß ist, der über Generationen hinweg geht. Und wenn es überhaupt eine magische Zahl oder Schwelle gibt, dann sind es vielleicht tatsächlich die klassischen hundert Jahre, die eben keine magische Zahl sind, sondern einen Schritt über drei Generationen hinweg markieren.

Diese Ausstellung dokumentiert einen Vernichtungskrieg, einen nicht gerechten Krieg. Zur gleichen Zeit, da die Ausstellung eröffnet wird, hat der Deutsche Bundestag beschlossen, Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr im Falle von Afghanistan prinzipiell zu genehmigen. Entsteht da jetzt ein Bild, auf dem der ungerechte, der schlechte Krieg in der Vergangenheit auf der einen Seite steht? Und auf der anderen befinden wir uns in einem durch die Nato oder vor allem auch durch die Vereinten Nationen gerechtfertigten guten Krieg in der Gegenwart?

REEMTSMA: Also zunächst einmal verwende ich die Terminologie vom "gerechten Krieg" nicht. Die hat einen bestimmten Kontext, über den man jetzt lange reden müßte. Aber das ist nicht meine Terminologie. Es geht in dieser Ausstellung auch nicht darum, bestimmte Formen von Krieg nach bestimmten Moralitätsgraden zu sortieren. Das Sprechen über Kriegsverbrechen ist ein analytisches Instrument, um ein bestimmtes Moment der Destruktionsgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts zu fassen. Wenn man dies tun will, verschafft man einem politisch Argumentierenden erst mal noch nicht besonders viel Material, um sich in einer gegenwärtigen Debatte zu verorten oder Argumente zu finden für oder gegen Afghanistan. Das war auch bei der ersten Ausstellung so in bezug auf den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien. Der Leiter der Ausstellung, Hannes Heer, war ein Befürworter des Einsatzes von Bundeswehr auf dem Balkan und sein Mitarbeiter Walter Manoschek ein vehementer Gegner. Ich habe mich im Kontext der ersten Ausstellung geweigert, solche Analogien zu ziehen, im Kontext der alten Ausstellung. Ich werde es im Kontext der neuen Ausstellung auch so halten, mich nicht in diese gegenwärtigen Debatten einzulassen.

Wenn also diese Brücke nicht so manifest ist zur Gegenwart, nicht jedenfalls in diesem Sinne manifest . . . ?

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

REEMTSMA: Obwohl natürlich diese Zeit auch noch in die Gegenwart hineinreicht, ich meine, es leben Veteranen, es leben Opfer dieses Krieges. Es gibt direkte Erinnerungsbezüge. Es gibt den Zeitbezug zurück noch.

Ist nicht gerade die Konjunktur der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, vor allem in den neunziger Jahren, auch darauf zurückzuführen, daß die nationalsozialistische Zeit so fremd geworden ist, gerade nicht mehr unsere ist?

REEMTSMA: Aber sie ist ja anders fremd als ein Film übers Mittelalter.

Das ist noch die Frage.

REEMTSMA: Das Mittelalter ist für uns fremd. Die Zeit des Nationalsozialismus ist vielen fremd geworden, aber sie ist nicht fern.

Bei der ersten Ausstellung ist oft das Wort gefallen von der Aufklärung, daß es also um historische Aufklärung geht. Will das die zweite auch?

JUREIT: Ich glaube, das entscheidende ist, daß diese zweite Ausstellung eine Antwort auf die Debatte über die alte ist.

Jetzt noch einmal: Worüber klärt diese Ausstellung den Besucher auf?

JUREIT: Die zweite Ausstellung versteht sich als Angebot an die Besucher der ersten Ausstellung, aber auch an neue Besucher, sich zu diesem Thema nochmals Gedanken zu machen. Auch möglicherweise wieder kontroverse Diskussionen zu führen. Im Herbst 1999 drohte ja die Hauptthese durch die Debatte über falsche Zuschreibungen von Fotos und Bildlegenden unglaubwürdig zu werden.

Erhält man in dieser Ausstellung noch einmal das Bild von einer gewissermaßen alten Gewalt, also einer Gewalt des zwanzigsten Jahrhunderts, die alles in allem eben doch an militärische oder paramilitärische Organisationsformen gebunden war, die also auf Befehle und Gehorsam beruhte und sich in vielem doch unterscheidet von dem, was heute als eher in der Organisation unsichtbare und frei flottierende Gewalt sichtbar wird?

JUREIT: Natürlich ist es eine Form von Gewalt, die durch das System von Befehl und Gehorsam geprägt ist, wenn auch nicht ausschließlich. Ein Bereich der Ausstellung heißt "Handlungsspielräume", in dem insgesamt acht Geschichten erzählt werden. Hier waren einzelne Personen mit Entscheidungsmöglichkeiten konfrontiert, und wir zeigen, wie sie sich dazu verhalten haben, nämlich sehr unterschiedlich. Und da spielt das System von Befehl und Gehorsam eine entscheidende Rolle. Aber trotz dieses Systems gab es Handlungsspielräume, die Personen genutzt haben, und zwar sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite hin.

Die Kommission hat ja die Ausstellung nicht insgesamt für verfehlt erklärt, sondern hat ihre Monita auf bestimmte Bildzuschreibungen und auf eine suggestive Einseitigkeit beschränkt. Man hätte also, dem Urteil der Kommission, folgend, auch eine Schönheitsoperation an der alten Ausstellung durchführen und das, was fehlerhaft war, aussortieren und die Ausstellung dann weiterlaufen lassen können. Man hat sich dagegen entschieden. Warum?

JUREIT: Die Kommission hat eine Empfehlung ausgesprochen, die beide Möglichkeiten in Augenschein genommen hat. Das Institut hat in diesem einen Jahr, in dem die Kommission gearbeitet hat, natürlich auch selber Überprüfungen durchgeführt. Und es ist zu einem ziemlich frühen Zeitpunkt deutlich geworden, daß man, wenn man den Zugriff der alten Ausstellung aufgibt und einen systematischen Zugriff wählt, die alte Ausstellung nicht einfach

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

überarbeiten kann. Man ist dann schon bei einer neuen Konzeption. Zum anderen hat auch eine Rolle gespielt, daß in der Zeit, in der die Ausstellung lief, eine Reihe neuer Forschungsergebnisse publiziert wurden. Durch die Debatte um die Ausstellung ist ja auch sehr viel angeregt worden, gerade was das Thema Fotos und Krieg betrifft. Zum anderen ist es notwendig, sich über das damals geltende Kriegs- und Völkerrecht zu informieren. Das sind schon viele Faktoren, die für eine neue Konzeption sprachen.

Aber meinen Sie wirklich nach der langen und intensiven Diskussion, die wir hatten, die ja nicht nur wir in der Bundesrepublik geführt haben, nicht nur um die Wehrmachtsausstellung, sondern natürlich auch um Goldhagen, um Schindlers Liste, meinen Sie also, daß diese Art von historischer Aufklärung tatsächlich notwendig ist, oder ist es vielmehr auch ein Stück Aufklärung über die Aufklärung, über Motive, Quellen und Methodik der ersten Ausstellung?

REEMTSMA: Das würde ich so nicht formulieren. Aber es ist so, daß die zweite Ausstellung den ursprünglichen Intentionen näher kommt, als es die erste getan hat. In diesem Kontext ist ja die Idee zu dieser Ausstellung 1995 entstanden. Und durch den anderen Ansatz dieser Ausstellung, durch den analytischeren, durch den detailbezogenen Ansatz wird zweierlei getan: Einmal wird nun tatsächlich den Empfehlungen gefolgt, welche die Kommission ausgesprochen hatte, die die erste Ausstellung evaluiert hatte. Diesen Empfehlungen kommt die zweite Ausstellung mit ihren Stilmitteln nach. Aber sie kehrt dadurch auch zu diesen ursprünglichen Intentionen zurück, indem die Fragen genauer gestellt werden. Wie ist es denn geschehen, welche Mechanismen waren es, welche Rahmenbedingungen wurden gesetzt, damit das und das passieren konnte, und wie sah es vor Ort aus?

Gibt es etwas, was Sie im Gegensatz zur ersten Ausstellung jetzt bei der zweiten vermieden haben?

REEMTSMA: Einiges. Wir haben zum Beispiel den plakativen Einstieg in die Nachkriegszeit wegfallen lassen. Hier steht am Ende als zusätzliches Informationsangebot die Debatte um die erste Ausstellung im Kontext einiger Daten zur Nachkriegsauseinandersetzung mit dem Thema Wehrmacht, das ist völlig anders. Dann gibt es überhaupt keine Bildersequenzen mehr, die nicht kontextualisiert sind und deren Funktion zu deuten dem Zuschauer völlig freigestellt wird. Und dann ist das Stilelement des Summarischen, der Schlagzeile, des, ich sage mal, auch Journalistischen vermieden.

Wie geht die Ausstellung mit dem Thema von Gewalt und Gegengewalt um?

JUREIT: Die Ausstellung hat aus diesem Grund zu Beginn diesen Teil zur Kriegsplanung, um zu zeigen: Es hat eine Kriegsplanung gegeben, die deutlich darauf abzielte, daß dieser Krieg anders geführt werden sollte als andere Kriege. Wir wollen aber auch zeigen, daß zu der Planung die Dynamik vor Ort hinzutritt. Das ist ein ganz entscheidender Faktor. Der Kommissarbefehl ist umgesetzt worden. Auch der "Kriegsgerichtsbarkeitserlaß" ist umgesetzt worden. Nur, man kann nicht folgende Argumentation aufbauen: Hier haben wir den Kommissarbefehl, und dort haben wir eins zu eins und durchgängig durch alle Armeen und Hierarchien die Umsetzung. Das würde von einem sehr naiven Verständnis ausgehen. Zur Frage der Gewalt und Gegengewalt. Ich glaube, das wird in der Ausstellung am deutlichsten im Bereich des Partisanenkrieges. Die erste Ausstellung hatte sich stark auf das Jahr 1941 konzentriert. Die zweite Ausstellung wird das ausweiten auf die Jahre 1942, 1943, 1944. Denn dort setzt ja genau diese Dynamik ein. Die Wehrmacht war 1941 mit keiner militärisch wirklich relevanten Partisanenbewegung konfrontiert. Das änderte sich 1942. In dem Moment, wo gerade im Heeresgebiet Mitte Lücken in die Front gerissen wurden, gelang es gut ausgebildeten und gut bewaffneten Partisanengruppen, hinter die deutschen Linien zu

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

gelangen. Und dann begann ein Krieg hinter der Front, insbesondere in Weißrußland. Und natürlich hat es einen Partisanenkrieg gegeben, der reale Bedrohungssituationen für Wehrmachtseinheiten geschaffen hat. Da gibt es überhaupt gar keinen Zweifel. Die Sabotageanschläge waren ja nicht nur Propaganda. Das heißt, der Partisanenkrieg ist schon etwas, was man auch in seiner Dynamik von Gewalt und Gegengewalt zeigen muß, und das geschieht auch. Darüber hinaus ist dieser Partisanenkrieg aber dazu benutzt worden, einen Krieg gegen Teile der zivilen Bevölkerung zu führen. Ab 1942 ließen Wehrmacht und SS Großaktionen durchführen, in denen ganze Gebiete, die für Partisanengebiete gehalten wurden, abgesperrt und verwüstet wurden. Unter der Zivilbevölkerung wurden Massenerschießungen durchgeführt - ohne danach zu fragen, ob sie tatsächlich Kontakt zu Partisanen hatten oder selber Partisanen waren.

Ist denn ein Schluß für den Besucher, der die Ausstellung durchlaufen und sich alles angeguckt hat, der, daß er sagt: Ja, die Wehrmacht war eine verbrecherische Organisation?

JUREIT: Der Begriff der verbrecherischen Organisation ist ein Begriff, der durch den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß einen bestimmten Inhalt hat. Die Richter haben sich damals dafür entschieden, das Oberkommando der Wehrmacht nicht zur verbrecherischen Organisation zu erklären. Und wenn man es vielleicht ein bißchen pointiert sagt, nicht deswegen, weil sie es nicht für verbrecherisch hielten, sondern weil sie es nicht als eine Gruppe betrachteten. Das Urteil in Nürnberg betont ja sehr stark die Beteiligung der Mitglieder, insbesondere des OKW, an den Verbrechen, an den Kriegsverbrechen. Trotzdem, denke ich, sollte man mit diesem Begriff nicht mehr operieren, weil er zeitgeschichtlich besetzt ist. Die eine Frage ist ja die Beteiligung der Wehrmachtsführung: OKW, OKH, führende Oberbefehlshaber von Armeen und von Heeresgruppen, die ganze militärische Spitze der deutschen Besatzung. Ich glaube, deren Beteiligung am Vernichtungskrieg ist nicht anzuzweifeln. Eine andere Frage ist die nach den einfachen Soldaten. Die Wehrmacht war ja kein Freiwilligenverband. Man kann nicht über eine nicht freiwillige Mitgliedschaft in der Wehrmacht automatisch einen Straftatbestand ableiten. Über die Anzahl von Wehrmachtsangehörigen, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren: Dazu kann man keine Aussagen machen. Jede Zahl außer Null wäre in diesem Zusammenhang völlig spekulativ.

Wozu provoziert denn jetzt die neue Ausstellung?

REEMTSMA: Eine Ausstellung muß nicht provozieren. Das Thema dieser Ausstellung tat es.

Wurde Hannes Heer, der die erste Ausstellung aufgebaut hat und von dem das Institut sich schließlich getrennt hat, zur Eröffnungsfeier der neuen Ausstellung eingeladen?

JUREIT: Er ist eingeladen, wir wissen aber nicht, ob er kommt.

Das Gespräch führte Michael Jeismann.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bilder der Wehrmacht

Was ist der Kommissionsbericht wert? / *Von Bogdan Musial*

Ich bin in Südpolen mit folgender Überlieferung aufgewachsen: Im September 1939 habe die Wehrmacht im Nachbarort Szczucin etwa neunzig polnische Kriegsgefangene in einer Schule bei lebendigem Leibe verbrannt. Jahre später recherchierte ich als Doktorand in deutschen Archiven und fand eine Meldung der Gefangenenstelle Szczucin an die 8. Division des VIII. Armeekorps, in der es hieß: Ein gefangengenommener polnischer Oberleutnant habe "am 12. 9. 39, 16.45 Uhr in der Wachstube den Hauptwachtmeister Golla von hinten überfallen und erschossen ... Sämtliche Gefangenen, auch der Oberleutnant, sind erschossen; das Gefangenenlager in Brand gesteckt." Solche und ähnliche Exzesse der Wehrmacht sind für den September 1939 in Polen vielfach dokumentiert. Aus diesem Grund habe ich nie an die Legende von der "sauberen" Wehrmacht geglaubt. Trotzdem werde ich heute von vielen als "Ehrenretter der Wehrmacht" angesehen und von anderen als "Nazi-Reinwäscher" beschimpft. Wie kam es dazu?

Im Oktober 1999 veröffentlichte ich einen Aufsatz in den "Vierteljahresheften für Zeitgeschichte", in dem ich ausführte: Neun Fotos in der Wehrmachtsausstellung zeigten NKWD-Verbrechen und nicht solche der Wehrmacht; bei etwa zwanzig weiteren gäbe es Anhaltspunkte für dieselbe Annahme. Der Aufsatz löste eine heftige Diskussion über die Glaubwürdigkeit der seit mehr als vier Jahren laufenden Ausstellung aus. Der Diskussion schlossen sich Kritiker mit anderen Einwänden an, darunter Krisztian Ungvary mit der These, lediglich zehn Prozent der Fotos zeigten Verbrechen der Wehrmacht. Nach zweiwöchiger Diskussion verkündete Jan Philipp Reemtsma ein Moratorium für die Ausstellung. Er setzte eine Kommission ein, die alle gegen die Ausstellung erhobenen Vorwürfe überprüfen sollte. Nach einem Jahr legte diese Kommission nun ihren Bericht vor, in dem es heißt: Von insgesamt 1433 Fotos gehörten "weniger als zwanzig nicht in eine Ausstellung über die Wehrmacht". Die Aussteller und ihre Befürworter atmeten auf, einige von ihnen triumphierten, manche machten sich lustig über die Kritiker und warfen ihnen vor, sie hätten schlampig gearbeitet.

Doch bald setzte Ernüchterung ein. Es zeigte sich, daß die Hauptaussage der Kommission anders lautet. Sie empfahl nämlich, die Ausstellung gründlich zu überarbeiten und gegebenenfalls neu zu gestalten. Hans Ulrich Thamer, eines der Kommissionsmitglieder, war deutlicher und erklärte, die Ausstellung müsse neu konzipiert werden. Im Klartext: Die alte Ausstellung ist gescheitert. Reemtsma zog daraus die Konsequenzen und erklärte am 23. November, es werde eine völlig andere Ausstellung geben. Was wiederum im Widerspruch zu der Feststellung steht, es seien nur wenige Fehler in der alten Ausstellung gefunden worden. Die Verwirrung ist perfekt.

Für diese Verwirrung ist die Kommission verantwortlich, die sich bemühte, das wahre Ausmaß der gefundenen Mängel und Fehler zu verschleiern. In ihrem Bericht wurden wichtige Kritikpunkte ausgeblendet. So etwa die Frage, inwieweit die erpreßten "Geständnisse" und Aussagen deutscher Soldaten in sowjetischer Gefangenschaft glaubwürdig sind. Sie spielten in der alten Ausstellung eine wichtige und in den Aufsätzen von Hannes Heer zum Thema eine entscheidende Rolle. Ferner übergeht die Kommission die Tatsache, daß ideologische Gegner der Ausstellung und der These vom Vernichtungskrieg

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

von Anfang an die groben Fehler der Ausstellungsmacher für ihre Propaganda ausschalteten. Für sie war die alte Ausstellung mit ihren Fehlern geradezu ein Geschenk.

Einwände, die nicht zu widerlegen waren, spielte die Kommission herunter, so die von mir kritisierten Bildgeschichten. Es handelt sich dabei um Fotos, die verschiedene Ereignisse zeigen, und die die Aussteller zu Bildfolgen "montiert" und mit einheitlichen, meist falschen Begleittexten versehen hatten. Mit den "montierten" Bildfolgen erzielten die Aussteller "dramatische Effekte", so die Kommission, die fortfährt: "Folglich dürfen Aufnahmen, die verschiedenen Ereignissen entnommen werden, nicht in ‚Montagestrecken‘ präsentiert werden." Die Zahl der "montierten" Bildfolgen nannte die Kommission nicht. Von mir hat sie Hinweise auf insgesamt vierzehn (jeweils fünf bis sieben Fotos) erhalten. Daß ich diese Hinweise gegeben habe, wird im Bericht nicht erwähnt.

Ferner spielte die Kommission den Verdacht herunter, daß die Aussteller viele Begleittexte schlicht frei erfunden haben. In der Sprache der Kommission heißt es: "Die Ausstellungsautoren haben von den Archivbeschriftungen abweichende Legenden gewählt, ohne daß ihre Gründe in jedem Fall nachvollziehbar waren." Im Kommissionsbericht werden keine Beispiele von solchen "abweichenden Legenden" angeführt, mir sind Dutzende bekannt. Beispielsweise fanden sich zwei Fotos, die im Archiv mit der Legende: "Erschießungsaktion des SD und der Waffen-SS" versehen sind, in der Ausstellung mit der Beschriftung "SD und Wehrmacht bei einer Exekution" wieder.

Das Herzstück der alten Ausstellung war den meisten Kommentatoren zufolge das "Eiserne Kreuz" mit 327 Fotos. Jetzt stellte die Kommission fest, daß gerade dieser Teil keine Dokumentation, sondern eine "Inszenierung", gar eine "Provokation" gewesen sei. Sie monierte dabei, daß sich dort "besonders eklatante Versäumnisse finden" sowie "handwerkliche Nachlässigkeiten häufen". Es wurden beispielsweise "wiederholt Fotografien, die zum selben Tatkomplex gehören, ohne Bezug zueinander an mehreren Stellen der Ausstellung präsentiert". Die Kommission nannte keine Zahlen, von mir bekam sie Hinweise auf insgesamt 22 solcher Fälle, was wiederum unerwähnt blieb. Die Kommission sprach die Empfehlung aus, auf das "Herzstück" der Ausstellung gänzlich zu verzichten.

Wenn wir nun von den 1433 Fotos der Ausstellung die 327 Fotos des "Eisernen Kreuzes" sowie die 735 Paßbilder abziehen, bleiben 371 Bilder übrig. Darunter befinden sich etwa 70 abgebildete Buchumschläge und Kinoplakate, also bleiben eigentlich nur noch 300 Fotos. Und ausgerechnet in diesem Teil befinden sich mindestens 14 "montierte" Bildfolgen, aber auch andere Fehler (etwa ungarische Soldaten). Nun stellt sich die Frage, was von der Fotodokumentation noch zu retten ist, außer den Paßfotos von Wehrmachtsoffizieren. Kurzum: Eine angeblich wissenschaftliche Ausstellung entpuppt sich als optische Inszenierung.

Der Zahl von 1433 Fotos kommt eine geradezu magische Bedeutung zu. Die Aussteller, ihre Befürworter und jetzt die Kommission führen diese Zahl immer wieder an, um auf die vermeintlich geringe Fehlerquote (weniger als 20 bei 1433 ergibt etwa 1,39 Prozent) hinzuweisen. Eine Lappalie, sollte man meinen. Und wundert sich, warum deswegen die ganze Ausstellung neu konzipiert werden muß.

Der spektakulärste Vorwurf an die Ausstellung lautete, daß einige Fotografien Opfer des sowjetischen NKWD zeigten. Davon waren nur relativ wenige Fotos direkt betroffen. Die Kommission hat fünf Fotos NKWD- Verbrechen eindeutig zugeordnet und nicht zwei, wie die

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Medien berichten, denn drei Fotos wurden bereits vor dem Moratorium entfernt. Diese wenigen falschen Zuordnungen allerdings stellten die Deutung der Aussteller in Frage, wonach Fotos, die bei deutschen Soldaten gefunden wurden und auf ein Verbrechen hinweisen, die Untaten der Wehrmacht dokumentieren. Davon waren Hunderte von Fotos in der alten Ausstellung betroffen. Infolgedessen stürzte die gesamte Ausstellung in eine Glaubwürdigkeitskrise, von der sie sich nicht mehr erholte.

Auch der Umgang der Kommission mit den Kritikern läßt Fragen offen. So hat sie alle Kritiker pauschal behandelt, ohne zu differenzieren, wer was wann gesagt hat. Damit macht mich die Kommission für die überzogenen Thesen (ich habe nie die Thesen der Ausstellung in Frage gestellt) und Fehler anderer mitverantwortlich und vermittelt den Eindruck, alle Kritiker seien nicht ernst zu nehmen. Hinzu kommt, daß man mir und anderen Kritikern Äußerungen unterstellte, die offensichtlich auf Diskreditierung abzielten, aber nicht den Tatsachen entsprachen. So habe ich nie bezweifelt, daß sich unter den Opfern, die auf in der Ausstellung verwandten Bildern zu den Ereignissen in Tarnopol zu sehen sind, auch jüdische Pogromopfer befinden.

Ferner stellte die Kommission fest: "Die Debatte hat eine bemerkenswerte Inkompetenz auch der wissenschaftlichen Kritiker im Umgang mit Fotografien im Kontext von Forschung und Ausstellung" offenbart. Der Grund für diese Rüge ist folgender: Die Kritiker hätten "in weiten Teilen ihre Zuschreibungen allein auf die Interpretation des Abgebildeten gestützt". Was meine Kritik anbetrifft, ist dies falsch, denn ich besichtigte Tatorte, interviewte Augenzeugen, verglich Fotos und Filme, rekonstruierte Ereignisse und den Weg der Fotografien in die Archive. "Die Interpretation des Abgebildeten", befand die Kommission, sei zwar "eine zentrale Voraussetzung jeder Fotoanalyse, reiche zur Verifizierung dessen, was zu sehen ist, allein aber nicht aus". Dem ist zuzustimmen.

Daß die Aussteller nicht einmal diese "zentrale Voraussetzung jeder Fotoanalyse" erfüllt haben, ist allerdings kein Grund für die Kommission, diese zu rügen. Es ist lediglich die Rede von dem "bemerkenswert unbekümmerten Gebrauch fotografischer Quellen, wie er in geschichtswissenschaftlichen und populären Publikationen leider sehr verbreitet ist". Sonst bescheinigt die Kommission den Ausstellungsautoren "insgesamt die Intensität und Seriosität" der von ihnen "geleisteten Quellenarbeit".

Wer sich fragt, warum das Urteil gegenüber den Ausstellern so milde und gegenüber den Kritikern so scharf ausfiel, sollte berücksichtigen: Mehrere Mitglieder der Kommission haben sich in der Vergangenheit für die Ausstellung eingesetzt, sie und Hannes Heer gepriesen. Diese Mitglieder können somit als befangen gelten, was die Einschätzung der Arbeit von Ausstellungsautoren angeht. Erst jetzt sind ihnen die "montierten" Bildfolgen, die "Provokation" des "Eisernen Kreuzes" und andere grobe Fehler aufgefallen, nachdem sie darauf von "bemerkenswert inkompetenten" Kritikern aufmerksam gemacht wurden.

Des weiteren ging es der Kommission offenbar auch darum, den Schaden zu begrenzen und das Gesicht der Aussteller und derjenigen zu wahren, die sich für die Ausstellung eingesetzt haben. Darunter sind viele Prominente und Journalisten, die die Ausstellung zum nationalen Ereignis hochstilisiert haben. Sie haben sich auf das Urteil von einigen Historikern verlassen, die der Ausstellung Seriosität attestierten.

Es steht außer Frage, daß Wehrmachtsangehörige Verbrechen begangen haben und daß die

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wehrmachtführung den Vernichtungskrieg in Osteuropa weitgehend gebilligt und geführt hat. Dies belegt eine Unzahl von Dokumenten. Hunderte von Fotos in der Wehrmachtsausstellung haben dies indes nicht belegt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.2000, Nr. 279, S. 53

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Braun-grauer Schulterschuß?

Wie Hitler im März 1941 die Generäle auf die Vernichtung des "jüdischen Bolschewismus" einschwor

Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2002. 376 Seiten, 26,- Euro.

Der "Endsieg" war längst verloren, aber eine letzte Entscheidungsschlacht wollten Hitlers Generäle noch in der deutschen Sektion der "Historical Division" der US Army schlagen. Seit Juni 1946 arbeiteten hier 328 Wehrmachtsoffiziere an einem Großprojekt, das den Besiegten die Gelegenheit zur Selbstdarstellung gab. Allein in den ersten zwei Jahren wurden über 1000 Manuskripte mit ungefähr 34 000 Seiten verfaßt. Alles verlief in geordneten hierarchischen Verhältnissen. An der Spitze stand der Chef des Generalstabes des Heeres der Jahre 1938 bis 1942, Franz Halder, dem - laut Wolfram Wette - "fälschlicherweise der Ruf anhaftete, ein Gegner Hitlers gewesen zu sein". Selbstverständlich redeten ihn die alten Kameraden weiterhin ehrfurchtsvoll mit "Herr Generaloberst" an, selbstverständlich entschied er als höchste Autorität, welche Sicht worüber einzunehmen und verbindlich war: die Heeresführung als Opfer Hitlers, der strategische Dilettantismus des unbelehrbaren "Führers", die "saubere" und den Krieg führende Wehrmacht auf der einen Seite, die "schmutzige" und die Verbrechen verübende SS auf der anderen Seite ...

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre hatten Historiker wie Andreas Hillgruber, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, Manfred Messerschmidt und Klaus-Jürgen Müller mit den Generalslegenden aufgeräumt und die Grundlagen für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg gelegt. Darauf konnten die Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr aufbauen, so auch Autor Wette, der 25 Jahre in Freiburg im Breisgau zuerst als Offizier, dann als beamteter Wissenschaftler Dienst tat. Er legt nun eine kenntnisreiche und pointierte Studie über die Rolle der Wehrmacht im rassenideologischen Vernichtungskrieg vor. Erstaunlich ist jedoch seine Bemerkung, daß die 1999 wegen Mängeln ausrangierte "Wehrmachtsausstellung" maßgeblich dazu beigetragen habe, "das Tabu zu brechen und den Blick frei zu machen auch auf das besonders bedrückende Thema ‚Wehrmacht und Judenmorde‘". Sein Buch, das die Ergebnisse der Forschung aus den vergangenen drei Jahrzehnten heranzieht, widerlegt selbst eine solche Behauptung.

Warum protestierten die deutschen Generäle im März 1941 nicht gegen die Eroberungs- und Vernichtungspläne Hitlers? Nach Wette soll das gemeinsame Feindbild vom "jüdischen Bolschewismus", das sich seit dem Ende des Kaiserreiches entwickelt habe, die Ursache gewesen sein. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, daß der Antisemitismus bereits vor 1914 im preußischen Offizierskorps eine "feste Größe" gewesen sei wie auch die Vorstellung von Rußland als einem "Koloß auf tönernen Füßen".

Während des Ersten Weltkrieges lebten rund 500 000 Juden im Deutschen Reich. Annähernd 100 000 von ihnen dienten als Mannschaften, Unteroffiziere und zu einem "ganz geringen Teil" auch als Offiziere und Militärärzte; 12 000 fielen, 35 000 wurden mit militärischen Orden ausgezeichnet: "Das heißt: Der jüdische Teil der Bevölkerung beteiligte sich an den Lasten des Krieges in der gleichen Weise wie die übrigen Deutschen auch." Radikale Nationalisten konnten sich dennoch mit ihrer Hetzpropaganda von den "Feiglingen", "Drückebergern" und "Kriegsgewinnlern" Gehör verschaffen, so daß das preußische

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kriegsministerium im Herbst 1916 die statistische Erfassung der Soldaten jüdischen Glaubens anordnete. Als das Ergebnis der berüchtigten "Juden-zählung" nicht so ausfiel, wie die Antisemiten erhofft hatten, unterblieb eine Veröffentlichung.

Vom Jahr 1916 schlägt Wette den Feindbilder-Bogen bis zum Jahr 1941. Als Zwischenstationen nennt er unter anderem: die Furcht vor dem Bolschewismus, die Gleichsetzung von Juden und Bolschewisten schon während der Novemberrevolutionen in Deutschland 1918, die von aktiven und entlassenen Offizieren begangenen Morde an jüdischen Politikern in der Frühzeit der Weimarer Republik, die Einführung eines "Arier-Paragrafen" in die Satzung des Frontsoldatenbundes "Stahlhelm" im März 1924, den Erlaß des Reichswehrministers von Blomberg vom Februar 1934, der den Disziplinarvorgesetzten die "Nachprüfung der arischen Abstammung" ihrer Untergebenen befahl.

Erich von Manstein, 1934 Oberst im Generalstab, protestierte übrigens aus grundsätzlichen Erwägungen in einer Denkschrift gegen die Einführung eines "Arier-Paragrafen". Zum einen werde in die Autonomie der militärischen Personalführung eingegriffen, zum anderen verbiete es die soldatische Ehre, völlig unschuldige Menschen wegen ihrer Abstammung auszustoßen. Ob das Wissen um eigene jüdische Vorfahren das Denken und Handeln des späteren Generalfeldmarschalls bestimmte, ist bislang nicht untersucht worden. Als er im Kriege Meldungen über die systematische Ermordung von Juden durch Einsatzgruppen der SS erhielt, schwieg er entweder oder erklärte die Informationen über das Ausmaß der Verbrechen für ungläubwürdig.

Das Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 regelte, daß nur Personen "arischer" Abstammung den "aktiven Wehrdienst" leisten und Vorgesetzte sein durften. Gleichzeitig gab es Ausnahmeregelungen durch "Führerentscheidungen". Auf Antrag konnte Hitler einen Soldaten jüdischer Abstammung für "deutschblütig" erklären: "Es wird geschätzt, daß etwa zehntausend solcher Anträge gestellt und immerhin mehrere hundert von ihnen positiv entschieden wurden." Außerdem sollen nach Angaben des amerikanischen Historikers Brian Rigg 2000 bis 3000 "Volljuden" und 150 000 bis 200 000 "Halbjuden" und "Vierteljuden" in der Wehrmacht gedient haben - in aller Regel unerkannt und die meisten als wehrpflichtige Soldaten, jedoch auch Hunderte von Offizieren und etwa 20 Generäle. Es sei allerdings "kein Verdienst der Institution Wehrmacht" gewesen, daß "eine gewisse Zahl von Soldaten jüdischer Abstammung in ihren Reihen diene. Dieser Tatbestand ergab sich nicht etwa aus mangelndem Radikalismus der Wehrmacht in der Durchführung der antisemitischen Maßnahmen. Vielmehr war er das Resultat der praktischen Unmöglichkeit, einen langen Prozeß der Assimilation und Vermischung mit einem schnellen Schritt zu beenden."

Am 30. März 1941 schwor Hitler 250 in Berlin versammelte Generäle auf den bevorstehenden Angriff gegen die Sowjetunion und auf die beabsichtigte "Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz" ein. Er kündigte ohne Umschweife an: "Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft." Als Reaktionen konnte Wette nur "vereinzelte Unmutsäußerungen" feststellen, die jedoch "in der Summe wirkungslos" geblieben seien. Daher hält er es für angemessen, von einem "ideologischen Schulter-schluß" der Generäle mit Hitler zu sprechen. Damit knüpft Wette an eine Untersuchung von Andreas Hillgruber aus dem Jahr 1978 über das Rußland-Bild deutscher Generäle an. Dessen These, daß Hitler die Konzeption des rassenideologischen Vernichtungskrieges mit Hilfe "einiger führender Militärs" habe durchsetzen können, weitet Wette aufgrund der aufgezeigten Feindbilder-

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kontinuitäten aus: "Um es - mit einem Vergleich - auf den Punkt zu bringen: Die Wehrmachtführung benötigte 1941 - zur ideologischen Mobilisierung der ihr überantworteten Soldaten - keine Politischen Kommissare wie die Rote Armee; die deutschen Generäle besorgten dies gleich mit."

RAINER BLASIUS

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.05.2002, Nr. 105, S. 9

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Ende der Wiedergänger

Die neue Wehrmachtsausstellung in Berlin: Ein gutes Stück Konsensgeschichte

Hans Mommsen stand am Rednerpult. Er sprach von der Sorgfalt und Wissenschaftlichkeit, mit der die neue Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 - 1944" erarbeitet worden sei. Man biete dem Publikum ein faktengesättigtes Bild und habe auf Dramatisierungseffekte verzichtet. Und er scheute sich im Gegensatz zu den anderen Rednern des Abends nicht, die Ausstellung auch als Warnung an die Gegenwart zu verstehen: Die Versuchung, völkerrechtliche und zivilisatorische Rechte irgendwelchen militärischen "Notwendigkeiten" zu opfern, lauere bei jedem Krieg und bedrohe die rechtliche und moralische Verfaßtheit der Gesellschaft. Während Mommsen dies sagte, griff er - mit größter Geschicklichkeit selbst im Rücken immer weiter in das Mikrofon redend - nach unten, beförderte erst ein Glas, dann eine Flasche Mineralwasser zutage, goß, ohne den Redefluß zu unterbrechen, das Wasser in das Glas, stellte dann die Flasche wieder unters Pult, vollendete den Satz und machte dann erst eine Pause, um einen Schluck zu trinken - während die Zuschauer im Berliner Ensemble Mommsens perfekte Synchronisation mit anerkennender Heiterkeit verfolgten.

Mommsens Kunststück, zwei unterschiedliche Dinge gleichzeitig und unabhängig voneinander zu tun, hätte man als Zeichen lesen können. Jan Philipp Reemtsma, der spiritus rector der neuen Ausstellung, jonglierte virtuos mit Selbstkritik und Selbstbehauptung im Vergleich der alten und der neuen Wehrmachtsausstellung; Staatsminister Nida-Rümelin, in "realistischer Grundhaltung", deutete zwar zart auf aktuelle Bezüge, die man herstellen könne, auf Lektionen, die zu lernen seien, schwebte aber immer hoch genug, um den Fallstricken der Konkretion zu entgehen. Hans Erich Volkmann schließlich, dem Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Potsdam und einem der Kritiker der ersten Ausstellung, gelang es meisterlich, gleichzeitig Jan Philipp Reemtsma und sich selbst auf die Schulter zu klopfen. Bravo, das haben wir gut gemacht. Der Dank des Vaterlandes ist gewiß.

Es war der Abend der großen Einigkeit. Hatte die erste Ausstellung Polemik und Aufwallung ausgelöst, so scheint die neue Geschichtsschau über die von der Wehrmacht an der Ostfront geduldeten oder begangenen Verbrechen die emotionale Betroffenheit nur soweit zuzulassen, wie sie durch die methodische Besonnenheit der Historiker gedeckt ist.

Was sich bei den Reden zur Eröffnung andeutete, bestätigt dann auch die Ausstellung selbst. In der Anmutung ist sie der alten Schau exakt entgegengesetzt. Statt brachialer Emotionalisierung durch Bilder namenlosen Grauens hat man nun mit wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit die Aufklärung über die Ereignisse und ihre Hintergründe an die erste Stelle gesetzt. Die Bilder des Grauens sind zwar zu sehen - vorbildlich aufbereitet die Geschichte der Fotos vom Pogrom und Massaker in Tarnopol -, aber sie liegen in relativ kleinen Formaten aus, eingebettet in einen Kokon aus Kommentaren und Erläuterungen.

Überhaupt ist es weniger eine Ausstellung, vielmehr ein weiß-kühles Lese- und Studierkabinett auf drei Etagen. Die Gliederung wird übersichtlich im ersten zentralen Raum, in dem über alle großen Themen der Ausstellung in kondensierter Form informiert wird. Wer dann zu dem einen oder anderen Thema mehr wissen will, steigt ein oder zwei Etagen höher und findet dort detailliertere Ausführungen und zusätzliche Bilder und Kommentare.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Von den Fragen des Kriegs- und Völkerrechts über den "Ernährungskrieg", die Deportationen und Partisanenerschießungen bis zum Völkermord an den Juden - alle Abteilungen dieser Ausstellung fordern einen Zuschauer, der bereit ist, sich einzulesen. Daß dies in der Ausstellung auch möglich ist, gehört zu den großen Leistungen der Ausstellungsarchitekten. Sie haben nicht bloß beschriftet, sondern Texte und Bilder in vielfacher Form mit handwerklichem Raffinement ineinander verschränkt. Zu diesen ingeniosen Leistungen zählen auch die "Sitzvitrinen", in denen man sich, auf einem von Plexiglas überdachten Stuhl sitzend, über Kopfhörer und Lektüre informieren kann. Daß diese Sitzvitrinen von fern an den Glaskasten erinnern, in dem Eichmann während seines Prozesses in Jerusalem saß, kann nicht beabsichtigt worden sein. Denn sonst säßen die Besucher heute da wie neue Eichmanns, auf der Anklagebank just in dem Moment, wo sie sich informieren oder gar läutern wollen.

Tatsächlich vermeidet die Ausstellung aber jede plakative Anklage. Sie bedarf ihrer auch nicht, weil die Präsentation dessen, was im Osten gewollt und durchgeführt wurde, in dieser Hinsicht für sich spricht. Dabei tritt deutlich hervor, in welchem Maß die Wehrmacht schon vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion strukturell in den verbrecherischen Krieg einbezogen war. Die Heeresleitung führte im Ostfeldzug einen anderen Krieg, einen Krieg, in dem Völker- und Kriegsrecht keine Geltung beanspruchen durften. So sollten individuelle Verbrechen militärgerichtlich nicht verfolgt werden, solange sie die Disziplin der Truppe nicht gefährdeten und sie aus ideologischen Gründen begangen wurden. Das tatsächliche oder vermeintliche ideologische Motiv des einzelnen Soldaten, so betonte Reemtsma denn auch zu Recht, durfte die elementaren Regeln des Krieges und der militärischen Moral außer Kraft setzen. Dies war nichts anderes als eine Aufforderung zur Entgrenzung und Enthemmung, die die ganze Kriegführung bestimmen sollte. Dazu trug zusätzlich, wie jetzt gezeigt wird, der Terror des NKWD bei. Die Schau macht diesen Prozeß in allen ihren Themenkomplexen deutlich und antwortet damit direkt auf den Vorwurf eines unzulässigen Pauschalurteils, den man der ersten Ausstellung gemacht hatte.

Also: Nicht jeder Soldat der Wehrmacht war ein Verbrecher, auch nicht an der Ostfront, aber jeder unterlag einem Krieg, der in seinen Intentionen und Mitteln verbrecherisch war und jeden Soldaten jederzeit zum Verbrecher machen konnte. Daß dies bei manchen gar nicht erst nötig war, wird ebenso belegt wie die Tatsache, daß es bei manchen eben auch nicht möglich war. Diesen Umschlag vom System zum Individuum immer im Blick behalten zu haben und dem Besucher vor Augen zu stellen ist die große Leistung der neuen Wehrmachtsausstellung. Man sieht und liest, wie ein infamer Mechanismus der Entzivilisierung ausgelöst wird: nicht überall, aber doch systematisch jederzeit, wenn Vorgaben, Gelegenheit oder sogenannte militärische Notwendigkeiten dies verlangten. Dieser Mechanismus ist an der Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener ebenso zu verfolgen wie etwa an der Behandlung der Zivilbevölkerung im "Ernährungskrieg". Die "Kahlfräszonen" ließen der Bevölkerung kaum eine Chance zum Überleben. Die organisatorische und personelle Beteiligung der Wehrmacht am Völkermord an den Juden gehört exakt in diese Linie.

Diese Ausstellung wird keinen Skandal machen; auch den Rechtsradikalen, die große Demonstrationen ankündigen, wird das nicht gelingen. Die zweite "Wehrmachtsausstellung" markiert vielmehr einen Moment, in dem die nationalsozialistische Vergangenheit ihre unmittelbare, biographisch verankerte Virulenz verliert und zur Konsenshistorie wird, deren politische Nutzenanwendung selbstverständlich scheint und sich doch nicht von selbst versteht.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein Schlußstrich, keine Ästhetisierung der Geschichte im strikten Sinn, sondern die gelungene Metamorphose einer Vergangenheitswahrnehmung, die nun selbst historisch wird.

MICHAEL JEISMANN

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.2001, Nr. 278, S. 53

Kultur

Die Aufarbeitung des NS-Judenmordes ist ein eigenes Forschungsthema geworden.

Eine vergleichende Tagung in Potsdam Im Land der Erinnerung.

VON PAUL STOOP

Wenn ein ausländischer Korrespondent seinen Posten in Deutschland antritt, schlägt häufig genug eine Stunde Null. Über kurz oder lang bekommt seine Redaktion einen Beitrag geliefert, der überschrieben wird: "Deutschland stellt sich endlich seiner Vergangenheit". Seit Jahrzehnten gibt es solches Staunen, daß man sich im Land der Täter an die Zeit des Mordens erinnert. Den naiven Glauben an einen kollektiven Ruck, mit dem sich eine Gesellschaft ihrer Vergangenheit vergewissert, hat die Wissenschaft schon lange abgelegt: Die Aufarbeitung der NS-Geschichte nach 1945 ist selbst ein fruchtbares Forschungsgebiet geworden. Einen Einblick in solche Erinnerungsforschung bot die Potsdamer Tagung "Vom Prozeß zur Geschichte", die das Centre Marc Bloch, das Einstein Forum und das Centrum Judaicum über juristische und historische Aufarbeitung des Holocaust in Deutschland und Frankreich veranstalteten.

Mit Nürnberg fing alles an. Das "Geschichtsseminar" für das besiegte Deutschland, wie Robert W. Kempner den Prozeß des Internationalen Militärtribunals nannte, wurde nur zögernd angenommen. Skepsis über angebliche "Siegerjustiz", nationalistische Abwehr und Selbstmitleid folgten anfänglicher Zustimmung zum Prozeß. Dennoch wurde Nürnberg ein Meilenstein. Wichtige neue Völkerrechtsprinzipien wurden dabei etabliert, und die Dokumentensammlung ist "bis heute eine unentbehrliche Grundlage für die Forschung", wie Jonathan Bush (derzeit Princeton) sagte.

Dennoch gab es Schwächen. Das Augenmerk der Nürnberger Ankläger und Richter war nicht auf das zentrale NS-Verbrechen gerichtet. Die Amerikaner legten den Nachdruck auf den Angriffskrieg; alles andere wurde instrumentalisiert für die Untermauerung dieser Prozeßstrategie. Auch in Prozessen anderer Länder stand nicht der Mord an den Juden als eigenes, zentrales Thema im Vordergrund. Es ging vor allem um die Beschwörung der angenommenen kollektive Opferrolle der Nation.

Politik beeinflusste auch Frankreichs Engagement. Hatte de Gaulle seit 1941 auf harte Verfolgung der Schuldigen gedrängt, wandelte sich die Politik, sobald die außenpolitischen Ziele erreicht waren: eine eigene Besatzungszone und die Beteiligung am Nürnberger Hauptprozeß. Nicht ohne Bedeutung war die Furcht, es könnte das Vichy-Regime zur Sprache kommen. Es blieb bei einer "symbolischen Präsenz", wie Imke Nienaber (Göttingen) berichtete. Die französischen Richter in Nürnberg urteilten ausgesprochen mild. In beiden Ländern standen die Integration der Nachkriegsgesellschaft und Amnestiegesetze, nicht aber Strafverfolgung auf der Tagesordnung. Norbert Frei (Bochum) deutete an, wie widersprüchlich sich die Aufarbeitung gestalten konnte. Die massive Propaganda der DDR gegen Bonns Integration von NS-Tätern - "faktisch richtig" nannte Frei die Kritik und gleichzeitig "grandios heuchlerisch" - löste Abwehrreaktionen aus, stimulierte aber doch die westdeutsche Geschichtswissenschaft und Politik, sich mit den Tätern im Land zu befassen.

In Deutschland wurde mit der "Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" in Ludwigsburg 1958 ein Instrument für Vorermittlungen geschaffen. Gegen viel Widerstand trieben engagierte Juristen die Verfolgung voran - für viele Verbrechen jedoch zu spät. In Frankreich dauerte es noch länger bis zu dem, was Henry

DER TAGESSPIEGEL



Rouso (Paris) die "zweite Säuberung" der 80er und 90er Jahre nannte: Prozesse mit großer öffentlicher Wirkung, wie zuletzt der Fall Papon.

Für die öffentliche Debatte war der Eichmann-Prozeß 1961 ein Wendepunkt. Im TV-Zeitalter, sorgfältig von der Anklage dirigiert, entwickelte der Prozeß pädagogische Qualität: Der Mord an den Juden stand im Mittelpunkt. Damals trat, wie Annette Wieviorka (Paris) erläuterte, der Zeuge auf: ein sorgfältig ausgesuchtes didaktisches Instrument. Seit den 60er Jahren setzte eine Entwicklung ein, die sich heute zu einer "Omnipräsenz des Zeugen" gesteigert habe. Inzwischen werden Aussagen losgelöst von Prozessen gemacht. Im Yale-Projekt werden Tausende, von Steven Spielberg hunderttausende Aussagen auf Video aufgenommen: der Übergang vom "Handwerk zur industriellen Fertigung" (Wieviorka).

Diese Wendung ist problematisch. Die Erinnerung wird politisch eingesetzt, ein Teil der Identitätspolitik, wie Michael Marrus (Toronto) kritisch anmerkte: "Die Überlebenden sprechen stellvertretend für die gesamte jüdische Erfahrung." Das sei ein "destruktives Element", und nicht das einzige: Die Besetzung der Erinnerung durch die Überlebenden, wie sie etwa Elie Wiesel vertrete ("Nur die Überlebenden können verstehen"), sei auch "anti-intellektuell".

Schon die juristisch reglementierte, in Protokollen festgehaltene Zeugenaussage kann für den Historiker problematisch sein. Der Staatsanwalt hat ein strategisches Ziel; die Realität, wie sie der Zeuge schildern soll, bedeutet die Ausklammerung vieler mutmaßlich unwichtiger Aspekte; die Aussagen werden von Dritten protokolliert; der Richter muß zu einem Ergebnis kommen, zu einem "Schuldig" oder "Nicht schuldig". Am Beispiel von Bruno Streckenbach, Personalchef des Reichssicherheitshauptamtes und SS-General, erläuterte Michael Wildt (Hamburg) die Grenzen des Rechts, die für die Forschung nicht gelten. Wissenschaftlich gebe es keinen Zweifel an der Verantwortung Streckenbachs für Massenmorde durch die Einsatzgruppen in Rußland. Aber die Staatsanwaltschaft meinte aufgrund früher protokollierter und inzwischen als Schutzbehauptung erkannter Aussagen anderer Beteiligten, daß Streckenbach den Befehl, alle Juden hinter der Front zu ermorden, gegeben habe, kurz vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion. Der Ansatzpunkt der Staatsanwaltschaft sei also falsch gewesen, und das in der "besten und fundiertesten Anklageschrift", die er kenne, sagte Wildt. Zum Prozeß gegen Streckenbach kam es im übrigen nicht mehr.

Henry Rouso hat aus der grundlegenden Differenz zwischen Staatsanwälten und Richtern auf der einen und Historikern auf der anderen Seite persönlich einen radikalen Schluß gezogen: Er tritt nicht als Experte bei Prozessen auf. Als Intellektueller habe der Historiker eine kritische Funktion, er solle kein Akteur werden, auch nicht beim juristischen Prozeß der Wiederherstellung einer zerstörten Welt. Er sei froh, sagte Rouso, daß die Auseinandersetzung aus aktuellen Anlässen wie dem Holocaust-Denkmal, der Goldhagen-Kontroverse und der Wehrmachtsausstellung eine öffentliche Debatte sei, kein Rechtsstreit.

Mit Detailfragen, wie sie gerade in den letzten Prozessen oft im Mittelpunkt stehen, werden sich Historiker und Juristen auch künftig noch befassen, und mit den theoretischen Fragen der Verarbeitung von Quellenmaterial aus Prozessen und Ermittlungsverfahren. Denn mit dem Aussterben der Opfer, der Täter und der Beobachter wird das Thema dieses Jahrhunderts sich nicht in einen neutralen Stoff verwandeln. Was Ignatz Bubis am Ende der Tagung sagte, bestätigten die Tagungsteilnehmer: Das Interesse an der Erforschung der Shoa nimmt eher noch zu. 250 Historiker besuchten 1995 die Zentrale Stelle in Ludwigsburg für ihre Forschungen, 1996 waren es 276, im letzten Jahr 355, berichtete deren Leiter Willi Dreßen. Die Behörde wandelt sich gerade zu einer Forschungsstelle, die eine Abteilung des Bundesarchivs sein wird.

Aber die Zeit der Prozesse ist nicht vorbei. Denn der propagandistische Kampf gegen die in Jahrzehnten zusammengetragenen Berichte dürfte mit der historischen Distanz noch zunehmen; Prozesse gegen Geschichtsfälscher und "Revisionisten" werden dann im Mittelpunkt stehen. Es sind schon jetzt problematische Verfahren, wie Lawrence Douglas

DER TAGESSPIEGEL



(Amherst, USA) am Beispiel des kanadischen Falles Ernst Zündel zeigte. Prozesse bieten eher den Holocaust-Leugnern eine Plattform, wenn - wie im Fall Zündel - der Nachweis für die Tatsache des Völkermordes verlangt wird oder die Expertise von Raul Hilberg nur als Ausnahme zugelassen wird, denn eigentlich gehört Forschung in die Kategorie der Tatsachen vom "Hörensagen".

Eine dritte Prozeßkategorie kam während der Tagung nicht zur Sprache, könnte demnächst aber auch Premiere haben: Prozesse als Fortsetzung des wissenschaftlichen Diskurses mit anderen Mitteln. Daniel Goldhagen hat ihn der kritischen Rezensentin seines Holocaust-Buches, Ruth Bettina Birn, angedroht. Wenn es tatsächlich zu einem Prozeß kommt, wäre der Zirkel geschlossen: Gerichte würden zur Klärung des Sachverhaltes die Justizakten in Ludwigsburg, mit denen Goldhagen und andere Forscher arbeiteten, für die Wahrheitsfindung einsehen. Und im Medienwirbel um den Fall könnte berichtet werden: Deutschland stellt sich endlich seiner Vergangenheit.



Die Kernaussagen der Wehrmachtsausstellung sind richtig:

Die Wehrmacht war eine verbrecherische Organisation - Bericht der Unabhängigen Kommission

Nicht die Kritik rechtsgerichteter Politiker (insbesondere aus CDU/CSU-Kreisen) und organisierter Wehrmachts- und Nazi-Bewunderer haben Philipp Reemtsma 1999 dazu veranlasst, die aufsehenerregende "Wehrmachtsausstellung" vorübergehend zurückzuziehen und von einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission begutachten zu lassen. Anlass dazu war vielmehr die wissenschaftliche Kritik an einzelnen Aussagen und am präsentierten Bildmaterial. So war etwa festgestellt worden, dass einige Bilder (von vielen Hunderten von Fotos) nicht richtig zugeordnet oder falsch interpretiert wurden.

Am 15. November legte die Kommission zur Überprüfung der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht, 1941 bis 1944" ihren Bericht vor. Mitglieder der Kommission waren die Wissenschaftler Omer Bartov, Cornelia Brink, Gerhard Hirschfeld, Friedrich P. Kahlenberg, Manfred Messerschmidt, Reinhard Rürup, Christian Streit und Hans-Ulrich Thamer.

Wir dokumentieren im Folgenden aus der Zusammenfassung des 100-seitigen Berichts die wichtigsten Teile, die sich inhaltlich mit den Kernaussagen der Wehrmachtsausstellung befassen.

Zusammenfassung

Bewertung der Kernaussagen der Ausstellung

1. Die im "Prolog" der Ausstellung formulierte pauschale Kritik an der "deutschen Militärgeschichtsschreibung", die zwar viel zur Aufklärung über den "Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung" beigetragen habe, sich aber weigere, "einzugestehen, dass die Wehrmacht an allen diesen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war", ist offensichtlich überzogen. Das gilt auch für den Anspruch, mit der Ausstellung erstmalig in der Öffentlichkeit die "Legende von der ,sauberen Wehrmacht' " als eine Geschichtsklitterung zu entlarven.
2. Der ebenfalls im "Prolog" ausgesprochenen Absicht, "kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten zu fällen", wird die Ausstellung auf Grund fehlender Differenzierungen nicht gerecht. Sie erweckt vielmehr durch die Art der Präsentation der Bild- und Textdokumente den Eindruck, dass die dargestellten Verbrechen den Angehörigen der Wehrmacht mehr oder weniger unterschiedslos zuzurechnen seien.
3. Die Tatsache, dass die Verbrechen in der Sowjetunion von SS, Polizei, Wehrmacht und einheimischen Hilfskräften arbeitsteilig verübt wurden, wird von der Ausstellung nicht hinreichend herausgearbeitet. Dadurch werden die vielfältigen Abstufungen zwischen den von Wehrmachtangehörigen unmittelbar begangenen Verbrechen und solchen Verbrechen, die mit dem Wissen oder der Hilfestellung militärischer Einheiten, also in jedem Falle unter der Verantwortung von Teilen der Wehrmacht verübt wurden, verwischt. Die in der Ausstellung präsentierten Verbrechen der Wehrmacht werden dadurch unzulässig isoliert.
4. Dennoch bleiben die Grundaussagen der Ausstellung über die in der Sowjetunion verübten Verbrechen und über die teils aktive, teils passive Beteiligung der Wehrmacht an ihnen in der Sache richtig. Die Ausstellung bewegt sich in dieser Hinsicht auf dem internationalen Forschungsstand, der seit den sechziger Jahren allmählich erreicht und in den neueren und neuesten wissenschaftlichen Veröffentlichungen immer wieder bestätigt worden ist.
5. Zutreffend sind insbesondere die Aussagen über die in der Wehrmachtführung, aber auch in der Truppe weit verbreiteten Vorstellungen vom "jüdischen Bolschewismus", dem "Weltfeind Nr. 1" und dem "Kampf auf Leben und Tod". Große Teile der an der "Ostfront" eingesetzten Truppen waren so hochgradig ideologisiert, dass die an anderen Fronten selbstverständlichen Standards der Kriegführung hier nicht respektiert wurden.



Friedenspolitischer Ratschlag

AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel in Kooperation mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag

6. Nicht zu bestreiten sind die verbrecherischen Grundsatzentscheidungen und Befehle der Wehrmachtführung, die von der Einräumung von Sonderrechten für Himmlers Mordkommandos über den "Kommissarbefehl" und den "Kriegsgerichtsbarkeitserlass" bis zu den Armeebefehlen reichten, die um Verständnis für den als "gerechte Sühne" bezeichneten Mord an den Juden warben. Die Behauptung, die Wehrmacht habe stets "Distanz zu Hitler und dem NS-Regime" gehalten und "mit Anstand und Würde" lediglich "ihre soldatische Pflicht erfüllt", wird deshalb von der Ausstellung mit guten Gründen zurückgewiesen.
7. Richtig bleibt auch die Feststellung, dass von Anfang an die Spuren verwischt und die Erinnerung an die Verbrechen unterdrückt wurden. In diesem Punkt trafen sich die Interessen der Generäle, die in den fünfziger Jahren ihre Memoiren veröffentlichten, mit denen der einfachen Soldaten, die sich von der SS und dem NS-Vernichtungsapparat distanzieren, um ihr eigenes Verhalten in einem umso freundlicheren Licht erscheinen zu lassen.
8. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Kernaussagen der Ausstellung, an denen sich die emotionale und politische Kritik und Polemik entzündet hat, in ihrer Substanz dem internationalen Forschungsstand entsprechen. Durch fehlende Differenzierungen und ungerechtfertigte Pauschalisierungen hat die Ausstellung jedoch nicht nur Missverständnisse ausgelöst, sondern auch dazu beigetragen, dass es den Gegnern der Ausstellung möglich war, zumindest teilweise erfolgreiche Ablenkungsmanöver zu starten. Es erscheint deshalb notwendig, die Ausstellung auch unter diesem Gesichtspunkt gründlich zu überarbeiten oder neu zu konzipieren.

Bewertung der gegen die Sachaussagen erhobenen Vorwürfe

1. Die Ausstellung hat versucht, den im Osten und Südosten geführten Krieg ausschnitthaft in den Blick zu rücken (Weißrussland, 6. Armee, Serbien 1941). Sie hat mit diesem Verfahren wichtige Zusammenhänge "verdichtet", andere aber vernachlässigt, wie zum Beispiel die unterschiedlichen deutschen Zielsetzungen im Osten und Südosten Europas. Die Kritik an den Sachthemen der Ausstellung galt insbesondere zwei Komplexen: den in der Ausstellung "unterschlagenen" Morden des NKWD sowie dem "Partisanenkrieg" in der Sowjetunion.
2. Die Kritiker haben bemängelt, dass die vom sowjetischen NKWD (in Tarnopol und Zloczow) begangenen Verbrechen in der Ausstellung nicht erwähnt (bzw. dokumentiert) worden sind. Diese Kritik ist berechtigt. Die Ausstellung hätte die Massenmorde des NKWD als einen Teil der Vorgeschichte der Pogrome im Juli 1941 in die Darstellung einbeziehen müssen.
3. Im Grundsätzlichen aber überziehen die Kritiker ihre Kritik. Sie ignorieren vor allem die sehr wesentliche Rolle, die die Wehrmacht in der Entwicklung des Genozids an den Juden im Osten spielte. Sie isolieren ihre Sichtweise auf die konkreten Täter, ohne danach zu fragen, unter welchen Voraussetzungen diese morden konnten und wie diese Voraussetzungen geschaffen wurden. Sie tun dies nicht zuletzt deswegen, weil sie Ausmaß und Entwicklung der Kooperation zwischen Wehrmachtstellen und SS-Stellen nicht richtig einzuschätzen vermögen.
4. Aber auch die Autoren der Ausstellung haben die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen der Wehrmacht mit den Dienststellen von SS und Polizei sowie, in den Reichskommissariaten, den Organen der Zivilverwaltung nicht immer hinreichend dargestellt. Allerdings ist hierbei anzumerken, dass wichtige Forschungsergebnisse zu diesem Netzwerk des Vernichtungskrieges erst in den letzten Jahren (also nach Ausstellungsbeginn 1995) veröffentlicht wurden.
5. In Bezug auf den Partisanenkrieg blenden die Kritiker die Entscheidung der deutschen Führung, den Krieg gegen die Sowjetunion von Anbeginn an außerhalb der kriegsvölkerrechtlichen Normen und Verpflichtungen zu führen, nahezu völlig aus. Sie sehen in den deutschen Methoden der Partisanenbekämpfung entweder eine Reaktion auf einen verbrecherisch geführten Partisanenkrieg der sowjetischen Seite oder verweisen auf das "arbeitsteilige" Vorgehen von Wehrmacht und Einsatzgruppen. Dabei



Friedenspolitischer Ratschlag

AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel in Kooperation mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag

nehmen sie den Begriff "Partisanen" in den deutschen Dokumenten in der Regel wörtlich, ohne beispielsweise zu berücksichtigen, in welchem Maße die deutsche Seite auch zum Teil völlig unbeteiligte Personen als "Partisanen" oder "Partisanenhelfer" definierte und in ihren Erfolgsmeldungen kategorisierte. Dies führt dazu, dass die Kritiker die bestehenden engen Zusammenhänge zwischen der "Partisanenbekämpfung" und dem Mord an den Juden nicht wahrnehmen und auch nicht erkennen, in welchem Maße die Partisanenangst der Truppe zur Radikalisierung des Krieges beitrug und für die Ausrottungspolitik instrumentalisiert wurde.

Schlussfolgerungen

1. Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" ist im Rahmen der anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen und auf Grund des der Kommission erteilten Überprüfungsauftrags sowohl hinsichtlich ihrer inhaltlichen Aussagen als auch hinsichtlich des verwendeten Materials so intensiv durchleuchtet worden, wie das bisher mit keiner anderen zeitgeschichtlichen Ausstellung geschehen ist.
2. Die Überprüfung der Ausstellung hat zu der Erkenntnis geführt, dass die öffentlich geäußerte Kritik zumindest in Teilen berechtigt ist. Die Ausstellung enthält 1. sachliche Fehler, 2. Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials und 3. vor allem durch die Art der Präsentation allzu pauschale und suggestive Aussagen.
3. Die Ausstellung enthält jedoch keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen. Die Überprüfung der verwendeten Bild- und Textdokumente in den benutzten Archiven hat zwar manche Ungenauigkeiten und in einigen Fällen auch falsche Zuschreibungen zu Tage gefördert, insgesamt aber die Intensität und Seriosität der von den Ausstellungsautoren geleisteten Quellenarbeit bestätigt.
4. Die Ausstellung argumentiert teilweise zu pauschal und unzulässig verallgemeinernd. Auf diese Weise und durch die Art der Präsentation hat sie dazu beigetragen, dass sie nicht als eine Ausstellung über die Besonderheiten des in der Sowjetunion geführten Vernichtungskrieges, sondern als eine Ausstellung über "die" Wehrmacht - eben als "Wehrmachtsausstellung" - rezipiert worden ist.
5. Dessen ungeachtet bleiben die Grundaussagen der Ausstellung über die Wehrmacht und den im "Osten" geführten Vernichtungskrieg der Sache nach richtig. Es ist unbestreitbar, dass sich die Wehrmacht in der Sowjetunion in den an den Juden verübten Völkermord, in die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und in den Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht nur "verstrickte", sondern dass sie an diesen Verbrechen teils führend, teils unterstützend beteiligt war. Dabei handelte es sich nicht um vereinzelte "Übergriffe" oder "Exzesse", sondern um Handlungen, die auf Entscheidungen der obersten militärischen Führung und der Truppenführer an der Front und hinter der Front beruhten.
6. Das Glaubwürdigkeitsproblem der Ausstellung resultiert weniger aus einzelnen nachweisbaren Fehlern und Flüchtigkeiten als vielmehr aus dem überheblichen und unprofessionellen Umgang der Ausstellungsmacher mit der an der Ausstellung geübten Kritik. Dabei ist einzuräumen, dass zwischen bloßer Polemik und seriöser Fachkritik nicht immer leicht zu unterscheiden war. Doch ist nicht zu erkennen, dass man sich um diese Unterscheidung rechtzeitig und ernsthaft genug bemüht hätte. Erst dadurch entstand eine Situation, in der die berechtigte Kritik an einigen Fotos eine so tiefgreifende Krise auslöste, dass ein "Moratorium" unvermeidlich wurde.
7. Aus den hier genannten Gründen empfiehlt die Kommission, die Ausstellung in einer gründlich überarbeiteten, ggf. auch neu zu gestaltenden Form weiter zu präsentieren. Dabei müssen die Hauptaussagen über die Wehrmacht und den Vernichtungskrieg im "Osten" nicht verändert, wohl aber gegen Missverständnisse geschützt werden. Erforderlich ist darüber hinaus ein sorgfältiger Umgang mit den überlieferten Dokumenten, und hier insbesondere mit den Fotos. Auch sollte die Argumentation der



Friedenspolitischer Ratschlag

AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel in Kooperation mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag

Ausstellung weniger durch den Gestus der Staatsanwaltschaft als durch die Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft geprägt sein. Die Ausstellung sollte ihr Material präsentieren, aber die Schlussfolgerungen so weit wie möglich den Besuchern überlassen.

8. Wünschenswert ist, dass bei einer Neufassung der Ausstellung die vorherrschende Täterperspektive zumindest beispielhaft durch die Perspektive der Opfer ergänzt wird, so dass die Verbrechen auch aus der Sicht und Erfahrungswelt derjenigen, gegen die sie verübt wurden, sichtbar werden.
9. Die Ausstellung war, wie die öffentlichen Auseinandersetzungen gezeigt haben, sinnvoll und nötig. Sie kann auch in den kommenden Jahren - in einer Fassung, die der Kritik, neueren Forschungsergebnissen und den die Ausstellung begleitenden Diskussionen Rechnung trägt - einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der historisch-politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland leisten.

Quelle:

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Bundeswehr/wehrmacht.html>

19.10.2002 * 15.38 Uhr



Die Macht der Bilder - "Vergrößert und zurückgenommen. Verschriftlicht und entschärft"

Die neukonzipierte Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". Ein vergleichender Rundgang

Dass die Wehrmachtsausstellung nach einer Auszeit und Umbauphase im November wieder an die Öffentlichkeit getreten ist, war ein positives Ereignis des Jahres 2001. Trotzdem gibt es kritische Stimmen: Sie kommen von rechter und konservativer Seite (die Neonazis begannen wieder mit lautstark-dumpfen Protesten), sie kommen aber auch von einer Seite, die sich ansonsten vollinhaltlich mit der ursprünglichen Intention der Ausstellung identifiziert hatte. Als Anregung für die weitere Diskussion dokumentieren wir einen Beitrag von Werner Röhr. Er hat sich die neue Ausstellung angesehen und vergleicht sie mit der ursprünglichen Konzeption.

Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945« war zwischen ihrer Eröffnung im März 1995 und ihrer Schließung im November 1999 in 33 deutschen und österreichischen Städten gezeigt worden, in der Regel jeweils sechs Wochen lang. Über 850000 Menschen haben sie gesehen. Sie belegte mit Bild- und Schriftdokumenten, daß die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg weder »sauber« noch bloß »verstrickt« war in Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern Verbrechen gegen Militär und Zivilbevölkerung der gegnerischen Mächte mit Vorsatz und planmäßig beging. All das war nicht neu, sondern in Jahrzehnten erarbeitet, dokumentiert und dargestellt worden. Wenn freilich erst diese Ausstellung vielen Menschen die Augen über die bestialischen Verbrechen der Wehrmacht geöffnet hat, so bestätigt dies nur, wie schwer es die historische Wahrheit in dieser Bundesrepublik hatte und hat, die große Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Kampagne

Die Hauptwirkung der Ausstellung ging von 1433 Fotos aus, die teils im Textzusammenhang, teils als reine Bildserien geboten wurden. Die meisten dieser Fotos hatten beteiligte Soldaten selbst geschossen, als Zeugnisse oder Trophäen ihrer »Heldentaten«. Diese Bilder führten dem Publikum die Wehrmachtsverbrechen buchstäblich vor Augen, drastisch, ungeschminkt, unwiderlegbar. Die Bilder prägten sich den Besuchern ein, überzeugten oder bekehrten sie. Und diese Fotos provozierten. Nicht nur frühere Wehrmachtssoldaten, sondern nationalistische, konservative und offen nazistische Kräfte liefen Sturm gegen die Ausstellung. Die gewöhnlichen Vorwürfe lauteten, das gezeigte Bild der Wehrmacht verunglimpfe das Andenken Verstorbener, es sei einseitig, verzerrt, verurteile pauschal. Aber gerade das tat es nicht. Die Rolle der Wehrmacht ungeschminkt darzustellen, bedeutete keineswegs, jeden einzelnen Soldaten zu einem Verbrecher zu erklären. Zwischen historischer und strafrechtlicher Schuld haben Historiker stets zu unterscheiden vermocht.

Dennoch kolportierte die FAZ dieser Tage erneut die Legende, die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Reemtsma-Instituts sei 1999 wegen ihrer fachlichen Mängel und Fehler geschlossen worden. Doch nicht weil dieses oder jenes Foto falsch beschriftet war, sondern weil die Wanderausstellung in der Öffentlichkeit Lerneffekte bewirkte, wollten konservative Kräfte eine Schließung der Ausstellung erzwingen. Erst als die von der FAZ angeführte Kampagne erfolglos blieb, wurde die Kritik auf ein anderes Gleis gelenkt und nunmehr versucht, die Ausstellung fachlich zu disqualifizieren. Wie jede antisemitische Propaganda bemüht ist, die Glaubwürdigkeit ihrer Unterstellungen durch die Heranziehung eines Alibi-Juden zu erhöhen, so wurden zur Fachkritik an den Fotos ein polnischer und ein ungarischer Historiker in die vorderste Linie geschickt. Ihre Kritik an den Fotos hatte die Funktion eines Sprengsatzes, der



Friedenspolitischer Ratschlag

AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel in Kooperation mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag

verhindern sollte, daß die Ausstellung, wie geplant, Ende 1999 nach Amerika ging. Zu diesem Zweck wurde die Validität des Ganzen in Frage gestellt.

Als die Ausstellung nach ihrer Schließung im November 1999 von einer Kommission von Fachhistorikern gründlich durchleuchtet wurde, lautete deren Prüfbericht: Keine Fälschung. Für acht von 1433 Fotos stimmten die Bildunterschriften und die dargestellten Vorgänge nicht überein. (siehe jW vom 18. November 2000)

Die Schauplätze

Die alte Ausstellung hatte drei Kriegsschauplätze als Schwerpunkte gewählt: Die Verbrechen der Wehrmacht in Serbien, Belorußland und der 6. Armee auf dem Weg durch die Ukraine bis Stalingrad. Die jetzt in Berlin unter dem Titel »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges« präsentierte Schau ist mehr als doppelt so groß und hat ein völlig neues Konzept. Ihre zentralen, einführenden Teile befassen sich mit der Planung des Vernichtungskrieges und dem Kriegsvölkerrecht. In sechs Bereichen werden Dimensionen des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion gezeigt, und zwar der Völkermord an den sowjetischen Juden, das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, die Politik des Aushungerns, die Deportationen zur Zwangsarbeit, die Verbrechen im Antipartisanenkrieg sowie Repressalien und Geislerschießungen auf dem Balkan.

Völlig neu sind die Abschnitte über Planung und Kriegsrecht sowie über die Kriegsgefangenen, die Zwangsarbeiter und den Ernährungskrieg. Dagegen knüpft der Teil über Repressalien und Geislerschießungen sachlich und territorial an die früher gezeigten Kriegsverbrechen in Serbien an. Außerdem thematisiert die neue Ausstellung die sehr verschiedene Nutzung des individuellen Handlungsspielraumes von Offizieren bzw. Unteroffizieren in vergleichbarer Dienststellung angesichts derselben Vernichtungsbefehle. Und sie dokumentiert die publizistische Auseinandersetzung um die alte Ausstellung. Mit dem neuen Aufbau sind nicht nur die Felder erweitert; die Verbrechen werden analytisch in umfassendere Zusammenhänge gestellt und zugleich genauer differenziert.

Auch in der Gestaltung hebt sich die neue Ausstellung grundsätzlich von der alten ab: Auf das stärkste Ausdrucksmittel wird jetzt hochgradig verzichtet. Die Zahl der Fotos wurde faktisch halbiert, manche Sektoren, wie der über Zwangsarbeiterdeportation, kommen fast ganz ohne Bilder aus. Die Fotos erscheinen nur noch in Textzusammenhängen, d.h. praktisch als Illustration und nicht mehr als eigenständige Aussage oder Quelle. Vergrößerte Fotos findet man nur von deutschen Offizieren, die die Ausführung verbrecherischer Befehle zu verhindern oder zu unterlaufen trachteten. Ansonsten werden die Bilder grundsätzlich nur im Postkartenformat präsentiert. Die gegebene Begründung, man wolle die Fotos als Quelle und nicht als Illustration präsentieren, ist reine Augenauswischerei. Denn warum sollte ausgerechnet das Postkartenformat das Originalformat einer fotografischen Quelle sein, zumal wenn der Quellenstatus bei der Hälfte der gezeigten Fotos nach wie vor nicht sicher ist?

Die Ausstellung beansprucht, auf dem neuesten wissenschaftlichen Forschungsstand zu fußen, und sie erweckt durch ihre Gestaltung auch äußerlich den Anschein höherer Professionalität. In jedem Sektor gibt es vier Lesekabinen, in denen ein Dutzend wichtiger Dokumente im Faksimile studiert und eine Einführung abgehört werden kann. Optisch dominieren nun Schrifttafeln. Die Zahl der auf Tafeln präsentierten Dokumente hält sich mit den Fotos fast die Waage. Der Besucher soll lesen, hören und schauen.

Mit dem Abgehen von den drei geographischen Brennpunkten - Serbien, Belorußland, der Weg der 6. Armee durch die Ukraine nach Stalingrad - wurden auch die entsprechenden Wehrmachtsverbände als Subjekte der dokumentierten Verbrechen obsolet. An die Stelle dieser Konzentration tritt eine gewisse Zersplitterung der präsentierten »Helden«. Auf der Strecke blieb vor allem der konzeptionelle Ausgangspunkt der früheren Ausstellung, nämlich die erst nach



Friedenspolitischer Ratschlag

AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel in Kooperation mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag

1945 zielgerichtet produzierte und über Jahrzehnte als informelle Norm in der BRD verbreitete Legende von der »sauberen« und »ehrenhaft« kämpfenden Wehrmacht. Diese Legende zu destruieren, hatte die frühere Ausstellung als ihre Aufgabe ausgewiesen. Heute nennt Jan-Philipp Reemtsma dies einen »plakativen Einstieg in die Nachkriegszeit« (FAZ, 27. November 2001, S. 50) Wie wichtig diese Aufgabe nach wie vor ist, haben die Diskussionen um die Ausstellung, ihre Verleumdungen und die organisierten Proteste gegen sie laufend veranschaulicht.

Ein Verzicht zieht den anderen nach sich. Mit dem Verzicht auf die Entstehung der Legende verzichtete man zugleich darauf, die Rolle führender Nazigenerale bei der Konzipierung, Planung und beim Aufbau der Bundeswehr aufzuzeigen und deren zweite Karriere in der Bundeswehr zu dokumentieren. Dafür wird die Rolle ehemaliger Wehrmachtsoffiziere beim Aufbau der Nationalen Volksarmee maßlos übertrieben und die »Kleinigkeit« vergessen, daß jene Offiziere sich mit dem Übertritt zum Nationalkomitee »Freies Deutschland« vor aller Welt öffentlich gegen Hitler gestellt hatten und Antifaschisten geworden waren. Dergleichen hämische Invektiven gegen die DDR finden sich noch an anderen Stellen, während deren Leistung bei der Überwindung des deutschen Faschismus in jeder Hinsicht konsequent ignoriert wird.

Die Hauptaussagen, so versichern die Ausstellungsmacher, Jan-Philipp Reemtsma und die Sprecherin der Ausstellungsgruppe, Ulrike Jureit, seien geblieben. Ja, erst diese zweite Ausstellung, sagte Reemtsma im FAZ-Interview, komme den ursprünglichen Intentionen näher. In der Tat verweisen alle Sektoren auf folgende Aussagen: Der Krieg gegen die Sowjetunion unterschied sich grundsätzlich vom Krieg im Westen, nur er wurde als Vernichtungskrieg geplant und geführt. Er war auf verbrecherische Ziele gerichtet und bediente sich verbrecherischer Mittel. Die meisten und die schlimmsten Verbrechen beging die Wehrmacht nicht bei Kampfhandlungen, sondern als Besatzungsmacht: mit dem Verhungernlassen der Kriegsgefangenen, den Massenrepressalien gegen die Zivilbevölkerung, der oft mörderischen Zwangsarbeit, den Judentransporten und dem Völkermord an den Juden. Mit der Dauer des Krieges wuchsen Zahl und Intensität der Verbrechen und der daran beteiligten Soldaten.

Die Kapitulation

Dennoch ist es keineswegs allein der Verzicht auf die provokative Wirkung der Bilder, der die neue Ausstellung politisch entschärft. Auch die zentralen Sektoren verdeutlichen, wie weit die Ausstellungsmacher den politischen Vorwürfen ihrer Gegner nachgegeben hatten. Die FAZ hat diese politische Zurücknahme prägnant erfaßt, wenn sie ihr Interview mit Reemtsma und Jureit unter den Titel setzt: »Die Wehrmacht war keine Mörderbande«.

Doch was ist der Unterschied zwischen einer »völkerrechtskonformen« und einer »völkerrechtswidrigen« Strangulierung eines sowjetischen »Partisanen«? Die Veranstalter halten es für eine Stärke ihrer Ausstellung, daß sie die damaligen kriegsvölkerrechtlichen Grundlagen der Verbrechen thematisiert. Nicht daß es thematisiert wird, sondern wie, ist die schlimmste politische Kapitulation der Ausstellung. Ohne auch nur zu dokumentieren, wie willkürlich, selektiv und instrumental die Wehrmacht das damals gegebene Kriegsrecht handhabte, wird die Ausgangsposition der Wehrmacht gegenüber den Partisanen als rechtens unterstellt und nur das Maß der Repressalien als völkerrechtswidrig bemängelt.

Was aber ist ein »verbrecherisches Maß«, wenn Geislerschießungen für zulässig erklärt werden? Warum ist die Erschießung von 100 Zivilisten für einen getöteten deutschen Soldaten rechtswidrig, weil unmäßig, die Repressalie selbst aber rechtens? Die Ausstellung kann selbstverständlich kein Kriterium angeben. Gestützt auf die Vorbehaltsklauseln der Haager Landkriegsordnung von 1907, daß ihre Bestimmungen nur für am Abkommen beteiligte Kriegsgegner gelten, sowie des Genfer Abkommens über Kriegsgefangene von 1929, das nur bei Gegenseitigkeit gelten sollte, was beides für die Sowjetunion nicht zutrif, wird als rechtens



Friedenspolitischer Ratschlag

AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel in Kooperation mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag

unterstellt, daß Hitlerdeutschland im Krieg gegen die UdSSR zu deren Einhaltung nicht verpflichtet war. Verfälscht wird dabei, daß der am 1. September 1939 begonnene Krieg auch vor dem 22. Juni 1941 kein völkerrechtskonformer »Normalkrieg« war, sondern bereits am ersten Tag mit Kriegsverbrechen begann, nämlich mit der Bombardierung der offenen Stadt Warschau. Verschwiegen wird, daß die UdSSR-Regierung erklärte, sie wollte sich, obwohl den genannten Abkommen bisher nicht beigetreten, sehr wohl an sie halten. Allerdings hatte nicht nur die Abteilung Ausland/Abwehr des OKW davor gewarnt, das gegebene Kriegsvölkerrecht in der Kriegführung gegen die Sowjetunion zu mißachten.

Die Dokumentation der Repressalien gegen die Zivilbevölkerung als »Antipartisanenkampf« entspricht nicht dem Stand der Forschung. Vor allem aber werden diese Verbrechen verharmlost, wenn sie nur als Verstoß gegen das verbindliche Gewohnheitsrecht im Kriege gebrandmarkt werden. Die Aufhebung des zivilen Strafrechts für Verbrechen im Kriege durch Hitlers Kriegsgerichtsbarkeitserlaß und die direkten Befehle, Verbrechen zu begehen, werden dagegen ausführlich dokumentiert.

Der Teil über die Kriegsplanung dokumentiert diese Planung als Planung von Verbrechen, vor allem den Kommissarbefehl, den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß, die Ermordung der Kriegsgefangenen und Zivilisten durch Verhungernlassen in den Gefangenenlagern bzw. in den »Kahlfraßzonen« und der Juden durch Erschießen oder Vergasen. Die Ausstellung hebt den spezifischen Charakter des Krieges gegen die UdSSR im Unterschied zu dem Krieg im Westen hervor und nennt ihn einen Vernichtungskrieg. In der Tat, vernichtet werden sollten die sozialistische Gesellschaftsordnung, der sowjetische Staat, der Kommunismus als regierende Partei und politische Bewegung und physisch nicht nur Kommunisten und Juden, sondern jeder, »der nur schief« guckte.

Die Interessen

In der Erklärung für diese Vernichtungsabsicht und ihre konkrete Planung greifen die Ausstellungsmacher auf die Ideologie zurück; die These vom »rassenideologischen Vernichtungskrieg« aber kann die konkreten Begründungen für die konkreten Verbrechen weder für deren Planung noch für deren Ausführung hinreichend liefern. Wenn es eines weiteren Beweises für den Satz von Karl Marx bedurft hätte, daß sich die Idee in der Geschichte noch immer dann blamiert hat, wenn sie vom Interesse geschieden war, die Ausstellungsmacher liefern ihn. Dabei haben die Nazis mit dem Interesse, welches ihre rassistische Ideologie beim Krieg gegen die Sowjetunion befördern sollte, überhaupt nicht hinter dem Berg gehalten. Goebbels sprach öffentlich davon, daß es um Öl, Weizen und Kohle ging, und Hitler beriet geheim, wie man den Kuchen am besten verteilen kann.

Alle diese Dokumente sind bekannt, sie tauchen aber in der Ausstellung nicht auf. Vielleicht war den Anhängern der These vom »rassenideologischen Vernichtungskrieg« das wirkliche materielle Interesse des imperialistischen Deutschland an den Ressourcen der Sowjetunion und die Absicht, die eroberte und zerschlagene UdSSR zum »deutschen Indien« zu machen, zu profan? Jedenfalls tauchen im Teil über die Kriegsplanung weder die konkreten militärischen Pläne noch die Planungen darüber auf, wie die Eroberer sich dort ihre Herrschaft einzurichten gedachten. Wenn die Ausstellungsmacher sich wenigstens das jüngste Buch »Kalkulierte Morde« von Christian Gerlach angesehen hätten, das in einem von Reemtsma finanzierten Hamburger Verlag erschienen ist, so wäre dokumentierbar gewesen, daß diese Verbrechen wesentlich der militärischen Feldzugsplanung entsprangen.

In den oberen Etagen der Ausstellung wird an wenigen Tafeln veranschaulicht, wie sich die deutsche Geschichtswissenschaft des Themas angenommen hat, Werke von DDR-Historikern kommen dort nicht vor. Daneben wird die öffentliche Auseinandersetzung um die erste Ausstellung dokumentiert. Artikel aus der jungen Welt oder aus Neues Deutschland sucht man dort vergeblich. Falls die Ausstellungsmacher erwartet haben sollten, ihr Zurückweichen vor der



Friedenspolitischer Ratschlag

AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel in Kooperation mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag

konservativen Kritik, ihr ängstliches Vermeiden jeden Anscheins von Pauschalisierung, Einseitigkeit und Provokation würde die Gegner befriedigen, so haben sie sich geirrt. Nicht nur die Nazis demonstrieren dagegen. Die Wortführerin der früheren Kampagne, die FAZ, hat sich bereits positioniert und Bogdan Musial vom Deutschen Historischen Institut in Warschau erneut das Wort erteilt.

Aus: junge welt, 19. Dezember 2001

Quelle:

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Kriegsgeschichte/wehrmacht.html>
19.10.2002 * 15.39 Uhr